

## Verhindern wir einen zweiten Fall Cemal Altun! SOFORTIGE FREILASSUNG VON SÜLEYMAN YAĞIZ!

In einem erneuten Fall machen sich die BRD-Behörden zum Komplizen des türkischen Folterregimes bei der Verfolgung von Oppositionellen in Ausland.

Seit Freitag den 13.6. befindet sich der türkische Genosse Süleyman Yağiz in der JVA Flensburg in vorläufiger Auslieferungshaft.

Süleyman Yağiz, der aus seinem Heimatland fliehen musste, da er dort aus politischen Gründen verfolgt wird, genießt in Schweden politisches Asyl. Als er am Donnerstag dem 12.6. mit drei weiteren Freunden die deutsch-dänische Grenze bei Padborg überqueren wollte, um zu einer Hochzeit von Freunden nach Holland zu fahren, wurde er von Beamten des Bundesgrenzschutz festgenommen. Einzige "Grundlage" dieser Festnahme ist ein Festnahmeersuchen der türkischen Polizei, das diese 1983 über Interpol ausgeschrieben hatte. In diesem kündigten die türkischen Stellen an, daß "unser Justizminister im Falle einer Festnahme einen Auslieferungsantrag stellen wird."

Obwohl Süleyman Yağiz gegenüber den deutschen Beamten sofort darauf verwies, daß er in der Türkei aus politischen Gründen verfolgt wird und im Falle einer Auslieferung um sein Leben fürchtet, wurde er am nächsten Morgen auf Antrag der Staatsanwaltschaft inhaftiert, um den türkischen Behörden zu ermöglichen, ein formelles Auslieferungsverfahren einzuleiten. Seit dem sitzt Süleyman in der JVA Flensburg.

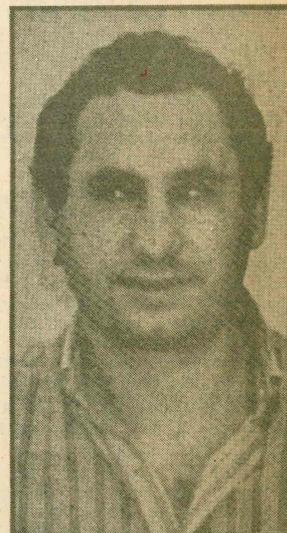
Keine 14 Tage nach der Rückkehr des Bundespräsidenten von Weizsäcker von seiner Türkei-Reise, während derer er auch eine Gedenktafel für diejenigen Deutschen eingeweiht hatte, die zur Zeit des Hitlerfaschismus aus Deutschland fliehen mußten und in der Türkei Schutz gefunden hatten, wird mit der Festnahme von Süleyman Yağiz demonstriert, daß politische Flüchtlinge in der BRD nicht nur keinen Schutz finden, sondern hier von Festnahme und Auslieferung, und damit möglicherweise Folter und Todesstrafe bedroht sind.

Ist es schon für sich eine Ungeheuerlichkeit, die Auslieferung eines politischen Flüchtlings an den Verfolgerstaat überhaupt in Erwägung zu ziehen, geht die Komplizenschaft der BRD mit der Türkei in diesem Fall noch einen Schritt weiter, in dem sie sich über die Asylgewährung Schwedens hinwegsetzt. Die BRD schickt sich an, ihre selbstgewählte Rolle als 'Gendarme Europas' auch im Auftrag der Türkei wahrzunehmen.

Die Bundesrepublik wird somit zur "Gefahrenzone" auch für politische Flüchtlinge in anderen Ländern Europas, da ihre Asylenerkennung - sobald sie die BRD betreten oder auch nur zu durchqueren gedenken - hier offensichtlich wertlos ist und sie mit Verhaftung und möglicher Auslieferung rechnen müssen. Ebenso mißachten die BRD-Behörden internationale Abkommen. Nach seiner Asylenerkennung in Schweden befand sich Süleyman Yağiz in Besitz eines internationalen Flüchtlingspasses, der ihm in allen Unterzeichnerstaaten (also auch in der BRD) Freizügigkeit gewähren müsste!

Fortsetzung auf S. 3

Rettet das Leben von  
Süleyman Yağiz  
Keine Auslieferung  
an die Türkei

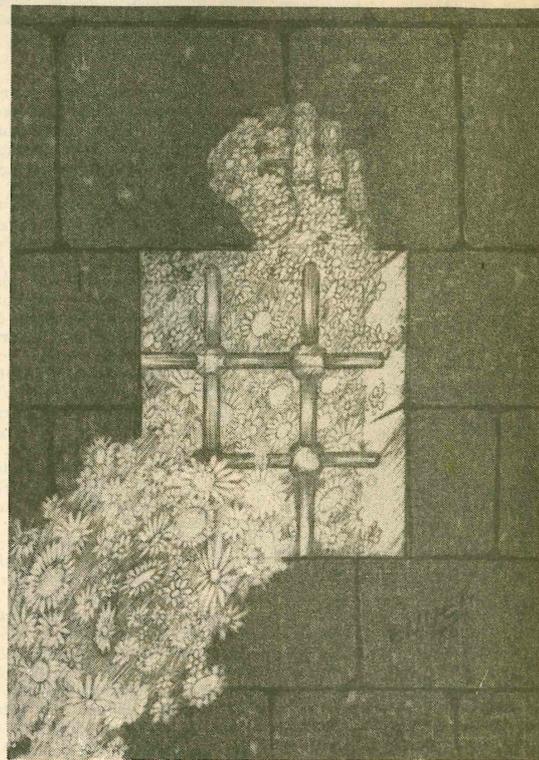


Am 30.8.83 nahm sich Kemal Cemal Altun durch einen Sprung aus dem 6.Stock des Verwaltungsgerichtes das Leben!

## Die politischen Gefangenen werden nicht vergessen...

Einer der Schwerpunkte dieser Ausgabe ist die Situation der politischen Gefangenen in der Türkei. Auch wenn in den letzten beiden Jahren viele von ihnen nach fünf- oder mehrjähriger Haft entlassen wurden, sitzen noch immer tausende von politischen Gefangenen in den Kerkern des Regimes. Erneute Festnahmen und Verhaftungswellen finden statt. An den Gefangenen vollzieht das Regime seine Abrechnung, nimmt Rache an der revolutionär-demokratischen Volksopposition von vor 1980. An ihnen praktiziert es seine Abschreckungs- und Einschüchterungspolitik gegen das Volk am deutlichsten. Allein aufgrund des zahlenmäßigen Ausmaß ist die Frage der Gefangenen eine Frage von allgemein gesellschaftlicher Bedeutung: Kaum eine Familie, die nicht selbst oder in ihrer Verwandtschaft Angehörige im Knast hat.

Für uns im Ausland wird die Solidarität mit den politischen Gefangenen nach wie vor ein wichtiger Bestandteil unserer Arbeit sein: Die politische Reife einer Bewegung mißt sich nicht zuletzt an dem Verhältnis zu ihren Gefangenen.



## NACH ZWEI JAHREN...

Mehr als zwei Jahre sind vergangen, seit die letzte Nummer der TÜRKEI - INFORMATION erschienen ist. Die Einstellung der Zeitung hatte eine große Lücke gerissen, war sie doch zeit ihres Erscheinens einer der wichtigsten Träger von Gegeninformationen zum Thema Türkei und ein lebendiges Stück der antifaschistischen türkischen Opposition in der BRD und Europa gewesen.

In diesen zwei Jahren hat sich viel ereignet: in der Türkei ist an der Oberfläche so einiges in Bewegung geraten - Neugründungen und Auflösungen von Parteien haben die Parteienlandschaft und die parteienmäßige Zusammensetzung des Parlaments erheblich verändert. In dem vom Regime vorgegebenen Rahmen darf die genehmigte gesellschaftliche Opposition - wie z.B. Gewerkschaften - Kundgebungen veranstalten. All diese Veränderungen im Alltag können leicht über den wahren faschistischen Charakter des Regimes hinwegtäuschen.

In der europäischen Öffentlichkeit ist es dem türkischen Regime besonders im letzten Jahr gelungen, große Erfolge zu erzielen. Die europäischen Staaten ihrerseits wollen das leidige Thema 'Menschenrechte in der Türkei' endlich abhaken und ihre Kritik, die sie ohnehin halbherzig und nur auf Druck der Türkei-Solidaritätsbewegung geleistet haben, einstellen.

Eine der Aufgaben der Türkei-Information wird es nach wie vor sein, hier Gegenöffentlichkeit herzustellen und den wahren Charakter des türkischen Regimes aufzuzeigen. Wir wissen das dies heute keine leichte Aufgabe ist, hing die Einstellung der türkei-information unter anderem auch mit dem Niedergang der Türkei-Solidaritätsbewegung hier zusammen.

Fortsetzung auf S. 3

### AUS DEM INHALT:

- Die Parteien in der Türkei nach dem 12. September S. 4 - 6
- Wie sollen die Entwicklungen in d. Türkei interpretiert werden S. 11
- Krieg in Kurdistan S. 7
- Folter ist Bestandteil der Staatspolitik S. 15
- Özal's Wirtschaftswunder S. 21
- Keine Amnestie S. 18
- Keine Einladung an Putschgeneral Evren S. 26
- Das Süd-Ost-Anatolienprojekt S. 23
- Die Studenten fangen an, sich zu regen S. 14

# REISEBERICHT

Ich fahre fast jedes Jahr in die Türkei. Dabei werde ich jedes Mal mit neuen Entwicklungen konfrontiert (Ich spreche hier von den letzten 6 Jahren nach dem Vergleich). Das letzte Mal habe ich im Vergleich zu den vorherigen Jahren ganz andere Beobachtungen gemacht. Ich möchte diese unter 2 Überschriften schildern: **Die allgemeine Situation der Völker der Türkei und im zweiten Teil die Situation der Revolutionäre und die des Regimes in der Türkei.**

In der gegenwärtigen Situation finden das ökonomisch-politische Programm des Regimes und parallel dazu die immer noch andauernde Repressions- und Terrorpolitik bei der allgemein unorganisierten Bevölkerung der Türkei keine Zustimmung mehr. Das Regime, welches gleich nach der Machtübernahme bestrebt war, durch Verstärkung der Demagogie von der "Anarchie" und "Terror" die Zustimmung der Bevölkerung zu bekommen, ist heute nicht fähig, mit Hilfe dieser Demagogie die Krise des Systems zu erklären und sich zu "legitimieren". Das praktizierte ökonomisch-politische Programm brachte eine allgemeine Verarmung der Volksmassen mit sich. Heute haben unsere Menschen andere Sorgen als die Demagogie von "Anarchie und Terror". Ihre Hauptsorge gilt heute dem, wie sie das Monatsende erreichen, wie sie mit ihren Mindestlohn ihre Miete und andere Kosten begleichen sollen. Das beschäftigt die Menschen heute. Kurz gesagt, führen sie einen Kampf ums Überleben. Heute beträgt die Miete eines kleinen Gecekondu 20.000 TL. Die Miete einer normalen Wohnung in den Städten liegt bei 50.000 TL. Der Preis von 700 Gramm Brot ist 70 TL, ein Kilogramm Käse 1500 TL, 1 kg. Oliven über Tausend TL. Das Fahrgeld für die Busse beträgt 70 TL. Eine normale Hose und ein normales Hemd liegen zwischen 6-8 Tausend Lira. Ein Schachtel Zigarretten kosten 175 TL. Man muß bei diesen Geldbeträgen an die Mindestlohn eines Arbeiters denken, der zwischen 40-50.000 TL liegt. Die Zahl der Lohnabhängigen, die weniger als diesen Mindestlohn bekommen, ist beträchtlich. Wenn man sich all dies vor Augen hält, kann man sich das eigentliche Lebensniveau leicht vorstellen.

Der größte Teil meiner Reise in der Türkei ging durch Mittel-Anatolien. Während meiner Reise bin ich mit Leuten aus verschiedenen Sektoren des Volkes wie auch mit einigen Revolutionären zusammengetroffen. Wie oben erwähnt wird das Volk von Tag zu Tag ärmer (durch das Wirtschaftsprogramm der Regierung) und führt einen täglichen Überlebenskampf. Diese Verarmung erzeugt eine wenn auch unorganisierte Reaktion gegen das System. Aber dieser Prozess beinhaltet auch schiefe Seiten. Diese sind: Hunderttausende, die infolge der Arbeitslosigkeit die Cafes überfüllen, die sich aufgrund der Armut verbreitende Prostitution aber auch eine unglaubliche Schicksalsergebenheit.

Die erwähnten Probleme sind auch in der Stadt Sivas, wo ich einen Großteil meiner Reise verbracht habe, sehr verbreitet. (Sivas mag hier als typisches Beispiel einer anatolischen Stadt dienen: sehr religiös, konservativ. Obwohl Sivas den Status einer Provinzhauptstadt innehat, wird das gesellschaftliche Gefüge, trotz einiger Mienen und Grubenindustrie u.a. durch die landwirtschaftliche Umgebung + die herkömmlichen Beziehungen + Traditionen geprägt.) In einer einzigen Straße gibt es mindestens 5 bis 6 Cafes und darin hunderte von Menschen. An einigen Tischen wird Karten gespielt, an anderen wird Klatsch und Tratsch kein Ende finden. Dies ist die tägliche Beschäftigung der hiesigen Menschen.

Eine besonders wichtige Beschäftigung in den Cafes: Videofilme sich anschauen, die keine Qualität besitzen.

Der Inhalt dieser Filme ist meistens fatalistisch, extrem konservativ.

Die Unterhaltungen an den Tischen drehen sich meistens um Frauen und Sex; außerdem um die Preiserhöhungen. Im brigen gucken die Menschen gleichzeitig Fernsehen, während sie Karten spielen. Während im Fernsehen die Vertreter des Regimes wie Özal ununterbrochen vom "guten Funktionieren der Wirtschaft", und vom "täglich steigenden Lebensstandard" erzählen, schimpfen die Leute im Cafe was das Zeug hält. D.h. im Gegensatz zu den vorangegangenen Jahren schweigen unsere Menschen heute nicht mehr. Sie bringen ihre Reaktionen stattdessen in den Cafes, an den Haltestellen und während der gegenseitigen Besuche zum Ausdruck.

Ein sehr verbreitetes Phänomen in der Türkei ist die Prostitution. Die Zeitungen sind fast täglich voll von derartigen Nachrichten. Mädchen, die

um Lottoscheine zu verkaufen. Sie erteilen die Erlaubnis nicht. Meine kleinere Tochter hat die Prüfung für das staatliche Gymnasium bestanden. (In dem Fall werden die gesamten Kosten des Schulbesuchs vom Staat getragen.) Dann wurden ihre Dokumente zur Sicherheitsuntersuchung zur Polizei gesandt. Daraufhin wurde meiner Tochter der Besuch der staatlichen Schule untersagt, obwohl sie das Anrecht erworben hatte. Sie üben auch auf uns überall materiellen und seelischen Druck aus."

So hat ein Vater die von ihm erlebten Repressalien geschildert. Dieses Beispiel ist eins von tausenden die, die Angehörigen der politischen Gefangenen täglich erleben. Solche Ereignisse findet man auf allen Ebenen des Lebens.

Ein weiteres Beispiel erlebte ich auf meiner Rückfahrt von Türkei-Kurdistan (Malatya) nach Ankara. Im Zug. Zufällig saß im selben Abteil des Zuges ein alter Onkel. Nachdem wir uns eine Zeit lang unterhielten, erfuhr ich, daß er auf der Rückfahrt aus Elazig war, wo sein Sohn im Haft ist und er ihn besucht hatte. Als ich ihn fragte, warum sein

unpolitischen Freund getroffen, den ich von früher kenne. Dieser Freund machte in einem Dorf bei Hakkari, (hier fanden intensive Operationen statt.) seinen Militärdienst. Er war im Urlaub. Er erzählte, wie intensiv die Repressionen gegen das kurdische Volk sind, daß die Soldaten ständig die Dörfer überfallen, die Bauern weiterhin gefoltert werden, damit sie mit der Armee zusammenarbeiten. Er erzählte, daß an diesen Operationen Kommandos mit besonderer Ausbildung beteiligt waren. Diese Kommandoeinheiten sollen sich selber als "Schwarze Insekten" nennen. Er erzählte, daß viele der kurdischen Bauern trotz aller Repressalien immer noch den Revolutionären helfen, und einen großen Haß gegen die Soldaten haben. Und er gestand mir auch, daß er selbst, wie viele der Soldaten, Angst vor der kurdischen Bevölkerung hatte. Kurz; er erzählte von einem besonderen Krieg in Türkei-Kurdistan.

## Die Situation der Revolutionäre in der Türkei

Die Revolutionäre in der Türkei versuchen heute nach der schweren Niederlagen wieder eine revolutionäre Bewegung zu werden. Hierfür gibt es verschiedene Ansätze, in allen

PDA, Wege einzuschlagen, um die revolutionäre Dynamik der Jugend zu lähmen. Diese schlagen der Jugend vor "Nationale Studenten Vereine" zu gründen. Diese Forderung ist dabei als Parallele zu ihrer Forderung nach einer "Regierung der Nationalen Demokratie" zu verstehen.

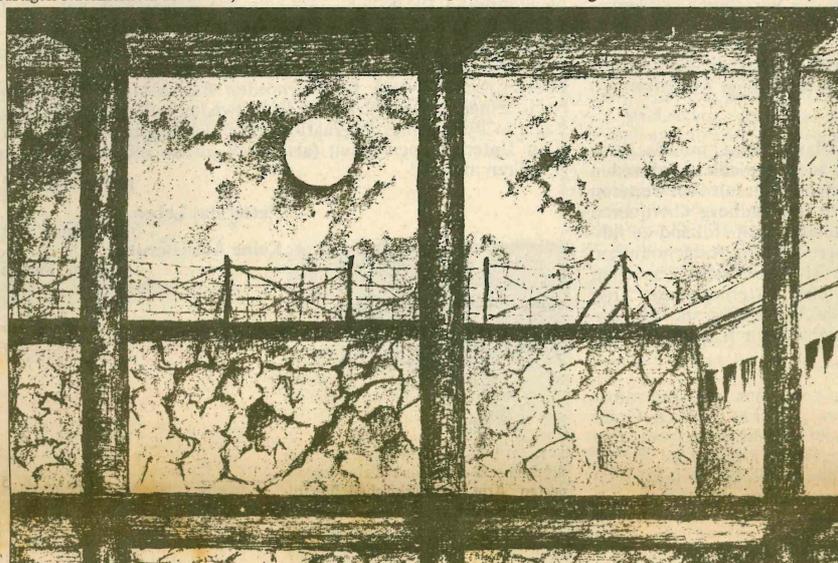
Dies ist die allgemeine Konzept dieser Strömungen. Da diese durch die Verlustwellen nicht so viele Verluste hatten, wie z.B. unsere Bewegung (Dev Yol) und sie zudem über bessere Möglichkeiten verfügen, (so geben sie seit geraumer Zeit eine Jugendzeitschrift heraus) hatten sie zunächst einen "Freiraum" vorgefunden. Doch allmählich werden sie überall mit den Ideen der Revolutionäre konfrontiert. Unter vielen jüngeren Studenten regt sich Zunehmendes Interesse an den Ideen der Revolutionäre. Viele von den jungen Studenten, die die Zeit vor dem Putsch nicht aktiv miterlebt haben, suchen die Nähe derjenigen Komilitonen, von denen sie wissen oder gehört haben, daß es Linke sind. Die Einschüchterung wirkt nicht mehr so stark wie früher. Einige Aktionen der Studenten, wie die im Studentenheim von Hacettepe oder der Uni in Izmir zeugen davon.

Im demokratischen Kampf stehen die Angehörigen der politischen Gefangenen mit in vorderster Front. Lange bevor sich in anderen Bereichen Ansätze von Widerstand neu zu zeigen begannen, gingen sie mit ihren mutigen Aktionen voran. Ergraute Mütter und Väter, Menschen aus allen Ecken des Landes, aus allen Schichten der Bevölkerung - vom landlosen Bauern bis zum Dozenten, setzten sich unermüdet und unerschrocken für das Leben ihrer Kinder ein. Sie besuchten und besetzten Parteizentralen, Pressekonferenzen um die Forderungen ihrer inhaftierten Kinder und Angehörige Gehör zu verschaffen. Inzwischen haben die Angehörigen begonnen in Ankara und Istanbul "Insan Haklari Dernekleri" - Menschenrechtsvereine zu gründen.

Ja, das Schweigen, der Vorhang des Schweigens beginnt langsam sich zu heben. In allen Teilen der Gesellschaft wächst die Gegenreaktion gegen das Regime. Von Angehörigen der politischen Gefangenen, bis zu Studenten und Schülern. Zehn Tausende von Arbeitern, die, wie bei der Demonstration von Türk-Is, auf die Straße gehen. In allen Teilen der Gesellschaft ist eine Belebung zu beobachten. Natürlich werden all diese Reaktionen erst dann stärker, wenn sie organisiert laufen. Dies wird ohne Zweifel erst dadurch erreicht, daß die Revolutionäre eine revolutionäre Bewegung schaffen. Dies wird die entscheidende Frage sein.

Für die Solidaritätsarbeit werden in diesem Zusammenhang neue Aufgaben entstehen. Eine starke Solidarität mit diesen Revolutionären muß geschaffen werden.

Mit Revolutionären Grüßen



von Zuhause weglaufen, Morde wegen Verletzung des Ehrgefühls etc., Menschen, die Zusammentreffen, reden meistens über diese Thema wenn sie Zeit übrig haben und mit dem Thema Lebenshaltungskosten fertig sind.

In Sivas, wo 170 tausend Menschen leben, gibt es 250 legale und private Bordelle. Dies ist nur die offizielle Zahl. Wenn man sich dann das entsprechende Bild in den Großstädten vorstellt, wird die Ernsthaftigkeit des Problems offensichtlich.

Auf der anderen Seite setzt die Junta ihre Abrechnung mit den Revolutionären im Gefängnis und draußen mit den Angehörigen der Gefangenen fort. Die Tochter einer Familie, die ich in einer anderen Stadt besuchte, ist seit fast 3 Jahren im Gefängnis. Die Familie dieses Gefangenen ist eine von Zehntausenden von Angehörigen der Inhaftierten. Der Vater, mit dem ich mich unterhielt, berichtete von der schlechten Situation in den Gefängnissen, daß er seine Tochter seit über 3 Monaten nicht gesehen hat. Wegen einer Widerstandsaktion der Frauen im Gefängnis werden Besuche und Briefwechsel verboten. Obwohl seine Tochter seit längerer Zeit an Magen und Nieren schwererkrankt ist, ist sie nicht ärztlich behandelt worden. Er beklagt sich darüber, daß keine Medikamente ins Gefängnis gebracht werden dürfen.

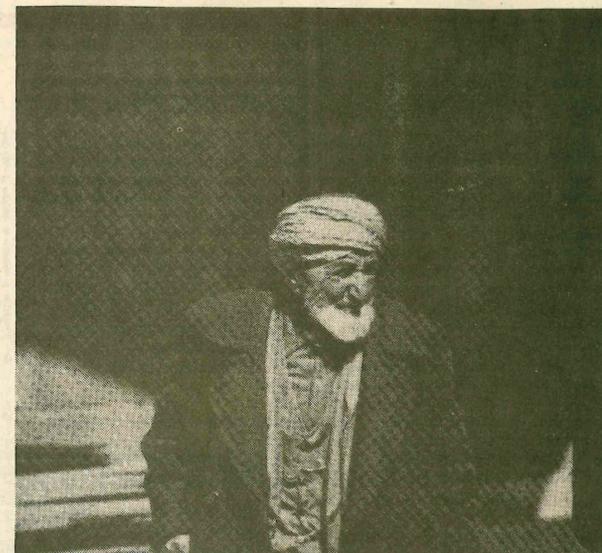
Der Vater: "Die Junta nimmt Rache an unseren Kindern. Sie werden physisch und psychisch gefoltert, seit sie im Gefängnis sind. Aber sie ergeben sich nicht, sie leisten Widerstand. Wir sind stolz auf unsere Kinder", erzählt er strahlend. "Aber" fügt er hinzu, "wir haben nichts" (gemeint ist Geld), daß wir unseren Kindern helfen könnten. Sie geben mir keine Arbeit, weil meine Tochter eine "Terroristin" sei. Letztens wollte ich ein Erlaubnis bekommen,

Sohn im Gefängnis sei: "Mein Sohn war Revolutionär. Er war von Deyrimci Yol. Mein Sohn war gegen die Faschisten. Deswegen sitzt er seit 5 Jahren im Gefängnis, deswegen wird er seit 5 Jahren gefoltert." er erzählte er. Zu dieser Zeitpunkt wurde das Vollzugsgesetz erlassen. Ich fragte den Onkel, was es mit diesem Gesetz auf sich hat, ob es auch Nutzen für seinen Sohn bringen könne.

Die Antwort: "Mein Sohn, dieses Gesetz ist nicht für unsere Kinder. Es ist für Leute die abschwören und Denunzianten gedacht. Die Unsrigen werden keinen Nutzen von diesem Gesetz haben. Ich würde meinen Sohn verstoßen wenn er abschwören würde oder zum Verräter würde. Aber meiner tut sowas nicht, in 5 Jahren haben sie ihn nicht eingekerkert, auch ab jetzt wird er sich nicht ergeben." Ja, dieser Onkel ist einer der Väter, die ihre Söhne nicht allein lassen. Er ist einer, der einmal im Monat von Ankara nach Elazig (600 km) fährt, um seinen Sohn nicht allein zu lassen. Er ist ein Rentner und war früher als Arbeiter bei der Eisenbahn beschäftigt. Seine Rente reichte nicht mal für ihn alleine aus. Er bekam jeden 2. Monat 100.000 TL. Er erzählte bedrückt, daß er seinem Sohn diesmal nur 5.000 TL (ca. 15,-DM) hatte mitnehmen können.

Eines der wichtigsten Ereignisse in der Türkei ist die Situation in Türkei-Kurdistan. Die Unterdrückung des kurdischen Volkes und der Terror halten an. Wie im Krieg gibt es fast täglich im Fernsehen und in den Zeitungen Nachrichten zu diesem Thema. Verbreitet sind Propagandafeldzüge, die die nationale Unterdrückung "rechtfertigen" sollen. Die Zeitungen beschreiben die tägliche Jagd gegen die Kurden im Osten als "Terroristenjagd". Nachrichten werden veröffentlicht, die der Realität nicht entsprechen. Die Zeit, in der ich mich in der Türkei aufhielt, war die Zeit verstärkter Operationen in Türkei-Kurdistan. Ich habe einen

Bereichen des Lebens, an den Unis, in den Fabriken, in den Wohnvierteln etc. Diese Entwicklung ist besonders augenfällig. D.h. die Revolutionäre können wenn auch begrenzt zusammen zu kommen und versuchen in den Klassenkampf einzugreifen, trotz der Verbote und Gefahr erneuter Verhaftungen. Wege und Mittel dafür zu finden, zum Beispiel kämpfen sie gegen die Repressalien des YÖK (Hochschulrat), andererseits gegen die falsche Linie reformistischer und "vaterländischer" Gruppierungen. Heute, wo die revolutionäre Bewegung unorganisiert ist, versuchen Strömungen wie TKP und



# SOFORTIGE FREILASSUNG VON SÜLEYMAN YAĞIZ!

## In der Türkei verfolgt..

Süleyman Yağiz war vor dem Putsch 1980 als Angehöriger von Devrimci Yol aktiv und unterstützte deren gewerkschaftliche Aktivitäten. Nach dem Putsch wurden unzählige seiner Freunde verhaftet. Auch Süleyman Yağiz wußte, daß er auf Grund seiner früheren Aktivitäten gesucht wurde. Es gelang ihm jedoch noch eine gewisse Zeit in der Türkei zu bleiben, ohne in die Hände seiner Verfolger zu fallen. Nachdem jedoch mehrere seiner früheren Freunde unter der Folter gestorben, andere zum Tode verurteilt und hingerichtet wurden, entschloss er sich zur Flucht aus seinem Heimatland.

## .. in Schweden Asyl ..

1983 kam Süleyman Yağiz nach Schweden, wo er noch im selben Jahr als politischer Flüchtling anerkannt wurde. Seit 1984 ist er dort Vorsitzender des türkisch-schwedischen Kultur- und Solidaritätsvereins mit Sitz in Stockholm. Im übrigen befindet sich Süleyman Yağiz aufgrund von Folgeschäden früherer Verhaftungen und schwerer Folterungen in der Türkei (vor 1980) noch immer in ärztlicher Behandlung.

## ...in der BRD verhaftet

Als Süleyman Yağiz am Morgen des 12.6. mit drei weiteren Freunden an die deutsche Grenze kam, hatte er nicht die geringste Vorahnung, welche Gefahren ihm seitens der deutschen Beamten lauern. Sein internationaler Flüchtlingspass, den er nach der Anerkennung als politischer Flüchtling in Schweden erhielt, sichert ihm Freizügigkeit in allen Unterzeichnerstaaten der Genfer Flüchtlingskonvention zu. Bereits mehrfach hatte er problemlos zu verschiedenen Anlässen die BRD besucht oder war hindurchgereist. An diesem Morgen beabsichtigte er mit seinen Begleitern die BRD lediglich zu durchqueren, um an der Hochzeitsfeier eines Freundes in den Niederlanden teilzunehmen.

Während der Paßkontrolle wurde Süleyman zunächst zur auf Grund einer Namensverwechslung festgehalten! Seit 1983 sollen in der BRD zwei Personen unter Mordverdacht gesucht werden, von denen der eine mit Vornamen auch Süleyman heißt und der Nachname ebenfalls mit Y. beginnt. Obwohl Süleyman und seine Mitreisenden den Beamten erklärten, daß S. Yağiz erst 1983 nach Schweden gekommen sei und also nicht gleichzeitig in der BRD hätte gewesen sein können, bestanden die Beamten auf einem Fingerabdruckvergleich mit dem gesuchten Person. *"in zwei, drei Stunden ist das geklärt, dann kann er weiterfahren"* wurde den Begleitern von Süleyman erklärt. Sie selbst sollten doch ruhig weiterfahren hieß es.

Kurze Zeit später änderte sich auch die Behandlung von Süleymans Freunden schlagartig. Der Wagen wurde mit Hunden und Detektoren mehrfach durchsucht, das Gepäck durchgewühlt und auch die drei - gegen die noch nicht einmal der Vorwand einer Namensverwechslung vorlag - wurden in Einzelzellen gebracht, mussten sich splitternackt ausziehen und eine entwürdigende Untersuchung an allen Körperteilen über sich ergehen lassen.

Inzwischen hatten die Beamten ein Festnahmeersuchen gegen Süleyman Yağiz gefunden, das die türkische Polizei über Interpol beim BKA hatte ausschreiben lassen. Die türkischen Behörden behaupten darin, *"S.Y. und Komplizen lauerten am 12.2.79 in Ankara einem Landsmann auf, schossen mit Pistolen und verletzten ihn schwer"*. Im Falle einer Festnahme, so kündigten die türkischen Behörden an, werden sie ein Auslieferungersuchen stellen. Obwohl Süleyman sofort erklärte, daß er mit so einem Vorfall nichts zu tun habe, daß er in der Türkei aus politischen Gründen verfolgt wird und ja schließlich in Schweden Asyl (Auf Deutsch: Schutz vor Verfolgung) genieße, wurde er an der Grenzstation festgenommen und am Freitag dem 13.6. auf Veranlassung der Generalstaatsanwaltschaft Schleswig von einem Haftrichter in Flensburg inhaftiert. Inzwischen hat auch das OLG Schleswig

die "vorläufige Auslieferungshaft" verhängt. Bis zum Eintreffen eines formellen Auslieferungersuchens durch die Türkei und die Entscheidung hierüber durch das OLG Schleswig soll Süleyman in der JVA festgehalten werden. Und das obwohl den deutschen Behörden keinerlei beweiskräftige Unterlagen vorliegen und obwohl S. Yağiz im Besitz eines internationalen Flüchtlingspasses ist.

Damit erhalten die türkischen Verfolgerbehörden die Möglichkeit in Ruhe ein entsprechendes Auslieferungersuchen zusammenzubasteln und angebliche "Ermittlungsergebnisse" zu präsentieren.

## Keine Auslieferung an das Folterregime in der Türkei

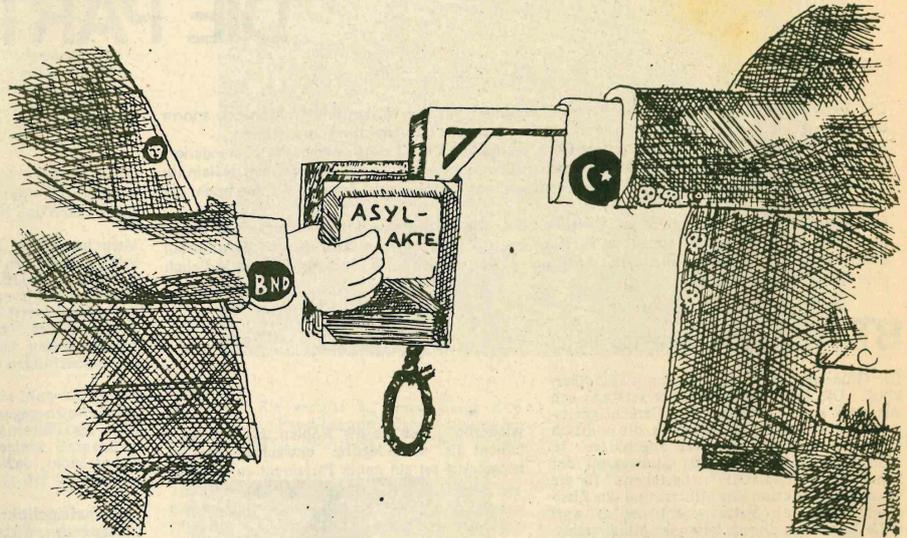
Dabei ist bekannt mit welchen Methoden in der Türkei ermittelt wird: mit systematischen Folterungen. Ebenfalls hinreichend bekannt ist, daß die türkischen Behörden manipulierte Akten zur Grundlage von Auslieferungersuchen machen, um die internationalen Abkommen zu unterlaufen, die eine Auslieferung aufgrund politischer Straftaten verbieten. Bereits einmal (im Fall Levent Begen) hatte die Nichteinhaltung der Auslieferungsbestimmungen durch die Türkei zu einem befristeten Auslieferungsstopp der BRD geführt. Doch die gute Zusammenarbeit Bonn - Ankara in der Verfolgung türkischer Oppositioneller war nur kurzfristig getrübt.

Darüberhinaus verbieten allein die politischen und juristischen Zustände in der Türkei eine Auslieferung: nach wie vor gilt die Todesstrafe, Untersuchungsgefangene wie auch verurteilte werden systematisch gefoltert, in den Prozessen gegen politische Gegner werden selbst die Mindestgrundsätze eines rechtsstaatlichen Verfahrens systematisch mißachtet. Im Falle einer Auslieferung wäre Süleyman Yağiz's Leben in ernster Gefahr. Während andere Länder wie z.B. Schweden u.a. aus diesen Gründen grundsätzlich nicht an die Türkei ausliefern und im übrigen ein Zusatzprotokoll zu Genfer Flüchtlingskonvention eine Auslieferung politischer Flüchtlinge an den Verfolgerstaat mit sehr eng definierten Ausnahmen generell ausschließt, sind politische Flüchtlinge in der BRD weiterhin gefährdet: Die Forderung, die u.a. von amnesty erhoben wird, und nach dem Tod von Kemal Cemal Altun auch durch eine entsprechende Initiative seitens der Grünen und einiger SPD -Abgeordneter unterstützt wurde, politische Flüchtlinge nicht an das Verfolgerland auszuliefern, wurde Anfang dieses Jahres bereits im Justizausschuß abgeschmettert.

## BRD- Behörden als verlängerter Arm der Junta

Im Fall S. Yağiz geht die Amtshilfe der BRD sogar noch einen Schritt weiter: indem sie sich über die Asylgewährung durch Schweden hinwegsetzt. Der zuständige Vertreter im Bundesjustizministerium, Herr Schnickla erklärte gegenüber den Rechtsanwältinnen von Süleyman ausdrücklich, daß *"Süleyman für die Bundesrepublik noch nicht als politischer Flüchtling gelte. Es müßte vielmehr für die deutschen Behörden erneut vorgetragen werden, weshalb er glaube, in der Türkei politisch verfolgt zu werden"*. Diese Haltung widerspricht eindeutig den Abmachungen der internationalen Flüchtlingskonvention, die den Verfolgten Freizügigkeit in allen Unterzeichnerstaaten gewährt und ihre Anerkennung als Flüchtling auch für andere Unterzeichnerstaaten geltend macht.

Das zuständige Oberlandesgericht (OLG) Schleswig wird in einem ablehnenden Beschluß auf einen Antrag von Süleymans Rechtsanwältinnen auf Haftentlassung noch deutlicher. Dort heißt es: *"Es besteht die Gefahr, daß der Verfolgte sich dem Auslieferungsverfahren entziehen wird. ... Er hat seinen*



*Wohnsitz in Schweden, das ihm einen Flüchtlingsausweis nach der Genfer Konvention vom 28. Juli 1951 ausgestellt hat, woraus herzuleiten ist, daß Schweden ihn nicht ausliefern wird. Unter den Umständen erscheinen auch weniger einschneidende Maßnahmen als der Vollzug des Haftbefehls ungeeignet, um die Auslieferung des Verfolgten sicherzustellen."*

**Das heißt auf Deutsch: Wenn Schweden einem Flüchtling Asyl gewährt, dann liefert die BRD ihn gerne an sein Verfolgerland aus.**

Zudem wurden S. Yağiz an der Grenzstation von deutschen Beamten dungsphotos von Personen vorgelegt und er nach ihnen befragt, die von den türkischen Behörden gesucht werden. **Die bundesdeutschen Stellen machen sich damit direkt zum verlängerten Arm der türkischen Verfolgerbehörden!**

## Proteste in Schweden

Inzwischen hat dieser Fall auch seitens der schwedischen Stellen und in der schwedischen Öffentlichkeit Proteste und Empörung hervorgerufen. Vier Tage nach Süleymans Verhaftung wurde vor dem deutschen Konsulat in Stockholm eine Kundgebung durchgeführt, während derer ein schwarzer Kranz niedergelegt und ein Protestbrief abgegeben.

Schwedische Rechtsanwälte, Menschenrechtsorganisationen und auch regierungsamtliche Kreise drücken ihre Empörung darüber aus, daß die BRD ganz offensichtlich internationale Abkommen verletzt und mißachtet. Einige Stimmen aus der schwedischen Presse: *"Dieses Ereignis bestürzt uns. Die Bundesrepublik macht den Flüchtlingspass bedeutungslos"* Der Flüchtlingsbeauftragte für Stockholm im Sv.Dagebladet. *"Ich kann mich nicht daran erinnern, daß Schweden jemals einen anerkannten Flüchtling ausgeliefert hätte."* *"Es geht um Süleymans Leben. Wenn Süleyman tatsächlich ausgeliefert werden sollte, müssen alle politischen Flüchtlinge um ihre Zukunft bangen"* (Aftonbladet vom 17.6.86) Über die Ergebnisse der offiziellen (diplomatischen) Schritte Schwedens werden bisher keine Verlautbarungen bekannt.

Auch in der Bundesrepublik hat es bisher eine Reihe von Protesten gegeben. Die SPD im Schleswig-Holsteiner Landtag forderten die *"sofortige Freilassung"* von Süleyman. Die Bundestagsabgeordneten der Grünen Uli Fischer und Hans-Christian Ströbele gaben eine Presseerklärung heraus und amnesty international wandte sich in einem Brief an Bundesjustizminister Engelhardt.

**Helft uns, das Leben von Süleyman zu retten**  
Süleyman Yağiz darf auf keinen Fall ausgeliefert werden.

Er wird in der Türkei politisch verfolgt. Mehrere seiner engen Freunde wurden in den letzten Jahren hingerichtet oder zu Tode gefoltert.

Im Falle einer Auslieferung fürchtet er und wir mit ihm um sein Leben. Darüberhinaus ist bekannt, daß die türkischen Stellen Auslieferungsakten manipulieren, um politischer Gegner habhaft zu werden.

Die Bundesregierung ist offensichtlich gewillt, einen zweiten Fall Altun in Kauf zu nehmen.

Süleymans Freilassung muß durch eine starke Solidarität erreicht werden, wie im Fall Hüseyin Inci in Hamburg.

Wendet Euch an:  
Bundesjustizminister Engelhardt  
Heinemannstr. 6  
53 Bonn  
Tel. 0228/ 581

an Staatssekretär Dr. Kinkel im Bundesjustizministerium  
Tel. 0228/58 40 21

*Fortsetz. Nach zwei Jahren...*

*Unserer Meinung nach ist es gerade angesichts dieser Schwierigkeiten umso notwendiger 'gegen den Strom zu schwimmen' und der Stimme der revolutionär-demokratischen Opposition in der Türkei - auch wenn diese heute schwach und zersplittert ist - hier Gehör zu verschaffen.*

*Einer der weiteren Gründe für die Einstellung der Türkei-Information war die Spaltung von devrimci-isci. Die Niederlage der türkischen und kurdischen Linken und das Ausmaß dieser Niederlage führte bei einer Gruppe von ehemaligen Freunden von devrimci isci zur resignierten Abkehr und Verleugnung der eigenen politischen Vergangenheit und zur Suche von ganz "neuen" (alten) Wegen. Die Enttäuschung über das Ausbleiben einer organisierten revolutionär-demokratischen Opposition ließ sie die reaktionäre (ebenfalls profaschistische) bürgerliche Opposition als grundsätzliche Alternative zum herrschenden Regime sehen. Im Weltbild dieser Freunde verläuft der geschichtliche Prozeß nicht mehr auf der Grundlage der Klassenkämpfe sondern wird z.B. durch kulturelle Gegensätze - Okzident/Orient - vorangetrieben... Hier soll nicht der Ort sein, diese Auseinandersetzung ausführlich darzustellen und zu führen. Wir werden in den nächsten Ausgaben schwerpunktmäßig auch auf die Auseinandersetzung in der türkischen Linken und speziell die Diskussion innerhalb von Devrimci Yol eingehen.*

*Und wer sind wir?*

*Vor über 6 Jahren hatte es im Editorial der ersten Türkei-Information geheißen "Die Türkei-Information wird auf der Linie des Revolutionären Weges (Devrimci Yol) über die Entwicklung in der Türkei berichten". Heute ist DEVRIMCI YOL in der Türkei als politisch-organisatorische Kraft, die in die Entwicklung des Landes eingreift, nicht vorhanden. Von daher beanspruchen wir nicht, "im Namen von Devrimci Yol" zu sprechen, solange die revolutionäre Bewegung in der Türkei sich nicht erneut als politische Kraft, die mit ihrer revolutionären Linie in die Klassenkämpfe des Landes eingreift, herausbildet.*

*Wohl aber gibt es Devrimci Yol als Ideologie und Orientierung und wir werden uns Bemühen die Entwicklung in der Türkei aus dieser Perspektive einer unabhängigen revolutionären Linie darzustellen. Das beinhaltet für uns auch die Solidarität mit jeder Form des demokratischen und antifaschistischen Volkswiderstands in der Türkei gegen das heutige Regime.*

*Die Türkei-Information versteht sich dabei auch als Plattform für eine wieder zu entwickelnde Türkei-Solidarität und der Zusammenarbeit und Diskussion von deutschen, türkischen und kurdischen Genossen.*

*Nun, die erste neue Ausgabe ist fertiggestellt. Wir wissen, daß wir noch nicht die Qualität wieder erreicht haben, wie ihr es von der alten Türkei-Information gewohnt wart. Dies wird noch einige Erfahrung und die Unterstützung durch unsere Leser benötigen.*

An den Justizminister des Landes Schleswig Holstein  
Herrn Hoffmann

Gartenstr. 6  
233 Kiel  
Tel. 0431/5991

an die übrigen zuständigen Bundesministerien (Innen- und Außen-)

Fordert 'Eure' Bundestagsabgeordnete auf, sich für die Freilassung von Süleyman einzusetzen,

Schreibt an Süleyman und besucht ihn in der JVA in Flensburg,

Süleyman Yağiz  
JVA Flensburg  
Südergraben 24  
239 Flensburg

# DIE PARTEIEN NACH DEM 12. SEPTEMBER

Die Entwicklung in der türkischen Parteienlandschaft hat sich in den letzten Monaten enorm beschleunigt, so daß es selbst für 'insider' schwierig ist, hier den Überblick zu behalten.

Von den ursprünglich 3 von der Junta zu den Wahlen von 1983 zugelassenen Parteien existiert nur noch die ANAP (die anderen 2 haben sich ganz oder in andere Parteien aufgelöst). Allein im Parlament sind mittlerweile 6 Parteien vertreten, von denen 5 zur Zeit der Wahlen noch gar nicht existierten.

Der folgende Artikel versucht einen Überblick über die derzeit existierenden Parteien zu geben und stellt die Haltung der einzelnen Parteien anhand ihrer eigenen Aussagen zu bestimmten Stichworten dar. Er erhebt nicht den Anspruch einer Analyse ihrer Linie sondern soll lediglich eine Orientierungshilfe sein.

## BTP (Die Partei der Großen Türkei)

Die Gründung der Partei wurde am 16.5.83erklärt. Die Gründungsmitglieder setzten sich aus dem Kreis der alten AP (Gerechtigkeitspartei) sowie ehemaligen Militärs, die politisch meist der extremen Rechten angehörten. So z.B. Resat Akkaya, der als Gouverneur der Provinz Ordu und MHP-"nahestehend" für die gemeinsame Aktion des Militärs und der Zivilfaschisten gegen Fatsa verantwortlich war. Oder Baki Tug, der als leitender Militärstaatsanwalt nach dem Putsch vom 12. März für die Aburteilung der Linken und Ermordung ihrer Führer verantwortlich war, sowie mehrere Generale.

Als Vorsitzender wurde Ali Fetih Esener gewählt, ein Exgeneral, der 1979 bei der Wahl des Obersten Befehlshabers des Generalstabs von der AP unterstützt worden ist, aber gegen seinen Gegenkandidaten Evren, der vor allem mit den Stimmen der CHP gewählt wurde verlor. Zu den Gründungsmitgliedern gehörte auch Hüsamettin Cindoruk der jetzige Vorsitzende der DYP.

Die BTP wurde von den Generalen bereits nach 20 Tagen wieder verboten.

## DYP (Partei der rechten Weges)

Am 23.6.83, kaum zwei Wochen nach dem Verbot der BTP, wurde die Dogru Yol Partei als zweiter Anlauf der AP-Kreise gegründet. Auch die Gründer der DYP setzten sich vornehmlich aus Kreisen der ehemaligen AP zusammen. (Später, trat die gesamte Gründungsmannschaft der BTP in die DYP ein.) Zum Vorsitzenden wurde Yildirim Avci gewählt. Bis zum 24.8.83 dem Stichtag für die Zulassung zu den Parlamentswahlen, wurden jedoch 54 von 79 Gründungsmitgliedern mit einem Veto belegt. Damit verhinderten die Generale die Beteiligung der DYP an den Wahlen vom 6.11.83.

Bei den Kommunalwahlen im März 1984 erhielt die DYP 13,72% der Stimmen.

Auf dem Parteikongreß der DYP im Mai 1985 wird Cindoruk, (früheres Gründungsmitglied der verbotenen BTP) zum neuen Parteivorsitzenden gewählt. Sein Gegenkandidat - Mehmet Yazar - der erst wenige Wochen vorher von seinem Posten als Vorsitzender der Kammerverbände zurückgetreten und in die DYP eingetreten war, fällt durch (Er verläßt ein knappes Jahr später die Partei, um die HDP zu gründen).

Cindoruk hatte bei dieser Wahl die volle und offene Unterstützung Demirels (dem ehemaligen Vorsitzenden der nach dem Putsch verbotenen Gerechtigkeitspartei) erfahren.

Allgemein versucht die DYP die Linie der AP fortzusetzen, sie wird stark von Demirel beeinflusst.

Seit Mai 1986 bildet sie u.a. mit einigen von der aufgelösten MDP übergetretenen Abgeordneten eine Fraktion im Parlament. Die Ansichten der DYP läßt sich zu den einzelnen Stichpunkten wie folgt zusammenfassen:

**Zur Situation vor dem 12. September:** Die DYP betont, daß die AP (deren Nachfolge sie angetreten hat) keine Verantwortung für die Ereignisse vor dem 12. September trage. Verantwortlich seien vielmehr die zu großen Freiheiten und die damalige Verfassung gewesen. Im Übrigen beschuldigt sie Linke und die demokratischen Kräfte, die Bedingungen für den Putsch geschaffen zu haben.

**12. September:** Entsprechend ihrer Philosophie lehnt die DYP einige der Maßnahmen des 12. September ab. Die oppositionelle Haltung dieser Kreise gegen die Generale entstand, als die BTP als Nachfolgeorganisation der AP verboten wurde, und hielt auch später an. Die Kräfte, aus denen sich die DYP zusammensetzt, hatten zunächst keine Stellung gegen den 12. September bezogen. Die Führer dieser Partei haben erst später, zunehmend in den Jahren '84 und '85 erklärt, daß sie das Auswechseln von Regierungen ablehnen und gegen Militärputsche sind. Die DYP, die zu den Wahlen vom November nicht zugelassen wurde, erklärte in den Jahren 84 und 85

wiederholt, daß sie die Wahlen und das Parlament als "nicht legitim" betrachten, und es notwendig sei ein neues Parlament zu wählen.



Nach dem sie jedoch seit Mai 1986 mit einigen von der aufgelösten MDP übergetretenen Abgeordneten eine eigene Fraktion im Parlament bilden, erklärten sie nun, sie würden das Parlament akzeptieren und als legitim betrachten.

Die DYP wendet sich gegen die Maßnahmen des 12. September bezüglich der früheren Politiker und der Schließung der politischen Parteien.

Sie ist dagegen, daß die Armee eine Funktion innehat, die über den Parteien steht. Daneben deuten die Führer der DYP auf die Notwendigkeit, die Repressionspolitik des Staates in gewissen Maßen zu lockern. Als Begründung hierfür nennen sie, daß "Anarchie und Terror" beseitigt seien.

In der Terminologie der DYP bezeichnen "Anarchie und Terror" die Volksopposition und den Kampf der revolutionär-demokratischen Kräfte.

**Verfassung:** Die DYP ist für eine Veränderung der Paragraphen der Verfassung, die die politische Aktivität der Expoltiker verbieten. Wie ein Repräsentant der DYP erklärte richtet sich die Kritik der DYP an der Verfassung nicht gegen den Inhalt derselben sondern gegen die Art und Weise, wie sie Zustände kam. Daneben fordert die DYP, daß in die Verfassung Paragraphen aufgenommen werden die Putsche verbieten. Die DYP schlägt keine grundsätzlichen Änderungen an der Verfassung vor, da diese Verfassung von 1982 in allgemeinen Zügen dem Verfassungsentwurf entspricht, den eine Kommission im Auftrage der Gerechtigkeitspartei (AP) vor dem 12. September 1980 ausgearbeitet hatte.

**Demokratie:** DYP vertritt entsprechend ihrer oben aufgeführten Ansichten für die Türkei das Konzept "der Parlamentarischen Demokratie". So nennt sie ihr Konzept. Nach Auffassung der DYP müssen im politischen Leben die Parteien und das Parlament bestimmend sein, die Regierungen durch Wahlen ausgetauscht werden, die Armee unter der Kontrolle der Regierung stehen. Maßnahmen wie das Kriegsrecht; der Ausnahmezustand und die Unterdrückung der Massenopposition, die Forderungen der Arbeiter, Bauern, Jugend und Intellektuellen sollen unter der Kontrolle der Regierung und des Parlaments praktiziert werden.

Zu den Vorstellungen der DYP bezüglich der Rolle und Zusammensetzung des Parlaments s.a. den Artikel "Wie sind die Entwicklungen in der Türkei zu interpretieren". Bleibt vielleicht noch hinzufügen, daß sich die Linie der AP - DYP seit ihrer Existenz (und vornehmlich zu Regierungszeiten der AP) durch besondere Anstrengungen ausgezeichnet hat, um die Freiheiten und Rechte der Arbeiter zu beschneiden.

**Politikerverbote:** Seit ihrer Gründung ist dies eines der zentralen Themen der DYP. Die DYP fordert entschieden die Aufhebung der Politikerverbote für alle ehemaligen Politiker - insbesondere und allen voran für Demirel. Dies ist eine der wichtigsten Grundlagen ihrer Opposition gegen ANAP. Ihre Forderung schließt die Aufhebung des Politikerverbots für die Volksmassen nicht mit ein.

**Generalamnestie:** Die DYP ist gegen eine Amnestie für Linke und Revolutionäre - in ihren Worten: "diejenigen straffäter, die gegen den Staat gekämpft haben. (Dies entspricht den entsprechenden Vorschriften der

Verfassung). Sie ist für eine Amnestie der Kriminellen und Faschisten.

**Menschenrechte:** Die Vertreter der DYP verfolgen eine Linie, die die Menschenrechte - als abstrakten Begriff! - gegenüber den offenen Menschenrechtsverletzungen nach dem 12. September verteidigt. Es gibt aber keine Fälle, wo sich Vertreter der DYP tatsächlich im konkreten gegen bestimmte Menschenrechtsverletzungen eingesetzt hätten.

**Folter:** Obwohl einzelne DYP - Führer erklärten, sie seien gegen die Folterungen, stellt die DYP die Folterungen als Persönliche Einzelmaßnahme einiger Polizisten dar. Sie erwähnt nicht, daß die Folterungen systematisch sind.

**Wirtschaftspolitik:** Die DYP hat noch kein umfassendes Wirtschaftsprogramm veröffentlicht. Aber wie den Erklärungen der Führer der DYP und einigen Paragraphen aus ihrem Parteiprogramm zu entnehmen ist, sollen nach den wirtschaftspolitischen Vorstellungen der DYP die Kräfte des inneren Marktes entwickelt und geschützt werden.

Die DYP vertritt die Auffassung, daß die Tilgung der Außenschulden sowie die Kapitalanhäufung über die Investition dieser, auf den Binnenmarkt ausgerichteten Kräfte realisiert werden können. Sie fordert die Aufteilung der Devisen, Subventionen usw. unter allen Sektoren der Bougeoisie, zum Schutze des landwirtschaftlichen Sektors schlägt sie staatliche Subventionen vor.

Die DYP ist für ein ausgewogenes Verhältnis zwischen den internationalen kapitalistischen Monopolen und den einheimischen Kapitalgruppen.

## MDP

(Nationalistische Demokratische Partei)

Gegründet am 16.5.1983

Auf der ersten Parteiversammlung wurde Turgut Sunalp (Ex-General) einstimmig zum Vorsitzenden gewählt.

Vetos: 3

Die MDP wurde auch als "Generalspartei" bezeichnet.

Diesen Namen verdiente sie gleich in doppelter Hinsicht: Zum einen durch ihre Zusammensetzung, in der pensionierte Militärs eine wesentliche Rolle spielten, zum zweiten durch die massive Unterstützung, die sie durch die Junta vor den Wahlen vom 6. November 83 erfuhr.

Trotz bzw. eher wegen dieser offenen Proterierung durch die Generale erhielt sie bei den Parlamentswahlen (Nov. 83) nur 23,3% der Stimmen und damit 17,3% = 69 der Sitze.

Bei den Regionalwahlen im März 84 sank die MDP gar auf 7,07% der Stimmen.

Die MDP durchlebte während der gesamten Zeit ihrer Existenz einen kontinuierlichen Schrumpfungprozess, durch Austritt von Abgeordneten. (zum Zeitpunkt ihrer Auflösung im Mai 1986 verfügte sie noch über 52 Sitze.) Mit der Wahl von Sunalp als Parteivorsitzenden Ende 1985 und der Wahl von Söylemezoglu (ehem. AP) auf diesen Posten, begann faktisch die Periode der Auflösung, d.h. der Diskussion um die Frage "Zusammenschluß mit wem?" Nach dem Gespräch mit einem Zusammenschluß mit der DYP im Dezember 85 ergebnislos verlaufen waren, zeichnete sich eine Neugründung, unter Zusammenschluß mit der von Mehmet Yazar geführten Minderheitsfraktion aus der DYP an. Ein außerordentlicher Parteitag Anfang Mai fasste schließlich den Auflösungsbeschluss.

Die Mehrheit der Partei und auch ein Großteil der Abgeordneten schließt sich der wenige Tage später gegründeten neuen HDP (s.u.) von Mehmet Yazar an.



**Zur Situation vor dem 12. September:** Für die MDP waren die revolutionär-demokratischen Kräfte die Verantwortlichen für die Ereignisse vor dem 12. September. Der Grund für die ökonomisch-politische Instabilität vor dem 12.9. war ihrer Auffassung nach die "lockerer" Verfassung und die "zu großen" Freiheiten usw.

**12. September:** Die MDP gehörte zu den Parteien, die den Putsch vom 12. September als rechtmäßig und legitim einstufen und sich

100% mit der politischen Praxis nach dem 12. September identifizieren.

**Verfassung:** Dem entsprechend gehörte die MDP zu den eifrigsten Verfechtern der von der Junta geschaffenen Verfassung. Die MDP war gegen jede Änderung dieser Verfassung.

**Demokratie:** Die MDP vertrat zum Thema Demokratie die selben Ansichten wie die Jungenerale und lehnte die elementarsten Prinzipien der Demokratie ab.

**Politikverbote:** Die MDP hat von ihrer Gründung bis zu ihrer Auflösung die Politikverbote für Ex-Politiker vertreten. Allen Vorschlägen, für eine Abänderung der betreffenden Regelungen in der Verfassung entgegensteuerte sie mit "Nein".

**Generalamnestie:** Die MDP wandte sich schärfstens gegen jeden Vorschlag einer Generalamnestie für politische Gefangene. Während den Debatten über Amnestie erklärte die MDP, Amnestie für Linke sei durch die Verfassung verboten. Sie unterstützte einen Amnestieerlaß für Schwerkriminelle, die sie "Schicksalsopfer" nannte.

**Menschenrechte:** Als Resultat ihrer politisch-ideologischen Linie hatten die Menschenrechte für die MDP keine Bedeutung, sie wurden offen mißachtet.

**Folter:** Beispielfaßhaft für die Einstellung der MDP zur Folter sei hier nur an die Menschenverachtende Äußerung des ehemaligen Vorsitzenden Sunalp erinnert: Als ein Fall von Folterungen an die Öffentlichkeit kam, bei dem Soldaten weibliche Gefangene mit Knüppeln mißhandelt hatten, erklärte Sunalp öffentlich: "unsere strammen Jung haben es nicht nötig, dabei Knüppel anzuwenden"...

**Wirtschaftspolitik:** Diese Partei vertrat die Wirtschaftspolitik von Özal und der Junta, die exportorientiert ist, und unterstützte die "Stabilitätsmaßnahmen" vom 24. Januar in diesem Zusammenhang.

## ANAP (Vaterlandspartei)



Gründungsdatum 20.05.1983.

Vorsitzender: Turgut Özal (er war bereits während der Regierung Demirel vor dem 12. September als auch im Kabinett der Junta nach dem 12. September Wirtschaftsminister. Er wurde als "Vater" der "Stabilitätsgesetze" vom Januar 1980 bekannt.)

Vetos der Generale: 7.

Bei den Wahlen am 6.11.83 erhielt die ANAP 45,1% der Stimmen und damit 45,19% = 213 Parlamentssitze.

In der ersten Zeit nach der Gründung und während des Wahlkampfes schaffte es die ANAP, den Anschein zu erwecken, als nehme sie eine etwas distanzierte Haltung zu den Generalen ein. Dieser Eindruck wurde im Besonderen durch die offen gegen die ANAP gerichteten Wahl "empfehlungen" der Generale unterstrichen.

Nach den Wahlen integrierte sich die ANAP vollständig in das Regime des 12. September und wurde zu einer deren eifrigsten Verfechter.

Bei den Kommunalwahlen im März 84 erhielt die ANAP 41,5% der Stimmen.

Innerhalb der ANAP finden heftige Flügelpkämpfe zwischen den verschiedenen Strömungen (der MSP - Strömung, MHP - und AP - Strömung) statt. Durch Maßnahmen, wie z.B. Kabinettsbildungen greift Özal ein, um diese Fraktionskämpfe vorübergehend zu stoppen oder gegeneinander auszuspielen.

**Zur Situation vor dem 12. September:** Die ANAP stellt die revolutionär-demokratischen Kräfte und die politische Aktivität des Volkes als den Hauptgrund der vor dem 12. September existenten ökonomisch-politischen Instabilität und anderer Probleme dar. Gleichzeit ist die ANAP der Ansicht, daß die Auseinandersetzungen zwischen den Parteien vor dem 12. September eine wesentliche Rolle für den Putsch gespielt haben. Sie stellt sich daher als eine völlig neue Partei dar, die zu den alten Parteien keine Beziehungen hat: Nach Özals Aussagen vereinigt die ANAP in sich AP'ler, MSP'ler, MHP'ler, CHP'ler d.h. alle 4 Strömungen, die vor dem 12. September politisch existent waren.

**12. September:** Die ANAP ist eine Partei, die den Putsch und die nach dem Putsch geschaffene politische Struktur sowie die getroffenen Maßnahmen verteidigt und versucht, diese mit Hilfe ihrer Regierung fortzusetzen.

Die ANAP-vorsitzende Özal hatte nach dem 12. September im ersten Kabinett der Generäle wichtige Funktionen inne. Er hat versucht den ökonomischen Teil des Programms des 12. September aufzubauen.

**Verfassung:** Die ANAP ist gemeinsam mit Kenan Evren dagegen, die Verfassung zu verändern, Er verteidigt das bestehende Grundgesetz, welches gänzlich auf anti-demokratische Elemente basiert und zur Institutionalisierung des Faschismus in der Türkei dient.

**Demokratie:** Die ANAP versucht das Regime der 12. September auf allen Ebenen fortzusetzen, und wendet sich gegen die grundlegendsten Eigenschaften und Elemente der bürgerlichen Demokratie. Die Funktionen des Parlaments werden von der ANAP auf ein Minimum reduziert, der Exekutive vor den Legislative- und Judikativeorganen Priorität eingeräumt und auch parteiintern funktioniert die ANAP nach dem Prinzip des einzigen Chefs. Die ANAP-Regierung regiert das Land nicht mit Hilfe der Entscheidungen des Parlaments, sondern mit denen des Nationalen Sicherheitsrates. Wenn es Özal in den Kram paßt, werden die Entscheidungen des Parlaments übergangen bzw. gar nicht erst eingeholt.

**Politikverbot:** Die ANAP tritt für die Fortsetzung des Politikverbots für die Ex-Politiker ein. Der Parteivorsitzende Özal sieht das Politikverbot besonders deswegen für notwendig an, da er wegen dem Faktor Demirel um seine gegenwärtige Position besorgt ist. Demirel könnte die Führung der Rechten wiedererlangen.

**Generalamnestie:** Die ANAP ist gegen die Amnestie.

**Menschenrechte:** Die ANAP setzt die Menschenrechtsverletzungen fort und verabschiedet neue Regelungen und Gesetze zur Verletzung und Beschneidung der Menschenrechte.

**Folter:** Die ANAP ist nicht gegen Folterungen. Im Gegenteil ist sie als Regierungspartei für die systematisierung der Folterungen mitverantwortlich.

**Wirtschaftspolitik:** Özal und die ANAP verfolgen eine Wirtschaftspolitik, die sie Exportwirtschaft nennen. Die wichtigsten Elemente dieser Politik sind folgende: Die Kaufkraft der wertigsten Massen so niedrig wie möglich halten, die Einschränkung der auf den inneren Markt gerichteten Produktion, die Motivierung der Kapitalkreise zur Öffnung auf den ausländischen Markt, die Finanzquellen Verfügung der export-betreibenden Kapitalkreise zu stellen. Aufhebung der Subventionen für landwirtschaftliche Produkte, Der Landwirtschaft eine reine Zusatzfunktion gegenüber der Exportwirtschaft zuzuordnen, die Devaluation der türkischen Lira mit Hilfe der monetaristischen Geldpolitik... Mit diesen und ähnlichen Maßnahmen versucht die ANAP das Zahlungsbilanzdefizit der Türkei auszugleichen.

Diese Maßnahmen wurden, wie bekannt, den Ländern wie der Türkei vom IWF aufgezwungen. Der IWF und andere Institutionen des kapitalistischen Weltsystems haben in den letzten 6 Jahren eine völlige Kontrolle über die Wirtschaft der Türkei errichtet.

Die ANAP betreibt damit die Stärkung der internationalen Monopole und ihrer Niederlassungen und "Partner" der Türkei auf Kosten der Kräfte des inneren Marktes.

## HP (populistische Partei)

Die HP wurde am 20.5. 1983 gegründet. Ihr Vorsitzender Necdet Calp war zuvor Staatssekretär im Ministerpräsidium im Kabinett der Junta gewesen.

Vetos: 13



Die HP wurde künstlich - auf Direktive der Jungeneräle - gegründet, um eine Scheinalternative in der von den Generälen offen unterstützten MDP zu schaffen und so die traditionell sozialdemokratischen Stimmen einzufangen.

Bei den Kommunalwahlen im März 1984 denen auch die SODEP (zu den Parlamentswahlen nicht zugelassen) kandidierte, erhielt die HP nur noch 8,6% der Stimmen. (SODEP 22,93%).

Auf dem Parteikongreß der HP Anfang 85 wurde der Prof. Aydın Güven Gürkan zum

neuen Vorsitzenden gewählt. Er trat für eine Vereinigung mit der SODEP ein.

Die Ansichten der HP lassen sich anhand bestimmter Kriterien wie folgt skizzieren:

**Zur Situation vor dem 12. September:** Die Ansichten der HP zu den Ursachen der Ereignisse und der politisch - ökonomischen Instabilität vor dem 12. September unterscheiden sich in nichts von der Auffassung der Generäle, der ANAP und der MDP.

**12. September:** Die HP war eine Partei, die den Putsch genau wie die nach dem 12. September geschaffene politische Struktur verteidigte.

**Verfassung:** Die HP war gegen jede Änderung an der Verfassung oder Teilen davon.

**Demokratie:** Die HP hatte ein Verständnis, welches das heutige, gänzlich mit faschistischen Elementen und Institutionen ausgestattete Regime in der Türkei als "Demokratie" definierte.

**Politikverbot:** Die HP unternahm keinerlei Versuche, für eine Aufhebung des Politikverbots für die Vorsitzenden der vor dem 12. September existierenden Parteien. Sie war gegen eine Aufhebung der Verbote.

**Generalamnestie:** Die populistische Partei HP hat weder während des Wahlkampfes noch bei den Diskussionen im Parlament eine Position zugunsten der Generalamnestie eingenommen. Diese Partei erklärte, sie werde nur eine positive Haltung zur Amnestie für Meinungsdelikte (Pressezensur) einnehmen.

**Menschenrechte:** Die Aussagen der HP zu diesem Thema gingen nicht über den Rahmen der Verfassung von 1982, durch die das faschistische Regime "legitimiert" werden soll hinaus. Demagogisch behauptete sie jedoch bei jeder Gelegenheit, sie würde den Menschenrechten mehr Bedeutung beimessen als ANAP und MDP.

**Folter:** Die HP war eine Partei, die einige Fälle von Folter ins Parlament eintrug und sich gegen die Folter wandte. Insgesamt blieben diese Vorfälle (vor der Vereinigung mit der SODEP) jedoch recht begrenzt, so daß man nicht sagen kann, die HP hätte tatsächlich Anstrengungen zur Verhinderung der Folter unternommen.

**Wirtschaftspolitik:** Die HP vertrat die Fortentwicklung der Türkei auf kapitalistischem Wege und die Integration in den internationalen kapitalistischen Markt. Dies sollte jedoch nach Meinung der HP unter der Kontrolle und Leitung des Staates geschehen. Die staatlichen Wirtschaftsinstitutionen sollten bei dieser Entwicklung mehr Gewicht einnehmen.

## SODEP (Partei der Sozialdemokratie)



Gründungsdatum: 6.6.1983

Zum Vorsitzenden wurde der Prof. Erdal İnönü gewählt, der sein politisches Profil nicht aus seiner eigenen Vergangenheit gewann, sondern als Sohn von İsmet İnönü, Waffenbruder von Kemal Atatürk und dessen Nachfolger als Parteivorsitzender der CHP und Staatspräsident.

Bis zum Stichtag für die Zulassung zur Wahl, dem 24.8.83 wurden 50 von 78 Gründungsmitgliedern von den Generälen mit einem Veto belegt, somit war die SODEP von der Teilnahme an den Parlamentswahlen ausgeschlossen.

Bei den Kommunalwahlen im März 84 erhielt die SODEP 22,93% der Stimmen. Die als Nachfolgeorganisation der alten CHP (Ecevit's Republikanische Volkspartei) unter den Bedingungen des 12. September gegründete SODEP schaffte es, sich ein Image zu verschaffen, daß sie - im Gegensatz zur HP - den Themen wie Demokratie, Menschenrechte mehr Bedeutung beimesse. (ohne, daß sie jedoch zu jener Zeit präzise Forderungen zu diesen Themen formuliert hätte). Im Sommer 85 vereinigte sich die SODEP mit der HP, zur Sozialdemokratischen Populistischen Partei (SHP).

Die neue SHP trägt im wesentlichen die Züge der SODEP. Deshalb haben die folgenden Aussagen bezüglich der SHP im Großen und ganzen auch für die SODEP Gültigkeit:

**Die Auffassung der SHP zu den einzelnen Stichwörtern.**

**Situation vor dem 12. September:** Verantwortlich für die Situation vor dem 12. September sind nach Auffassung der SHP die "Auseinandersetzungen zwischen Linken und



## DSP

(Partei der demokratischen Linken)

Rechten". Sie vertritt zu dieser Frage eine Linie, die die Faschisten mit den revolutionär-demokratischen Volkskräften in den selben Topf wirft.

**12. September:** Die SHP behauptet, daß sie gegen einige Maßnahmen des 12. Septembers ist, und kritisiert diese Maßnahmen von Zeit zu Zeit in der "Person" der ANAP.

**Verfassung:** Die SHP betont die Notwendigkeit die Verfassung des 12. Septembers zu verändern. Welche Paragraphen nun wie geändert werden sollen und wo sie die Grenzen der Veränderung ziehen will, hat sie jedoch noch nicht erklärt.

**Demokratie:** Die SHP vertritt eine politische Struktur, die sie - genauso wie manche andere Parteien - "parlamentarische Demokratie", "Pluralistische Demokratie" nennt. Sie strebt den Ausbau der mit dem Putsch geschaffenen politischen Struktur und der Regierungsverhältnisse durch Hinzufügen einiger repräsentativ - demokratischen Elemente an. Sie will eine Neugestaltung des Regimes in der Weise, daß dieses für die Massen eher annehmbar erscheint. Dieses Ziel entspricht dabei einer Politik, die eine neue Allianz auf breiterer Basis zwischen den herrschenden Klassen und Schichten anstrebt.

**Politikverbot:** Die SHP fordert die Aufhebung der Politikverbote für Ex-Politiker.

**Generalamnestie:** Die SHP schlägt eine Amnestie vor, (und brachte einen entsprechenden Gesetzentwurf heraus) die eine Reihe politischer "Straftaten" ausdrücklich von der Amnestie aus schließt. Genauso wie die Parteien des 12. September, beschuldigt die SHP die Revolutionäre und Linken als "Bewaffnete Aktionisten" und wendet sich gegen ihre Amnestierung.

**Menschenrechte:** Die SHP betont in ihren Erklärungen, daß sie eine Partei sei, die Respekt vor den Menschenrechten habe und den Massen bestimmte demokratischen rechte und Freiheiten wieder Gewahren würde, wenn...

**Folter:** Die SHP ist die Organisation, die sich - nach den Angehörigen der politischen Gefangenen - am meisten um dieses Thema kümmert und die Folterungen immer wieder auf die Tagesordnung bringt. Die SHP fordert Untersuchungen über Folterungen und gegen die Folterter.



**Wirtschaftspolitik:** Die SHP kritisiert die Wirtschaftspolitik der ANAP. Die SHP schlägt für die Türkei einen Aufschwung vor, der auch auf dem kapitalistischen Weg erfolgen soll, dieser solle jedoch unter Führung des Staates und der staatlichen Wirtschaftsinstitutionen erfolgen. Nach Meinung der SHP wird durch die derzeitige Wirtschaftspolitik von Özal dem Privatsektor ein zu großes Schwergewicht eingeräumt und dieser zu einseitig unterstützt. Als Alternative schlägt die SHP eine Miteinbeziehung der landwirtschaftlichen Kreise und Mittleren Klassen bei der Aufteilung der Einkommen und eine Verstärkung der Investitionen vor.

Zusätzlich hierzu räumt die SHP in ihren Aussagen - vornehmlich als Propaganda den wirtschaftlichen Interessen der Werktätigen einen wichtigen Platz ein.

Sie fordert eine Neuordnung der Beziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern "auf gleichartiger Basis".

Bei ihren Besuchen und Gesprächen mit Vertretern der Kapitalkreise betonen die SHP-führer ausdrücklich, daß sie nicht gegen das Kapital sind und der Auffassung sind, daß der Staat gemeinsam mit dem Privatkapital die wirtschaftliche Entwicklung vorantreiben müsse.

Diese Partei wurde erst am 19. August 1985 gegründet. Vorsitzende ist Rıhsan Ecevit, die Frau des ehemaligen CHP-Vorsitzenden Bülent Ecevit. (Nach dem Putsch wurde die CHP-republikanische Volkspartei aufgelöst und Bülent Ecevit mit Politikverbot belegt). Obwohl sich viele der DSP-Gründer aus Kreisen der ehemaligen CHP rekrutieren und obwohl Bülent Ecevit (formal nicht Mitglied der DSP) einen bestimmten Einfluß auf die Partei ausübt, sodaß sie in der Öffentlichkeit als die "Ecevit-Partei" angesehen wird, versteht sich die DSP ausdrücklich nicht als Nachfolgeorganisation der CHP. Sie versucht vielmehr unter dem Firmenschild eines "völlig neuen Politikverständnis" sich sowohl scharf vom Regime des 12. September (und seinen Institutionen und Parteien) abzugrenzen, als auch eine Distanzierung von den Parteien von vor dem 12. September vorzunehmen. Durch diese generelle Abgrenzung vom Regime des 12. September gelingt es der DSP teilweise, sich in der Öffentlichkeit ein sehr fortschrittliches Image aufzubauen. Da die DSP bisher nicht im Parlament vertreten ist, und zu konkreten Fragen der türkischen Politik selten explizit Stellung nimmt, bleibt abzuwarten, wie weit dieses "fortschrittliche Image" tatsächlich durch eine konkrete Politik bestätigt wird. Bisher jedenfalls hat sich die DSP eher durch recht allgemeine Aklamationen von Menschenrechten, Demokratie usw. zu profilieren gesucht, sich jedoch zu den Forderungen, wie Generalamnestie, Abschaffung des YÖK, Verhinderung der Folter usw., die heute von bestimmten Kreisen gestellt und öffentlich vorgetragen werden, eher indifferent verhalten.

Auch das "neue Politikverständnis" wird zumindest fragwürdig, wenn man die innerparteilichen Strukturen am selbst proklamierten Anspruch von "Basisdemokratie" (eines der Grundelemente dieses "neuen Politikverständnis") mißt. Im Gegensatz zu diesem Anspruch praktiziert die DSP Aufnahmeüberprüfungen, wie sie nur mit den Einstellungen im öffentlichen Dienst in der BRD vergleichbar sind und einen Ultrazentralismus in den innerparteilichen Entscheidungen. Diese Hierarchie ("die Ecevit's entscheiden sowieso allein und ohne andere Parteimitglieder überhaupt zu informieren") hat in den vergangenen Monaten zum Rücktritt mehrerer prominenter Gründungsmitglieder (z.B. Halil Tunc) geführt. Auch der eigens aus Österreich eingeflogene neue Generalsekretär legte bereits nach drei Monaten sein Amt nieder.

Neu an dem im Herbst letzten Jahres veröffentlichten Parteiprogramm ist vor allem die Aufmachung (hellblauer Umschlag mit weißer Friedenstaube) der wohl Assoziationen zu den "sozialen Bewegungen" in Westeuropa wecken soll. Inhaltlich wiederholt es (in großen Passagen beinahe wörtlich) den Programmentwurf der bereits 1977 unter dem Titel "demokratische Linke" von einer bestimmten Strömung in der CHP eingebracht wurde.

Auch die Ablehnung des Regimes des 12. September (und seiner Institutionen, Parteien etc) verliert bei näherem Hinsehen seine Glaubwürdigkeit: So ist die DSP im Parlament u.a. durch den Abgeordneten Nuri Kormaz (aus Adana) vertreten, der nach dem 12. September von der Junta dort als Militärgouverneur eingesetzt war. Weitere Abgeordnete gewann die DSP in letzter Zeit ausgerechnet durch Übertritte von rechten Flügel der ehemaligen HP hinzu, die nach einem (ihr Meinung nach) "Linksrutsch" auf dem Parteikongreß der SHP im Juni '86 diese Partei verließen.

**Zur Situation vor dem 12. September:** Die DSP vertritt die Ansicht, daß die Ereignisse vor dem 12. September deswegen entbrannten, weil die rechten und linken Parteien nicht zusammengearbeitet haben. Als Ursache der Ereignisse werden die "Auseinandersetzungen zwischen links und rechts" dargestellt. Die DSP grenzt sich von allen Parteien von vor dem 12. September ab und kritisiert auch die



CHP unter verschiedenen Gesichtspunkten. Die DSP versucht, ihre Partei mit Menschen aufzubauen, die vor dem 12. September keine Beziehungen zu den Parteien unterhielten.



**12. September:** Bülent Ecevit, der einen bestimmenden Einfluß auf die DSP hat, war einer des erklärten Gegner des 12. September und dessen Maßnahmen. Kurz nach dem Putsch hatte sich Ecevit mit dem Vorschlag an den ehemaligen Vorsitzenden der aufgelösten AP, Demirel, gewandt, gemeinsam gegen die Maßnahmen des 12. September anzugehen und zu verhindern, daß eine neue Verfassung geschaffen wird. Demirel lehnte den Vorschlag jedoch ab.

Obwohl die DSP das Parlament und die dort vertretenen Parteien als "Parteien des 12. September" beschuldigt und sich von ihnen abzugrenzen sucht, ist sie momentan dabei, durch Aufnahme einiger Übertritte aus der früheren HP eine Fraktion im Parlament zu bilden.

**Verfassung:** Die Führung der DSP fordert die komplette Aufhebung der Junta-Verfassung und die Schaffung einer demokratischeren Verfassung. Nach den Aussagen der DSP soll diese dem Modell der bürgerlichen Demokratie in den westlichen Ländern entsprechen. Rahsan Ecevit vergleicht das Modell des DSP mit dem Beispiel von Schweden.

Anfang des Jahres 1986 trat die DSP mit dem Vorschlag des "nationalen Kompromiss" an die Öffentlichkeit. Unter diesem Schlagwort hatte es Gespräche zwischen DSP und DYP-

Führern und einigen anderen Kräften gegeben, mit dem Ziel eine neue Verfassung zu schaffen und eine verfassungsgebende Versammlung einzuberufen. Dieser Vorschlag an die DYP fand in den ersten Monaten des Jahres in der türkischen Öffentlichkeit große Beachtung und wurde zu einem der bestimmenden Themen. Bisher wurden jedoch keine konkreten Schritte bekannt. Auch wurde nicht erklärt, welches die inhaltlichen Vorstellungen für eine neue Verfassung der "nationalen Versöhnung" sind und worin die Übereinstimmungen zu den AP-Kreisen besteht, deren Verfassungsentwurf von 1980 in etwa der heutigen Junta-Verfassung gleicht.

**Demokratie:** Wie oben erwähnt, fordert die DSP eine bürgerliche Demokratie mit allen ihren Institutionen.

**Politikverbote:** Die DSP fordert die Aufhebung der Politikverbote für die Expolitiker.

**Generalamnestie:** Die DSP hat keinen konkreten Vorschlag bezüglich der Forderung nach Generalamnestie, die von Tausenden von politischen Gefangenen und ihren Angehörigen erhoben wird.

Die Unterschriftenkampagne der Angehörigen der politischen Gefangenen für Generalamnestie wird von der DSP nicht unterstützt und auf ihren Kongressen sogar die Unterschriftensammlung durch Angehörigen der Gefangenen verhindert. Die DSP behauptet, daß sie den "gesellschaftlichen Frieden" will.

**Forderungen und Menschenrechte:** Die DSP verhält sich bezüglich dieser Themen verglichen mit den meisten anderen Parteien noch sensibler, ohne jedoch auf diesem Gebiet nennenswerte Aktivitäten zu unternehmen.

**Wirtschaftspolitik:** Die DSP erklärt, daß sie gegen die derzeitige Wirtschaftspolitik der ANAP sei. Eine wirtschaftliche Alternative hat sie aber noch nicht klar und eindeutig formuliert. Klar ist, daß die DSP nicht gegen das ausländische Kapital ist. Sie fordert eine Einkommensverteilung, die die Massen (und deren Kaufkraft) schützt. Sie ist der Ansicht, daß die Wirtschaft nur durch eine Zusammenarbeit zwischen dem Volk, dem Privatsektor und dem Staat verbessert werden kann.

## HDP

(Freie Demokratische Partei)

Anfang dieses Jahres wurde von Mehmet Yazar, dem früheren Vorsitzenden der "Kammerversammlung der Türkei" und Mitglied der DYP, und der Führung der aufgelösten MDP eine neue Partei geründet. Diese Partei, die den Namen HDP (Freie Demokratische Partei) hat, versucht ebenfalls, die Linie der alten AP fortzusetzen, wobei sie sich noch nicht in allen Bereichen programmatisch festgelegt hat.

Deshalb ist es schwierig, hier zu einzelnen Fragen Stellung zu nehmen.

Die HDP unterscheidet sich von der ANAP eher in ökonomischen als in politischen Fragen. Sie versucht, ein Programm zu schaffen, das fähig ist, die Interessen der großen Monopole mit den Interessen der Kräfte des Inneren Marktes auszugleichen. Die politische Linie der HDP scheint etwas "aufgelockert" zu sein als die der MDP. Aufschluß über ihre ideologische Linie gibt u.a. das Emblem, das die HDP auf ihrem Gründungspartei tag wählt: eine Platane mit 16 Wurzeln, ähnlich dem Emblem der früheren MP (Nachfolgeorganisation der MHP). Auch die MHP hatte Anstecknadeln mit 16 Sternen).

## MÇP

(Nationalistische Arbeitspartei)

Diese Partei wurde zunächst unter den Namen (konservative Partei) MP gegründet. Auf dem Parteikongreß im Dezember 85 wurde dieser Name in MCP geändert und als neuer Vorsitzender Ali Koc gewählt. Die MCP versucht die Linie der von den Generälen geschlossenen faschistischen MHP des Alpaslan Türkeş (Nationalistischen Befreiungspartei) fortzusetzen. Diese von Türkeş beeinflusste und geheim geführte Partei ist ein entschiedener Vertreter des 12. Septembers und der Verfassung vom 1982. Sie versucht, die faschistischen und rassistischen Elemente mit einigen Elementen des Islams zu vereinigen

und sich auf dieser Grundlage zu entwickeln. Die MHP - Strömung verfügt heute über Kräfte in der ANAP und in erheblicher Zahl auch im Staatsapparat. Demgegenüber ist die MCP heute noch in einer "Abwarteposition". Es weden derzeit (noch) keine großen Anstrengungen unternommen in die verschiedenen Bereichen vorhandene Kräfte der MHP kurzfristig organisatorisch zusammenzuführen und beispielsweise die MCP als Partei enorm zu stärken. Dem Trend zur demagogischen und inflationären Benutzung des Begriffs "Demokratie" mochte auch Faschistenführer A. Türkeş nicht entziehen: in mehreren Reden forderte er "Demokratie".



Diese Partei sieht sich als Nachfolgeorganisation der MSP (Nationale Heilpartei). Ihre Linie basiert auf Elementen des Islam und zielt auf ein islamisches Gesellschaftsmodell. Sie hat eine gewisse gesellschaftliche Unterstützung. Bei den Kommunalwahlen 1984 erreichte sie 4,73% der Stimmen.

Sie versucht die politische Repräsentation der islamischen Strömungen zu werden und widersetzt sich einigen staatlichen Maßnahmen, die ihre Entwicklung behindern sollen. Einige Ansichten dieser Partei werden durch ANAP als Staatspolitik realisiert.

Die M C P als auch die R P dürften auch aus dem Grunde Schwierigkeiten haben, einen größeren Masseneinfluß zu gewinnen, da ihre ideologischen Motive (Nationalismus bzw. Islam) heute Teil der offiziellen Doktrin des Regimes sind.

# demonstrationen der türk - is

Über 40.000 Arbeiter beteiligten sich am 23. Juni 1986 an der zweiten gewerkschaftlichen Großdemonstration, die die Türk-Is seit dem Putsch 1980 veranstaltete. Die erste Großaktion hatte am 22. Februar in Izmir unter dem Motto "Freiden, Brot und Freiheit" stattgefunden.

Angesichts der miserablen Lebenslage sieht sich die Regimetreue Türk-Isführung mit einer wachsenden Unzufriedenheit und Radikalisierung ihrer Basis konfrontiert. Seit Monaten wird bis in sozialdemokratische Funktionskreise hinein die Forderung nach Generalstreik gestellt. So ist die Türk-Is einerseits gezwungen, bestimmte Aktivitäten durchzuführen, um "eine linke Radikalisierung der Arbeiterschaft zu verhindern", wie sie während der Demonstrationen vorbereitung unzählige Male an die Adresse der Regierung versicherte.

Andererseits läuft sie gerade während derartiger Aktionen Gefahr, sich selbst mit der Unzufriedenheit der Gewerkschaftsbasis zu konfrontieren und die Kontrolle zu verlieren. Auf der Kundgebung in Izmir hatte sich Sevket Yilmaz nur schwer gegen die Sprechrohre durchzusetzen können, die lautstark seinen Rücktritt forderten. "Verkaufter Sevket" und "Freiheit für die DISK" - Parolen hatten seine Rede überdönt, massenweise Obst und Flaschen waren in Richtung Rednerpult geflogen.

Dementsprechend diente der massive Polizeieinsatz auch auf der Demonstration in Eskisehir nicht nur der Machtdemonstration des Staates, sondern auch dazu, die Türk-Is-Führung vor ihrer Basis zu schützen.

### Polizei - Demonstration

10.000 Polizisten waren zum "Schutz" der Demonstration in

Izmir, an der sich - nach Polizeiangaben 40.000 Arbeiter beteiligt hatten eingesetzt. Auf den Dächern der Häuser rund um den Kundgebungsplatz waren Polizisten mit MPs stationiert.

Die "Vorkehrungen" in Eskisehir waren eher noch eine Steigerung:

- Bereits als die Arbeiter sich zu sammeln begannen, wie auch während des weiteren Verlaufes der Demonstration wurden sie wiederholt aus Polizeilautsprechern aufgefordert "geht nach Hause".

- Alle Arbeiter wurden einzeln von Polizeikräften durchsucht.

- Während der gesamten Demonstration wurde von der Polizei Foto- und Videoaufnahmen gemacht. Insgesamt wurden mehrer km. Foto- und Videofilm verbraucht, um eine "lückenlose" Aufnahme aller Demonstrationsteilnehmer sicherzustellen.

- Die Vielzahl von Zivilpolizisten mit Ordnerbinde, die sich in die Demonstration gemischt hatten, erregten allgemeine Aufmerksamkeit (und deuteten auf genaue Absprachen zwischen der Polizei und Türk-Is).

- Während der Demonstration und Kundgebung flog die Polizei fast ununterbrochen mit Hubschraubern über die Menge, so daß Parolen wie Reden vom Hubschrauber-Lärm überdönt wurde. Teilweise wurde so tief geflogen, daß den Demonstrationsteilnehmern die Hüte vom Kopf gefegt wurden. Auf Druck der Arbeiter waren die Türk-Is Organisatoren gezwungen, Beschwerde bei der Einsatzleitung vorzutragen.

- Ein Kameramann der staatlichen Rundfunk- und Fernsehanstalt TRT wollte sich bei einem Hauptkommissar nach dem Kundgebungsort erkundigen, statt einer Antwort wurde er beschimpft und - als er auch noch nach dem Namen und der Dienstnummer des Polizisten

fragte mit Faustschlägen traktiert. Nachdem sich das TRT-Team zu erkennen gegeben hatten, bekamen sie zur Antwort: "... und ich dachte, ihr seid Gewerkschaftler..."

- Ein Vielzahl der Arbeiter hatte angefangen, revolutionäre Lieder zu singen. Dies wurde seitens der Polizei wie der Türk-Is mit "hört damit auf, hört auf..." zu verhindern versucht. Als dies nicht gelang, wurden die Musikgruppen veranlasst in voller Lautstärke die türkische Nationalhymne sowie andere Märsche zu spielen.

- Als der Türk-Is vorsitzender Sevket Yilmaz auf dem Kundgebungsplatz seine Rede mit den Worten: "Es regnet... deswegen möchte ich meine Rede kurz zusammenfassen." unterbrach, wurde er ausgebuht und mit Rufen "Arbeiter werden nie müde..." protestiert.

- Einige Transparente wurden von der Polizei eingesammelt.

- Auf Veranlassung der Türk-Is, wurden die Mitglieder der unabhängigen (Sozialdemokratischen) Otomobil-Is von der Polizei an der Kundgebung gehindert. Auf der Kundgebung in Izmir waren die Türk-Is kritischen Parolen der Otomobil-Is von der Mehrheit der Kundgebungsteilnehmer unterstützt worden.

Demnach bekam die Türk-Is auch in Eskisehir das Mißtrauen und den Unmut der Arbeiter zu Spüren. Neben den gewerkschaftssoffiziellen Parolen wurden immer wieder Slogans wie "Generalstreik" und "Rücktritt der Regierung Özal" gerufen.



Fortsetzung aus Seite 24

winn für die Türkei besteht darin, daß aus dem Munde des deutschen Staatspräsidenten gegenüber Europa und der Welt die Existenz der Demokratie in der Türkei gewürdigt wurde ... Die Türkei beabsichtigt in wichtigen Ländern wie der BRD, Italien, Frankreich, England eine große Öffentlichkeitskampagne zu beginnen. Der erste Schritt hierfür wurde während Weizsäckers Besuch sehr erfolgreich begonnen. Der langfristige Gewinn der BRD besteht darin, daß sie sich Hoffnung auf Aufschub der Freizügigkeit macht. ..."

Den Andeutungen in der Presse ist zu entnehmen, daß Weizsäcker hier möglicherweise gewisse Zusagen erreicht hat. Ein Indiz hierfür ist auch die insgesamt überschwengliche Presse in der Türkei, die ansonsten in der letzten Zeit recht ausführlich über die Ausländerfeindlichkeit in der BRD geschrieben hatte.

Für uns - für die türkische Opposition im Ausland und die Türkei-Solidarität sind die in letzter Zeit erfolgten Aufwertungen des türkischen Re-

gimes eine Niederlage. (sie beruhen sicher zu einem gewissen Teil auch auf dem Fehlen einer kritischen Öffentlichkeitsarbeit zur Türkei hier).

Die Einladung an Evren ist ein Schlag ins Gesicht der Opposition in der Türkei und eine Provokation für die demokratische Öffentlichkeit in Europa. Derzeit steht ein Besuchstermin noch nicht fest. Falls Evren tatsächlich noch in diesem Jahr in die BRD kommen sollte, muß ihm ein Empfang bereitet werden, den er sein Leben nicht vergißt. Vorrangiges Ziel müsste jedoch sein, über eine verstärkte Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Türkei diesen Besuch im Vorfeld politisch unmöglich zu machen. Hier ist viel zu tun, denn das türkische Regime hat in letzter Zeit seine Anstrengungen für eine gezielte Publicity-Arbeit an die europäische Öffentlichkeit enorm verstärkt. Das heißt: es gibt viel zu tun!

Nebenstehend drucken wir eine Erklärung die auf Initiative des Unterstützerkreises für die politischen Gefangenen in der Türkei und Türkei-Kurdistan zustande kam. Intention dieser Erklärung ist es, so eine langfristige Gegenöffentlichkeit zu schaffen.

# KRIEG IN T. KURDISTAN

Seit nunmehr eineinhalb Jahren führt das türkische Regime einen Krieg gegen das kurdische Volk. In den meisten Provinzen herrscht nach wie vor Kriegsrecht, ständig finden Militäroperationen statt, Überfälle auf Dörfer, Folter, Massenverhaftungen. Über 300.000 Soldaten sind in Kurdistan im Einsatz, was allein schon die Behauptung Lügen straft, als ginge es nur um die "Niederschlagung einiger Terroristen". In der Provinz Tunceli kommen pro Einwohner drei Soldaten!

Von der regimetreuen Presse wird dieser "Feldzug" von einem propagandistischen Trommelfeuer begleitet und begeistert gefeiert: Stolz werden "unsere Soldaten" auf der Titelseite der Tageszeitung abgebildet, wie sie gegen "den Feind" - die kurdischen Widerstandskämpfer - zu Felde ziehen. Es handelt sich tatsächlich um reinste Kriegsberichterstattung. Dem türkischen Regime geht es dabei um verschiedene Ziele:

- Zum einen um die Aufrechterhaltung der chauvinistischen Unterdrückung des kurdischen Volkes. Die meisten Maßnahmen richten sich gegen die kurdische Zivilbevölkerung. Dem regierungsoffiziellen Chauvinismus wird dabei von keiner Stelle auch nur versucht entgegenzutreten. Während Folterungen und Terrorakte der "Sicherheitskräfte" gegen die kurdische Bevölkerung inzwischen von einigen Sozialdemokraten öffentlich kritisiert werden, ist die nationalistische Unterdrückung der kurdischen Nation unwidersprochener Konsens. Selbst einige ehemalige oder vermeintliche "Linke" propagieren die Einheit der türkischen (!) Nation gegen Feinde und Spalter.

- den türkischen Machthabern geht es darüberhinaus darum, die ihr von der NATO zugedachte Rolle als "Gendarm des Nahen Ostens" auszufüllen. In diesem Sinne wurden die Überfälle auf - kurdische Gebiete - im Iran und Irak durchgeführt, (84) die auch von beiden

in Ruhe lassen würden." Aus Augenzeugenberichten wird deutlich, daß das "ruhmreiche türkische Heer" in getreuer Pflichterfüllung nicht nur den letzten "Terroristen" sondern auch den letzten kurdischen Bauern auszulöschen gedenkt. Beim Einsatz gegen kurdische Guerilla handelt das Heer nach der Strategie der verbrannten Erde. Wenn sich in einem Dorf ein "Terrorist" befinden könnte, so ist das Grund genug, das gesamte Dorf anzugreifen. Die "Antiguerrillaoperationen" sind damit sowohl Einsatz gegen die kurdische Guerilla als auch ein Großangriff auf das kurdische Volk.

"Die Soldaten haben ihre Gefangenen auf den Dorfplatz gebracht und sie dort splitternaakt ausgezogen. Alle Dorfbewohner mußten auf den Platz kommen und die nackten Gefangenen ansehen. Wer den Kopf senkte oder wagschaute bekam einen Faustschlag ins Gesicht. Unter den Gefangenen waren auch zwei Frauen. Sie wurden auf dem Dorfplatz vor allen Leuten von den Soldaten der Reihe nach vergewaltigt."

Dieser Bericht eines Bewohners aus einem kleinen Dorf in der Nähe von Kahramanmaraş ist kein brutaler Einzelfall. Ein Bewohner aus Yenibas bei Tunceli erzählte, was passierte, als die Bewohner sich weigerten ihr Dorf zu verlassen:

"Sie haben uns alle mit dicken Prügeln geschlagen und unsere Frauen und Mütter beleidigt. Sie haben unsere Töchter an sich gerissen und sie gezwungen mit ihnen zu tanzen. Dann haben wir es nicht mehr ausgehalten und sind gegangen."

In den Dörfern, die noch nicht evakuiert sind, kann es vorkommen, daß Dörfler, die sich zu weit von den Häusern entfernen, "aus Versehen" erschossen werden. Die Soldaten haben den absoluten Schießbefehl, d.h. wenn jemand eventuell ein "Terrorist" sein könnte darf ohne jede Warnung auf ihn geschossen werden. Neben dem kollektiven Druck auf ganze Dörfer, verfolgten die Soldaten, oder besser ihre Befehlshaber das Ziel einzelne Familien, besonders solche, die einen gewissen Einfluß auf ihre Umgebung haben, systematisch fertigzumachen.

## Deportationen

Neben dieser Massenvertreibung, die

durch den Terror der Armee verursacht wird gibt es auch offizielle Umsiedlungsaktionen: per Befehl der militärischen Stellen bzw., der Provinzgouverneure werden Dörfer, die "im Verdacht stehen", den Aufständischen Unterstützung zu gewähren, evakuiert. Bereits im Herbst 1984 war die Zwangsumsiedlung von ca. 50 Dörfern in der Nähe zur irakischen Grenze - "zur besseren Grenzsicherung" befohlen worden. Diese Maßnahmen werden systematisch weitergeführt. Allein in den ersten Monaten dieses Jahres wurden wiederum 50 Dörfern an der Grenze zu Iran, Irak, Syrien und in den Provinzen Bingöl und Dersim (Tunceli) die Räumung angeordnet. Am 11.2. berichtete die türkische Zeitung Tercüman, "11 Dörfer an den Ostgrenzen werden geräumt... entlang der 1.014 km langen Grenze zu Iran und Irak soll eine Pufferzone eingerichtet werden in der nur noch die 'Sicherheitskräfte' der türkischen Armee und Einheiten des Geheimdienstes operieren."

Als wenn das nicht reicht, wurde in vielen Fällen angeordnet, daß die Bevölkerung sich bis zu 1000 km. entfernt von ihrer Heimat ansiedeln müßte. Durch das auseinanderreißen der Familien und Dorfszusammenhänge soll die kurdische Bevölkerung ihrer Identität beraubt und zwangsassimiliert werden. Das ist die Fortsetzung der bereits in den 1920-30er Jahren verfolgten politik.

## Einrichtung von Wehrdörfern

Als letzte Maßnahme wurde die Einrichtung von Wehrdörfern (als "Sammeldörfer" bezeichnet) begonnen. Die Bevölkerung "dünn besiedelter Gebiete" soll in bestimmten Zentralen zusammengefasst werden, um "eine größere Sicherheit gegen die Terroristen" zu gewährleisten. Als erste Maßnahme werden 20 verstreute Siedlungen im Kreis Sirkak (Provinz Siirt) dem Dorf Dereler zugeführt. Wenn diese Maßnahme erfolgreich verläuft, soll sie auch auf andere Gebiete ausgedehnt werden.

## Dorfmilizen

Durch eine Änderung im türkischen Dorfgesetz wurde ab 4.4.85 bewirkt, daß "wenn es zu ernsthaften Anzeichen für einen Gewaltvollen Angriff auf das Dorf kommt, vorübergehend Dorfmilizen ernannt und bewaffnet werden können". In der Offiziellen Version heißt es: "Die Dorfmilizen haben die Aufgabe die türkische,

Staaten stillschweigend akzeptiert wurden. Mit Iran besteht darüberhinaus eine Übereinkunft, daß der türkische Staat auch iranische Oppositionelle in der Türkei verfolgt. Ein Sicherheitsabkommen mit Syrien (!) steht kurz vor der Verabschiedung.

- Zum dritten geht es dem türkischen Regime um die Aufrechterhaltung seiner Autorität und des Mythos der "Unbesiegbarkheit". Seit Beginn der Widerstandsaktionen im August 84 verkündeten die türkischen Machthaber in regelmäßigen Abständen, daß die Aufständischen nahezu vernichtet wären und keine Chance mehr hätten. Tatsache ist jedoch, daß - trotz aller Grausamkeiten der Armee - diese bisher die weitaus höheren Verluste hatte. Über die konkreten Widerstandsaktionen hinaus haben jegliche Verluste der Armee eine enorme ideologische Bedeutung. Nach dem 12. September war die "Herstellung von Ruhe und Ordnung" sowie die "Unbesiegbarkheit der Armee" das ideologische Hauptmotiv zur Verankerung ihrer Macht.

Je länger die Widerstandsaktionen anhalten ohne daß die Armee den jeweils angekündigten 'Sieg' davon trägt, umso brutaler geht sie gegen die Zivilbevölkerung vor. Umso paradoxer wird jedoch auch die offizielle Begründung: Während es angeblich nur um "eine Handvoll isolierter Terroristen" geht, werden ganze Dörfer geräumt, und zwangsumgesiedelt...

Der folgende Bericht basiert auf Briefen die uns aus der Türkei zugegangen sind, sowie Zeitungsmeldungen. Er erhebt nicht den Anspruch die politischen Kräfte auf beiden Seiten detailliert einzuschätzen, sondern soll eine anschauliches Bild aus Kurdistan vermitteln.

*Bauern vor den Angriffen 'Separatistischer, verräterischer Terroristen' zu schützen* Die Dorfmilizen sind mit einer Waffe und gesetzlicher Unangreifbarkeit versehen. Ihr Zahl wurde inzwischen von 10.000 auf 25.000 erhöht. Im Klartext, mit dem Gesetz zur Bildung von Dorfmilizen werden Faschisten und Denunzianten vom Staat bewaffnet. Wer diese Männer sind bestimmt die Kreiskommandatur in enger Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Aga (Großgrundbesitzer).

## Willkürliche Verhaftungen

Ein Vater, dessen zwei Söhne ermordet worden waren, erzählt: "Mir ist nur ein einziger Sohn geblieben. Er ist auf's Gymnasium gegangen und hat Abitur gemacht. Ohne irgendeinen ersichtlichen Grund haben sie ihn festgenommen. Er blieb 4-5 Monate im Gefängnis. Dann wurde er zwar freigelassen, aber sie ließen ihn trotzdem nicht in Ruhe. Letzten Monat war eine Schießerei in den

auch noch ihre Kinder genommen werden, stehen so vor dem totalen Nichts.

Mit dem Vorwand "Ihr habt Terroristen in der Familie" werden mehrere Geschwister gleichzeitig verhaftet, verschleppt, erschossen. Nach Aussagen des SHP Abgeordneten Fikri Saglar gibt es seit 1980 in den kurdischen Provinzen bis zu 800 Verschwindene.

Um Erfolgsmeldungen über die Armeoperationen vorweisen zu können, werden häufig willkürlich Dorfbewohner verhaftet, erschossen, gefoltert, die aber in der Presse als PKKler ausgegeben werden.: So meldet z.B. die 'Tercüman' von 27.4.86 als Hauptüberschrift auf seine Seite: "25 PKKler verhaftet". Im dazugehörigen Artikel auf den hinteren Seiten, wird dann berichtet, daß 25 Personen - darunter 2 LKW-Chauffeure verhaftet wurden - die die PKK durch Kurierdienste unterstützt haben sollen (...!)

Vergleichbare meldungen finden sich regelmäßig in der Presse. Dabei ist oft schon aus den Fotos zu diesen Meldungen ersichtlich, daß es sich um einfache Bauern, Hirte, Dorfbewohner handelt.

Laut offiziellen Erklärungen von Anfang August des Jahres werden noch genau 634 Personen Steckbrieflich gesucht. Obwohl angeblich genaue Angaben über die jeweiligen Personen Vorhanden sind, nehmen die wahllosen Verhaftungen und Verschleppungen nicht ab.

Ziel dieser Maßnahmen ist zweierlei: - Zum einen soll die gesamte kurdische Bevölkerung eingeschüchtert und terrorisiert werden.

Bergen, da nahmen sie meinen Sohn wieder fest, schlugen ihn und ließen ihn wieder frei. Ich merkte, daß er einfach nicht hierbleiben konnte und habe ihn zu meiner Verwandtschaft nach Istanbul geschickt."

Die Familien in Kurdistan, denen so, neben ihren, meist winzigen Feldern,



Stille Großoffensive des türkischen Heeres

"Die Kleidung der Soldaten ist schlicht und unauffällig. Doch beim Einsatzbefehl geht ein Schlag durch die Körper der todesmutigen bärenstarken Männer. Sie recken sich, brüllen wie die Löwen und zielen. Ihre automatischen Wunderwaffen treffen immer. Unsere Helden werden, auch wenn die letzten Magazine leergeschossen sind nicht ruhen, bis sie auch dem letzten Verräter die tödliche Lehre erteilt haben."

"Wir wachten morgens auf und alle unsere Häuser waren umzingelt. Wir wurden von den Soldaten in die Volksschule gebracht und dort erst einmal verprügelt. - Ihr helft den Anarchisten - sagten sie uns - ihr ernährt sie -. Dann sagten sie: - jetzt übergießen wir auch und die Häuser mit Benzin und zünden alles an. - Wir mußten alle dort bleiben, keiner durfte nach Hause gehen. Dann sagte der Kommandant zu den Frauen: - Ich lege euch nackt vor die Polizeiwache, Auf jeden von euch kommen 5-6 Soldaten. - und zu den Männern: - und ihr schaut zu. Jeder, der den Soldaten entkommen konnte, floh. Dann fingen sie an, die Kinder zu prügeln und dann haben sie unsere Männer gefoltert."

Das erste Zitat stammt aus der türkischen Tageszeitung "GÜNES" vom 1.4.86. Es ist ein Ausschnitt aus dem begeisterten Bericht eines Journalisten, dem Zutritt zu dem Ausbildungslager der geheimen Sondereinsatzkommandos des türkischen Heeres gestattet wurde. Diese Kommandos erhalten eine Spezialausbildung für den Einsatz gegen "späterische Terroristen" in Kurdistan.

Das zweite Zitat ist einem Bericht von Hüsnüye Bilin entnommen. Diese junge Frau wohnte bis zum Juli 1985 in dem kleinen Dorf Doganli bei Bingöl im türkischen Teil Kurdistans. Sie berichtet von einer Razzia türkischer Soldaten im Juli 1985, bei der Volksschullehrer Siddik Bilgin während der Folterungen ermordet und das Dorf schließlich von seinen Bewohnern aus Furcht verlassen wurde.

## Terror gegen die Bevölkerung

Im Januar diesen Jahres unternahm 3 SHP-Abgeordnete eine Inspektionsreise. Auf jeder ihrer Reisetappen begegneten sie Spuren von Verwüstung und Panik, die das türkische Heer hinterlassen hatte. Das Dorf Doganli in dem der Lehrer Siddik Bilgin gelebt hatte, fanden sie als Geisterdorf vor. Das frischgehackte Holz neben den Häusern und die Teller und die Gläser in den Küchenregalen vermittelten in welch panischer Angst vor dem Militärs, die Dorfbewohner, ihre Häuser verlassen mußten.

Allein in der Provinz Tunceli, gibt es ca. 20 Dörfer in denen heute niemand mehr lebt. Wer nicht verschleppt oder festgenommen ist, wohnt heute in den größeren Städten wie Elazığ, Adana oder Mersin. Der größte Teil dieser Leute sind Bauern, die durch ihren Umzug in die Stadt ihrer Existenzgrundlage beraubt wurden. Alle wollen zurück. "wenn die Soldaten uns bloß



- Zum zweiten steht die türkische Armee natürlich unter "Erfolgszwang". Denn die beharrlich wiederholten Ankündigungen: "unsere glorreiche Armee hat sie bald alle, es handelt sich nur um ein kleines Häuflein" verlieren immer mehr an Glaubwürdigkeit.

... und Erschießungen

So häufen sich derartige "Erfolge" besonders nach Aktionen der PKK und während der großen Operationsfeldzüge. Dieser Terror beschränkt sich nicht auf Verhaftungen. Beliebig werden von den Soldaten Dorfbewohner, Hirten, erschossen und im Nachhinein als PKK'ler ausgegeben.

Ein türkischer Soldat berichtet:

- Wo machst du Militärdienst?  
- In Batman, ca. 200 km östlich von Diyarbakir.  
- Und was machst du dort?  
- Ich bin einer sogenannten Operationseinheit zugeteilt. Wir kämmen die Berge im äußersten Südosten Kurdistans durch, nach den Rebellen.

- Findet ihr die Rebellen denn?  
- Ab und zu nehmen wir Leute von Ihnen fest. Sie werden zu den Stützpunkten geschleppt und ausgefragt. Wir müssen sie zum Reden bringen, weil unsere Vorgesetzten Informationen über die Schlupfwinkel ihrer Kameraden haben wollen.

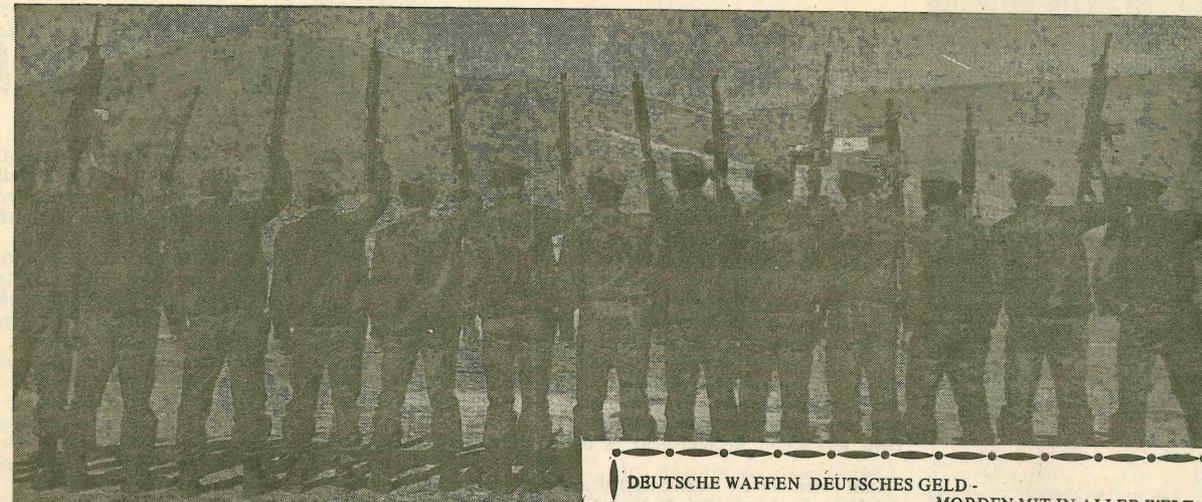
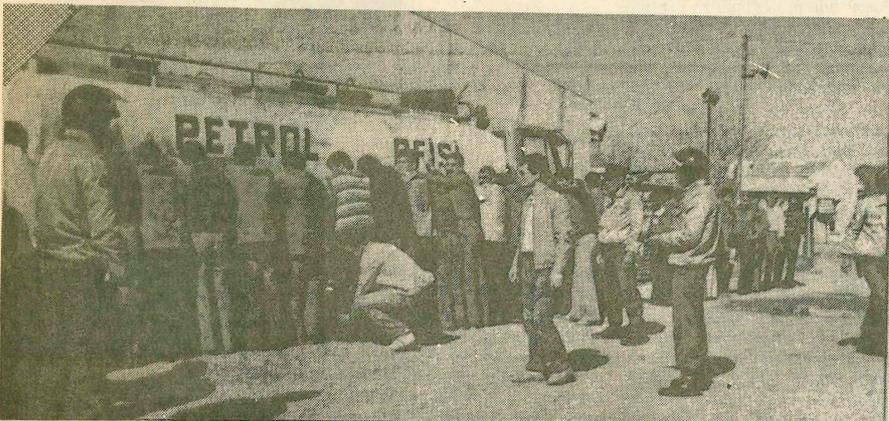
- Reden sie denn?  
- Nein, die Burschen Reden nicht. Ich habe noch keinen gesehen der redet. Deshalb werden wir gezwungen, sie zu foltern. Manchmal werden Brenneisen benutzt, die sie den Leuten ins Fleisch Pressen. Es ist sinnlos, die reden trotzdem nicht. Wir werden gezwungen zu foltern sonst sterben wir.

Aber es ist nicht nur das. Weißt du, wir haben Schießbefehl, d.h. wir können eigentlich jeden abknallen, den wir für einen "Terroristen" halten. Auf dieser Weise ist bei einer Razzia in den Bergen mal ein 17 jähriger Hirtenjunge erschossen worden. Er war auf der Suche nach seinen Schafen. Er wurde von uns gerufen und blieb stehen. Während einer der Soldaten noch sein Gepäck durchsuchte, hat ihn der andere einfach erschossen. Er hat dann eine Auszeichnung für seine "Leistung" bekommen.

Solche Sachen gibt es. Aber viele haben auch keine Lust, den Job zu machen. Wir können ja ganz leicht selber erschossen werden. Aber wir haben keine Wahl. Einmal ist einer weggelaufen, den haben sie dann wieder gefangen und in die gleiche Einheit zurückgeschickt, anstatt ihm Arrest zu geben. Das ist hier auch schlimmer als jede Arreststrafe.

Kontra - Guerilla Aktionen

Um die Aufständischen in der Bevölkerung zu isolieren und den Armeeteror zu 'legitimieren' werden von Spezialeinheiten der Armee Kontra - Guerilla Aktionen verübt: Türkische Soldaten bzw. Polizisten, verkleidet als "Befreiungskämpfer" verüben faschistische Überfälle auf die Zivilbevölkerung, die dann der Öffentlichkeit als "Terror der Separatisten" präsentiert werden. Durch eine Panne kam Kontra-Guerilla Aktionen in Kurdistan an



die Öffentlichkeit: Ausgerechnet ein Abgeordneter der MDP stellte im Parlament eine Anfrage an den Innenminister. In einem Dorf der Provinz Bingöl hatten als "Guerillas" verkleidete Soldaten 2 Dorfbewohner erschossen. Er berichtete, daß eine Gruppe von Zivilpolizisten des Polizeipräsidiums in Elazig sich wie "Anarchisten" verkleidet, verschiedene Dörfer aufgesucht und im Dorf Gökçekanat zwei Dorfbewohner erschossen haben.

Darauf der Polizeichef Bedük, zu der Frage, ob Polizisten in "Terroristen" kleidung auftreten: "Zu dieser Frage möchte ich jetzt nicht Stellung nehmen". Und auf die Frage, ob die Zivilteams ihre Arbeit noch weiterführen: "Auch diese Frage möchte ich jetzt nicht beantworten, aber unsere Polizei arbeitet in Zivil".

Auch die Bevölkerung in der Provinz Tunceli hatten sich über die Kontra-Guerilla Aktionen beschwert. "Nachts klingeln sie an unseren Türen macht auf, wir sind von der PKK und drohen uns zu töten, die Tür einzuschlagen... Wenn wir die Tür öffnen, stehen vor uns Soldaten die sich verkleidet haben. Also du hilfst der PKK sagen sie dann..."

Dies ist ein langfristiger Kampf...

Trotz aller Grausamkeit, trotz hochmoderner Waffen und obwohl rund 2/3 der gesamten türkischen Armee in Kurdistan im Einsatz ist, haben die bewaffneten Auseinandersetzungen seit dem August 84 nicht aufgehört. Wieviel Verluste das türkische Heer in dieser Zeit tatsächlich hatte, weiß niemand. Nachweislich sind jedoch die offiziellen Meldungen weit untertrieben.

Mittlerweile scheint sich auch bei den Herrschenden die Erkenntnis durchzusetzen, daß der Widerstand des kurdischen Volkes kurzfristig nicht mehr zu zerschlagen ist. Evt. der zu Beginn der Auseinandersetzungen ein baldiges "Ende der Verwirrungen" angekündigt, vermeidet es seit einigen Monaten, sich zum Thema Kurdistan zu äußern. Özal selbst räumt in einem Interview ein, daß sich die Regierung auf einen langfristigen Krieg einstellen müsse:

"Die Lösung dieser Angelegenheit muß man nicht kurzfristig sondern langfristig sehen. Diese PKK und ähnliche Organisationen sind nicht neu. Auch als der Anarchismus ganz stark war haben sie viele Sachen gemacht. Außerdem haben sie Verlagerung im Ausland. In verschiedenen europäischen Ländern haben sie Unterschlupf gefunden. Dazu kommen die Nachbarländer... die Lager in Libanon und Syrien sind uns bekannt."

... wir haben eine Reihe von Maßnahmen getroffen, z.B. das Reuegesetz, auf Grund dessen haben sich eine Reihe von Leuten gestellt und Aussagen gemacht.

... Sie führen einen richtigen Guerillakrieg. Sie schlagen zu und fliehen. Was kann man dagegen machen? Wir haben das Reuegesetz eingeführt, wir haben das Dorfmilizensystem eingeführt... wir werden diese noch mit modernen Waffen ausrüsten. Sie verdienen auch gutes Geld 35.000 bis 40.000 TL pro Monat.

Und dann drittens werden sowohl von der Polizei als auch von den Streitkräften besonders gut ausgebildete Spezialtruppen benötigt. Das geht nicht mit Soldaten, die ihren zweijährigen Wehrdienst ableisten...

... Dies ist ein Kampf der muß auf andere Weise geführt werden.

... Man muß wissen, daß dies ein langfristiger Kampf ist." (Hürr.15.4.86)



Es wäre unserer Meinung nach jedoch verfehlt, diese eingestandene Schwäche der Herrschenden nun im Umkehrschluss geradlinigst in einen Erfolg dieser oder jener kurdischen Befreiungsorganisation umzuinterpretieren. Auch ist der verbreitete Haß gegen die türkischen Truppen und die Verweigerung der Kollaboration seitens der kurdischen Bevölkerung nicht gleichbedeutend mit der Unterstützung oder Befürwortung einer dieser Organisationen.

DEUTSCHE WAFFEN DEUTSCHES GELD - MORDEN MIT IN ALLER WELT

"Schwarze Insekten" nach dem Vorbild der GSG 9

Zur Zeit werden in der Nähe von Ankara Elite-Einheiten mit dem Namen "Schwarze Insekten" für den Einsatz in Kurdistan ausgebildet. Die Einheiten sind mit den automatischen Gewehren M 16 und A 2 ausgerüstet, die sowohl Patronen als auch Handbomben verschießen und von der Presse stolz und vielleicht gar nicht unzutreffend als "Rambo-Waffen" bezeichnet werden. Die Ausbilder dieser Einheiten, so die Tageszeitung GÜNES, waren zur Vervollständigung ihrer Fähigkeiten in den USA und der BRD, wo sie "zusammen mit den Spezialisten der GSG 9 ausgebildet wurden".

Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an den Besuch einer Delegation unter Leitung des türkischen Polizeichefs Arıkan Bedük im Juni letzten Jahres in der BRD.

Auf dem Programm der Delegation standen Besuche im Bundesinnenministerium, beim BKA und verschie-

denen Länderpolizeichefs. Bei einer westdeutschen Luftwaffenfirma (vermutlich MBB) sollten Hubschrauber gekauft werden, wie sie in Kurdistan (aber auch bei Demonstrationen, s. S. ) eingesetzt werden. Einen besonderen Programmpunkt bildete ein ausführlicher Besuch bei der GSG 9.

Deutsche Polizeihunde für türkische Anti-Guerillaeinheiten

Nach einer weiteren Meldung der Tageszeitung GÜNES hat der türkische Polizeiverband entschieden, für die "Antiguerillaaktionen" im türkischen Teil Kurdistans in Deutschland abgerichtete Polizeihunde einzuführen. 10 dieser Hunde sind bereits bestellt und würden ab Juli in den betreffenden Gebieten eingesetzt. Der Polizeichef "ist sicher, daß man gute Ergebnisse erzielen wird" und erklärt daß man gedenkt, noch weitere Hunde aus der BRD einzukaufen.

Auffällig ist, daß der türkische Staat neben der massiven Terror- und Einschüchterungspolitik zunehmend versucht, die direkte Konfrontation auch in die Bevölkerung hineinzuverlagern. Als konkrete Maßnahme sie hier das Dorfmilizensystem genannt, wobei planmäßig Auseinandersetzungen zwischen verschiedenen Gruppen in der Bevölkerung ( z.B. zwischen verschiedenen asirets = Sippen, oder benachbarten Dörfern unterschiedlicher Religionszugehörigkeit) geschürt werden. Dabei ist es schon seit den 20er Jahren Bestandteil der staatlichen Unterdrückung gegen die Kurden, u.a. durch Zwangsumsiedlungen und Ansiedlungen (staatstreuer!) türkischer Dörfer, die gewachsenen Strukturen zu zerstören und ethnische wie religiöse Unterschiede auszunutzen. Dies ist eine der Fragen, auf die eine Politik mit linkem Anspruch eine Antwort finden muß.

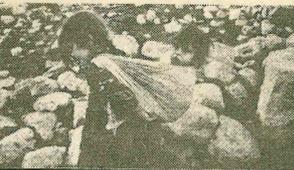
In den nächsten Ausgaben wollen wir uns mit der Geschichte des kurdischen Widerstandes, den kurdischen Befreiungsorganisationen, sowie der Haltung der türkischen Linken und "Linken" zur Frage Kurdistan auseinandersetzen.

blätter des iz3w  
Informationszentrum dritte welt - iz3w

SchwerpunkttHEMA:



Türkei - 5 Jahre nach dem Putsch



Nr. 129 - November 1985

Türkei - 5 Jahre nach dem Putsch

Von der Militärdiktatur zum Polizeistaat

Menschenrechtsverletzungen trotz „Demokratisierung“

Aufschwung in die Krise

„Partnerland Türkei“ Eckpfeiler für die NATO

Die Türkei - ein zweiter Iran?

Außerdem:

Der Druck auf Warnke nimmt zu  
Medien in Vietnam

Nachrichten und Berichte zu:

Südafrika, Eritrea, Honduras, Sri Lanka, Nepal

Einzelpreis DM 5,-; Jahresabo: DM 40,- (DM 30,- für einkommensschwache Gruppen) bei 8 Ausgaben im Jahr. Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

Brich das Gesetz

Brich das Gesetz und fühl dich befreit  
Wo sonst in der Welt hast du Sicherheit  
Brich das Gesetz im Inneren  
Brich das Gesetz im Äußeren  
Fühl dich frei zeig deine Erwartung  
Brich das Gesetz der Unterdrückung  
Brich das Gesetz der Unterwerfung

# CHEMIE-ARBEITER IN ISTANBUL

Der Militärputsch 1980 richtete sich neben der revolutionär-demokratischen Opposition vor allem auch gegen die Arbeiterklasse.

Während die ökonomischen Maßnahmen des 24. Januar sie zu einem Leben am Existenzminimum verdonnern, wurden sie durch das Regime des 12. September der politischen und gewerkschaftlichen Rechte beraubt, die sie in den 70er Jahren erkämpft hatten.

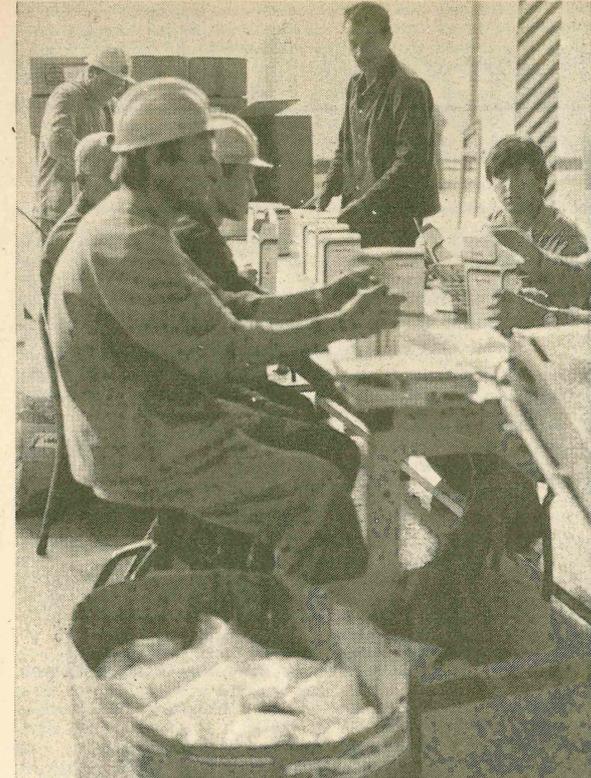
Hauptgewinner sind nicht zuletzt die ausländischen Konzerne.

Wir lesen im folgenden Gespräche und Interviews mit Arbeitern aus deutschen Chemiefirmen in Istanbul.

**"SOBALD DIE DEUTSCHEN FIRMEN DIE GRENZE ÜBERSCHRITTEN HABEN, PASSEN SIE SICH DER HIESIGEN AREI VÖLLIG AN"**

"Hier wird Pflanzengift hergestellt, eines unserer giftigsten Produkte." Aus dicken Röhren in der Decke fließt weißes Pulver in Metallfässer. Über Rohrausgang und Fassöffnung hat man eine Art Leinensack gestülpt um Staubentwicklung zu verhindern. Dennoch sind die Abfüllmaschinen in eine weiße Wolke gehüllt und auf dem Boden neben den Fässern entstehen kleine Haufen des hochgiftigen Pulvers. Die vollen Fässer werden offen einige Meter transportiert. Die Männer, die die Abfüllung vornehmen, tragen eine weiße Maske über Mund und Nase, die einer Chirurgengebinde gleicht. Einer zeigt uns seine 'Maske' und wir können die weiße Staubschicht sehen, die ihre Innenseite (!) bedeckt.

Diese Szene ist nicht die einzige, die den Besucher beim Rundgang durch die Fabrikhallen der BAYER tarim (Landwirtschaftsbedarf) buchstäblich den Atem stocken läßt. Alle Maschinen verfügen über keine oder völlig unzureichende Schutzvorkehrungen. Das weitläufige Produktionsgelände des 100% in deutsche Hand befindlichen Unternehmens liegt in Gebze, am äußersten Westzipfel Istanbuls. Seit 20 Jahren werden dort Kunstdünger und alle Arten von Schädlingstgiften produziert.



"Wir arbeiten hier mit Maschinen, die das deutsche Unternehmen schon seit 10 Jahren ausgemistet hätte", erklärt uns der "Arbeitervertreter" (etwa unser Betriebsrat) bei einem Gang durch die Firma. "Hier z.B. wird Pflanzengift verpackt". In der nächsten Halle werden giftige Lösungen in Flaschen gefüllt. Ein großer Trich-

ter direkt über der Abfüllanlage sorgt für Entlüftung, danach werden die Flaschen jedoch offen bis zur Verschlussanlage transportiert. Die wenigen Meter Transport reichen jedoch, um die Luft und auch die Menschen, die sie gezwungenermaßen einatmen, zu vergiften.

"Die Stoffe, die hier hergestellt werden, schaden ihrer Gesundheit! Legen Sie immer Ihre Schutzkleidung an!" warnt ein großes Schild am Eingang in die nächste Halle. Die Arbeiter, die dort am Verpackungstisch sitzen, grinsen nur. Außer dem oben erwähnten Mundschutz, der wohl eher eine optisch-psychologische Funktion zu erfüllen hat, gibt es seit einiger Zeit Gasmasken, frisch aus der Bundesrepublik. "Schauen Sie, in 10 Minuten ist er knallrot!" feixen die Arbeiter, als ein Kollege die Maske aufsetzt, um sie uns zu zeigen. Die schweren Gasmasken verursachen Übelkeit und können nicht von allen Arbeitern und vor allem nicht für lange Zeit getragen werden.

Ein Arbeitstag dauert 10 Stunden. Einmal 30 und zweimal 15 Minuten Pause, das macht 9 Stunden Arbeit.

Was verdient man bei diesem Job, der den Körper langsam zugrunde richtet?

"Fragen Sie lieber, was wir nicht verdienen!" Die Arbeiter am Packtisch verdienen 22 - 25.000 TL im Monat (etwa 120 DM) ca. 2-3.000 TL über dem festgesetzten Mindestlohn (im Sommer 85). "Ich bin ver-

heiratet und habe zwei Kinder und unsere Miete beträgt 15.000 Lira. Rechnen Sie sich doch aus, was übrig bleibt. Wie wir so leben können, das weiß ich selber nicht!"

Der junge Mann, der die Tuben mit dem Insektengift verschließt, hat letzte Woche geheiratet. Monatslohn

25.000 ; Heiratszulage 10.000 TL. 10.000 reichen für einen Lokalbesuch von vier Personen (Fleisch, Salat, Obst) die Heiratszulage reicht also nicht einmal, um die beiderseitigen Schwiegereltern zu verköstigen.

Beim Verlassen der Halle kommt ein älterer Mann hinter uns her. "Sind Sie von der Gewerkschaft? Warten Sie, ich will ihnen was erzählen. Nach uns fragt sonst keiner! Seit 20 Jahren bin ich hier und seit 20 Jahren kämpfe ich in der Gewerkschaft. Fragen Sie mich mal, wieviele Kollegen ich schon ins Berufskrankenhaus gebracht habe. Vergiftung. Aber wenn sie sterben, schreibt der Arzt in seinen Bericht "Bluthochdruck" oder "Herzversagen". Bluthochdruck ist ein Anzeichen von Vergiftung. Er wird hier bei Routineuntersuchungen bei fast allen Arbeitern festgestellt.

"Diese beiden Kollegen sind behindert." Wir betreten jetzt einen kleineren Raum. Die beiden Arbeiter sitzen an einer Maschine, die die Herstellungsdaten auf die Packungen druckt. Der eine kann nicht mehr laufen, der andere seinen Arm nicht mehr bewegen. Folgen von Vergiftungserscheinungen.

Wir gehen weiter durch die noch verbleibenden Abteilungen, doch das Bild ändert sich auch hier nicht. Was auffällt: wo es nur möglich ist, wird auf Maschinen verzichtet. Das billigste, was es gibt, ist die Arbeitskraft. Wenn ein Arbeiter stirbt, stehen schon morgen Dutzende Schlangen, um seinen Platz einzunehmen. "Wenn einer bis zur Rente durchhält", erklärt der Betriebsrat ruhig, als ginge



und Schulbedarf für die Kinder, so kommen wir auf ca. 200.000 im Monat für ein normales, durchaus nicht luxuriöses Leben. Und ...40.000!!!

denen der BIFA. "10.000 TL Urlaubsgeld bekommen wir; das ist doch ein schlacher Witz. Warum? Ich bin aus Trabzon und dann habe ich zwei Kinder. Eine Fahrkarte nur hin kostet ungefähr 10.000, also mit Familie hin und zurück 80.000 TL! Verstehen Sie jetzt, warum das ein Witz ist?" Ein anderer Arbeiter unterbricht die Rechnung: "Ein türkischer Arbeiter, der bei der deutschen Pelikan arbeitet kann alle zwei Jahre, - manche sogar im eigenen Auto - nach Hause fahren, also in die Türkei. Ich rede gar nicht davon, in meine Heimat zu fahren; ich kann meinen Kindern nicht einmal die Istanbuler Sehenswürdigkeiten zeigen...."

"Du sagst gerade ein eigenes Auto. Stell dir mal vor, hier sagt einer, ich kaufe einen Kühlschrank, ein Auto vielleicht noch einen Fernseher, dann heirate ich. Der schafft 100 Jahre und stirbt dann ledig!" Mit solchen und ähnlichen Zitaten aus Gesprächen mit den Arbeitern ließen sich noch Seiten füllen. Ein Gewerkschaftsfunktionär faßt die Situation treffend zusammen: "Die deutschen Firmen? Wir können sagen, daß die sobald sie die türkische Grenze überschritten haben, alle Kultur, Demokratie und allen Fortschritt vergessen und sich der hiesigen Barbarei völlig anpassen."

Diese Barbarei bezieht sich nicht nur auf die Löhne. Nach dem Putsch 1980 sind die Gewerkschaften so gut wie aller ihrer Rechte beraubt, viele der alten Gewerkschaftler verhaftet, die kämpferischen Gewerkschaften aufgelöst und die verbliebenen durch eine Reihe gesetzlicher Bestimmungen mundtot gemacht worden. So bleibt nach den neuen Gesetzen z.B. vom 'Streikrecht' nur eine - bis zur Unkenntlichkeit kastrierte - symbolische Möglichkeit übrig:

Ein Streik muß dem Arbeitgeber 2 Monate vorher angemeldet werden. Während des Streiks darf der An- und Abtransport, von Rohmaterial und Produkten nicht verhindert werden. An jedem Tor sind nur zwei Streikposten erlaubt.

Jegliche Einrichtungen der Streikenden, wie etwa eine Baracke, Transparent, ein Versammlungsort sind verboten. Finden sich genug Streikbrecher, kann produziert werden. Die Produk-

Deutsche und Schweizer Chemie - Industrie in der Türkei (aus : ausländische Kapitalbeteiligungen in der Türkei - Stand 1980)				
Name der türk. Firma (Mutterfirma)	Wirtschaftsbereich	Gesamtkapital in Mio TL	Auslandskapital in Mio TL	Auslandsbeteiligung in Prozent
<b>Bundesrepublik Deutschland</b>				
Bayer Tarim Ala.San.Ltd. (Farbenfabrik Bayer AG)	Pestizide	27,57	27,20	98,70
Bayer Turk Kimya Ltd. (Farbenfabrik Bayer AG)	Chemikalien	7,20	7,20	100,00
Birlesik Alman Ilac Fab. (Bayer AG, Knoll AG, E. Merck, Schering AG)	Pharmazie	26,48	20,52	77,50
Türk Hoechst AS (Hoechst AG)	Pharmazie	418,00	331,22	79,24
Turk Henkel Kimyali Madd. (Henkel AG)	Textilchemikalien	4,50	2,90	66,66
<b>Schweiz</b>				
BASF Sumerbank Turk Kimya Sa. AS (BASF)	Chemikalien	60,00	36,00	60,00
Ciba Geigy Ilac San.AS (Ciba Geigy)	Pharmazie	4,00	3,00	75,00
Sandoz Ilac San. Ltd. (Sandoz AG)	Chemikalien	10,00	8,00	80,00
Sandoz Kimya San. Ltd. (Sandoz AG)	Chemikalien	7,08	7,08	100,00
Roche Mustahzarlari Ltd. (Hoffmann-La Roche)	Pharmazie	285,00	285,00	100,00
(aus: "Modell" Türkei - von Rainer Werle)				

es ihn nichts an" dann hat er noch eine Lebenserwartung von 2 - 3 Jahren."

Die BAYER - Tarim ist kein Einzelfall, im ältesten Istanbuler Industrieviertel Topkapi besuchen wir eine andere BAYER - Tochter, die BIFA, (Birlesik Alman Ilac Fabrikalar - Vereinigte deutsche Pharmawerke). Der dortige Betriebsrat rechnet uns ausführliche vor: "Experten haben ausgerechnet, daß eine Familie, um sich ausreichend zu ernähren im Monat für vier Personen etwa 54.000 TL ausgeben muß rechnen wir noch ca. 30.000 TL für eine sowieso unzureichende Wohnung, Fahrgeld, Kleidung

(neuer Mindestlohn ab Sept.85 Tarif) Gut es gibt Sozialleistungen für Kohle, Festzulage usw. aber es reicht nicht."... "35.000 TL brutto Kohlegeld, das sind netto 30.000, eine to Kohle kostet dieses Jahr 20.000 und mindestens vier Tonnen braucht man. Dabei ist noch vergessen, daß der Tarifvertrag für mehrere Jahre gilt und die Kohle bei dieser Inflation im nächsten Jahr schon das Doppelte kosten kann."

Das Werk BÜROSAN, eine Tochter der KOC-Holding, produziert Pelikan Produkte mit deutscher Lizenz. Die Zahlen, die uns die Arbeiter hier nennen, liegen noch um ein einiges unter

tion zu stören ist gesetzlich verboten. Per Anordnung kann der Streik "unterbrochen" werden - und endet dann vorm YHK (dem Höchsten Schiedsgericht s.u.)

"Was wir vor 1980 schon in der Hand hatten, das dürfen wir heute nicht einmal fordern" ist die einhellige Beurteilung der Kollegen. "Wenn wir uns darauf berufen, daß die Rechte, die wir fordern, vor 80 schon erreicht waren, dann erklären die Arbeitgeber, die damaligen Verträge hätten sie nur unter größtem Druck unterschrieben, sie seien daher nicht gültig."

Die gesetzliche Grundlage, die den Arbeitgebern all diese Freiheiten ermöglicht und die Türkei zu einem Arbeitgeberparadies macht, ist folgende:

Nach dem Putsch wurde auf Vorschlag des türkischen Holdingfürsten Vehbi Koc eine dreijähriger 'Arbeitsfrieden' ausgerufen, damit sich das Land unter der starken Hand der Militärs "schneller erholen könne". Es wurde ein aus 9 Mitgliedern bestehendes "Höchstes Schiedsgericht" (YHK) eingerichtet, das fortan die Tarife für die Löhne der Arbeiter fest setzte. Bis zum 1.1.85 erhielten die Arbeiter so ohne jegliche Verhandlungen die Löhne entsprechend der vom YHK festgelegten Tarife.

Als dann im Januar 1985 die Arena für Tarifverhandlungen freigegeben wurde, brachte dies keine allzu großen Veränderungen: Konnten sich die Tarifpartner nicht einigen, so führte der Weg erneut zum YHK, der gemeinsam mit den Arbeitgeberverbänden eine so restriktive Politik verfolgte, daß selbst einzelne Arbeitgeber (erfollos) versuchten, dagegen zu opponieren.

Entschließen sich die Arbeiter eines Werkes trotz allem zum Streik, so steht dem Arbeitgeber noch ein anderes Mittel zur Verfügung: Er kann unbegrenzt sogenannte 'Saisonarbeiter' zum Mindestlohn einstellen - und diese je nach Bedarf wieder entlassen. Bei der von uns besuchten Firma BIFA wurden am 1.8. (als sich nach 7 monatigen ergebnislosen Verhandlungen ein Streik absehen ließ) 56 solcher 'Saisonarbeiter' eingestellt; mit der Begründung, die Feriensaison beginne. "Die Feriensaison fängt hier im Juli an und geht jetzt ihrem Ende zu" erklärt uns unser Gesprächspartner.

So profitieren - auch - die deutschen Firmen von der Rechtlosigkeit der türkischen Arbeiter unter den Beschlüssen der Junta und der Özalregierung. "Wir können in den letzten Jahren von einem merklichen Aufschwung sprechen" heißt es z.B. bei Türk - Siemens und die BIFA konnte in den letzten zwei Jahren ihre Anlagen um eines der größten Depots der Türkei erweitern und eine neue Fabrik zur Herstellung der Medizinrohstoffe bauen.

Die in diesem Bericht angeführten Beispiele stammen sogar wie alle aus dem Bereich der Chemieindustrie. Mit 23 Unternehmen führt dieser Zweig die Liste der Investitionsbereiche des Auslandskapitals in der Türkei an. Mit einem Fremdkapitalanteil von 77 % liegt er ebenfalls an der Spitze. Deutsche Namen wie Bayer, BASF, Hoechst, spielen unter der 23 Konzernen keine unwesentliche Rolle.

Eine völlig unzureichende Gesundheitsversorgung, Ärztemangel u. dgl. lassen pharmazeutische Produkte zur letzten Hoffnung auf Genesung und die Türkei zu einem Absatzparadies für deren Hersteller werden. "Unsere Leute essen Aspirin schaufelweise" erklärt einer der Arbeiter. Die grünen Schachteln fehlen auch an keinem Zeitungskiosk und können an jeder Würstchenbude gekauft werden. Ebenso "paradiesische" Nachfrage läßt sich auch für die BAYER-tarim (Landwirtschaftsbedarf) denken, da die Diskussion um den hemmungslosen Gebrauch aller Arten von giftigen Schädlingsmitteln noch nicht einmal in den Kinderschuhen steckt.

Als Özal am 24.1.80 und noch ein-

mal nach den Wahlen vom 6.11. 83 rief und das Auslandskapital zu tröpfeln begann, da hatten die renommierten Chemiekonzerne schon lange ihren angestammten Platz in der türkischen Industrielandschaft. Die deutschen Firmen auf diesem Sektor blicken ausnahmslos auf eine ziemlich lange Tradition zurück. Die BAYER-tarim begann ihre Produktion in Gebze vor über 20 Jahren (1963), als Gründungsmitglied der BIFA ist die Firma Bayer jedoch schon 10 Jahre länger in der Türkei. Zusammen mit den Firmen Knoll, Schering und Merck hob sie das Pharmawerk 1954 aus der Taufe. Auch BASF, Henkel und Hoechst begannen in den 50er Jahren mit ihren Investitionen in der Türkei. Die kapitalfreundliche Politik zeigte auch bei diesen Werken ihre Wirkung. Die am 24.1.80 verabschiedeten Grundsatzbeschlüsse zum Auslandskapital sorgten für erhebliche Zollerleichterungen und Steuererlässe. Rohmaterialien, die zum großen Teil aus der BRD kommen, können zu wesentlich günstigeren Bedingungen eingeführt werden.

Diese Erleichterungen und die billige Arbeitskraft, die in der Kostenrechnung immer mehr vernachlässigt werden kann, ließen die Exportproduktion in den türkischen Tochterfirmen in die Höhe schießen. Von den 2,5 to Aspirinmasse, die in der BIFA täglich hergestellt werden, geht ein Teil in europäische Länder, Fernost und wohl zu immer größeren Teilen nach Mittelost.

Günstige Steuern und Zoll, alte Maschinen, menschliche Arbeitskraft zu lächerlichen Löhnen, das sind die Komponenten, die es zu dem vielzitierten Ausspruch der Arbeitgeber kommen ließen: "Wir haben jahrelang geweint, JETZT LACHEN WIR"

Der Arbeitsfrieden dauert also an. Aus Angst vor der völligen Armut fügen sich viele Arbeiter. Vor der völligen Armut. Ist die nicht schon erreicht, wenn man Schuhe auf Raten kauft, die Kinder von der Schule nimmt und den Weg zur Fabrik zu Fuß gehen muß?

Was die Arbeiter noch zum Schweigen bringt ist eine andere Angst: viele der aktiven Kollegen von vor 80 sind noch heute in den Gefängnissen. "Im Moment können wir nichts machen" meint einer der Gewerkschafter, "aber wir hören nicht auf und es ist gut, wenn man außer Landes auch erfährt, was die hier mit uns machen."

## ARBEITERINTERVIEWS

### GEWERKSCHAFT + ARBEITER-RECHTE

**Sait:** Ich bin schon 20 Jahre Gewerkschafter, aber das was ich jetzt erlebe, ist die schwerste Zeit überhaupt.

**Erol:** (vereinigte dt. Pharmawerke - BIFA). Schauen sie bei der Bifa haben wir den letzten Tarifvertrag am 10.9.80 unterschrieben, genau einen Tag vor dem Militärputsch. Damals hatten wir für die Türkei gesehen relativ umfassende soziale Rechte. In der heutigen Situation haben wir all diese Rechte verloren. Wir dürfen nicht einmal von ihnen sprechen. Das wichtigste Beispiel ist bei der Bifa, der Disziplinarausschuß d.h. praktisch die Frage "wie sicher ist unser Arbeitsplatz?". Damals waren wir einigermaßen sicher, daß wir nicht sofort auf die Straße geworfen werden konnten. Heute dauern unsere Tarifhandlungen schon 8 Monate an und wir haben in Bezug auf die Arbeitsplatzgarantie noch nichts erreicht. Unsere Situation ist viel schlechter als vor 1980. Wissen sie, in der Türkei gibt es keine Arbeitslosenversicherung. Wir wollen mit unserem Tarifvertrag so etwas wie eine Garantie, daß wir nicht sofort auf der Straße sitzen. Die haben wir jetzt nicht. Gerade nach dem wir sie erreicht hatten, kam der Militärputsch und unser erreichtes Modell wurde nie angewandt. Es blieb auf dem Papier.

Heute geht es nur um Geld. Um ein kleines bißchen Lohnerhöhung, das ist alles. Die anderen Rechte hat man uns aus der Hand genommen. Die Arbeitgeber meinen, sie hätten die Verträge 1980 unter Druck unterschrieben und deshalb wären sie ungültig.

Außerdem haben sie auch gesagt, daß sie überhaupt nur über Geld mit uns reden.

**Ali:** (BASF) Das geht soweit, daß die Arbeitgeber während einer Verhandlungsrunde einfach aufstehen und hinausgehen, wenn ihnen das Thema nicht paßt.

**Erol:** Der schlimmste Schlag gegen uns, war die Einrichtung des YHK\*. Alles ist von ihm abhängig. Bei den Tarifverhandlungen ist er die letzte Instanz. Gegen seine Entscheidung kann niemand mehr anfechten. Der YHK hat schon von vorneherein Richtlinien für die Tarifverhandlungen festgelegt. Die ganzen Verhandlungen laufen innerhalb dieser Richtlinien. Die Arbeitgeber brauchen eigentlich gar keine Angst zu haben. Schlimmstenfalls gehen sie vor den YHK und der gibt ihnen dann Recht.

**Ali:** Noch etwas, früher hatten zumindest diejenigen Arbeiter, die schon lange in einer Firma gearbeitet hatten, die Sicherheit, daß sie nicht sofort entlassen werden. Jetzt gibt es diese Bestimmungen nicht mehr.

**Bülent:** Das heißt, wenn du morgens zur Arbeit gehst, hast du die Chance, daß sie dir an der Pforte sagen, daß du gefeuert bist. So sieht das aus, seit 1980.

**Fevzi:** Der YHK hat alle Bestimmungen, die etwas mit Rechten der Arbeiter zu tun haben, fein säuberlich aus der Gesetzgebung gestrichen. Obwohl sie uns alle Rechte genommen haben, wollen sie noch verhindern, daß die Arbeiter in die Gewerkschaft eintreten. Wenn z.B. ein Gewerkschafter gefeuert wird, dann kann er sicher sein, daß er sobald keine neue Stelle bekommt.

**Mustafa:** Bei uns ist, wie sie wissen, eine neue Rohstoffanlage eröffnet worden. Die Arbeiter, die dort arbeiten haben alle längere Zeit bei der Bayer in Deutschland gearbeitet. Nun hat der Chef allen einzeln gesagt, sie könnten Abteilungsleiter werden, deshalb treten sie nicht in die Gewerkschaft ein.

lungen 85 dauerten 8 - 10 Monate. Einen Streik muß man 2 Monate vorher ankündigen das dauert dann auch noch: 10-11 Monate, alles zu ihren Gunsten, weil wir auch kein Geld bekommen. Wie ein Arbeiter mit seinen 20-25.000 TL im Monat Kraft finden zu Streiken.

**Erol:** Überhaupt vor 1980 hatten wir Arbeiter noch die Waffe des Streikes: Aber das ist jetzt vorbei. Heute können die Arbeitgeber den Streik sogar für sich ausnutzen. Er ist von allen seiten so beschritten, daß sie die Arbeiter streiken lassen um zu zeigen, daß es keinen Zweck hat.

**Fevzi:** Bei Bürosan werden z.B. eine Menge Übergangsarbeiter eingestellt, d.h. Arbeiter für 2 - 3 Monate. Die sind natürlich nicht in der Gewerkschaft und sind Ersatzarbeiter für die Arbeitgeber. Sie sind dann angelehrt und werden während eines Streikes eingesetzt. Die sind froh, wenn sie paar Kröten bekommen und die Arbeitgeber reiben sich die Hände.

**Erol:** Es gibt eine Menge Methoden, mit denen sie einen Streik aufweichen wollen. Als wir im Herbst gestreikt haben, gab es am 45. Streiktag einen Brief an jeden Arbeiter. Sie

" ...  
**Gruß an unsere Arbeiterklasse, die den Feind  
 besiegen wird!**  
**Gruß an die Arbeiterklasse, die die Herrschaft des Geldes,  
 die Finsternis des Fanatikers  
 und die Rakete des Fremden besiegen wird!**  
**Gruß an die Arbeiterklasse der Türkei!**  
**Gruß an den Schaffenden!"**  
 Nazim Hikmet

**Fevzi:** Vor allen Dingen, wenn einer Vertrauensmann ist, dann hat er es schwer. Auf der einen Seite kann er jeder Zeit gefeuert werden, auf der anderen hat er gar keine Rechte. Er darf z.B. nicht an den Tarifverhandlungen teilnehmen. Nur ein Gewerkschaftsfunktionär ist zugelassen. Dabei wissen alle, daß der Vertrauensmann den Arbeitsplatz am besten kennt. Aber was solls, während der Verhandlungen gab es ja doch nur pro Forma Sitzungen. Wir durften unsere Forderungen nicht einmal formulieren.

**Bülent:** Außerdem ziehen sie die Verhandlungen so lang wie möglich hin. Denken sie mal. Die Verhand-

haben jeden einen Vorschuß von 200.000 TL (ca. 4-5 Monatsgehälter d.Ü.) angeboten, wenn er die Arbeit wieder aufnimmt, das genau zu der Zeit, in der die Leute anfangen Kohle zu kaufen und das Geld gut gebrauchen können.

**Fevzi:** Du mußt aber auch erzählen, daß niemand auf den Vorschlag eingegangen ist...

**Erol:** Ja, der Streik hat 51 Tage gedauert und zum Schluß mußten die Arbeitgeber doch kleine Zugeständnisse machen. Ich hatte schon vorher gesagt, daß wir den Streik immer noch benutzen können, wenn alle Arbeiter einer Fabrik mitmachen.

**SPENDENAUFTRUF  
 FÜR DIE POLITISCHEN GEFANGENEN  
 IN DER TÜRKEI**



Aber sie wissen es nicht, daß die widerstandsfähigen Samenkörner der Freiheit, deren Blut sich seit Jahren mit dem Wasser dieser Erde vermischt hat, anfangen zu keimen.  
 Eine junge Pflanze ist schwer zu brechen.  
 Dann wird sie zum Baum, vom Baum zum Wald.

So ein Wald wird es sein, daß er weder durch Abholzen noch durch Abbrennen vernichtet werden kann, in dem die Lieder der Freundschaft und Brüderlichkeit überall erklingen, ein dichter schützender Wald. So ein Wald ...

Ilyias Has 1982

Ilyias Has wurde im Oktober 1984 von der Junta hingerichtet.

Fünf Jahre nach dem Militärputsch sitzen immer noch über 6.000 politische Gefangene in den Knästen der Türkei. Vor allem in den kurdischen Gebieten und den großen Städten der Westtürkei werden immer wieder Razzien und Verhaftungen durchgeführt.

Die Gefangenen brauchen unsere Solidarität. Diejenigen, die nach jahrelanger Haft freigelassen werden, sind oft durch die Haftbedingungen und Folterungen krank und bedürfen ärztlicher Behandlung. Auch sind die Anwaltskosten in den Massenprozessen von den Angehörigen der Gefangenen nicht aufzubringen. Benötigt werden vor allem regelmäßige Spenden! Wir haben daher einen Solidaritätsfond eingerichtet und fordern Euch auf, diese Arbeit durch einen monatlichen Betrag von DM\*10,- (oder mehr) zu unterstützen, werbt Freunde und Bekannte für diese Hilfsaktion!

Dauerauftrag: Spendenkonto  
 Katharina von Kerssenbrock  
 - HASPA - Kto.-Nr. 1201/469267 (BLZ 200 505 50)  
 oder: schickt uns die folgende Einzugsermächtigung an  
 Saffet Soylu c/o Kulturzentrum, Karolinenstraße 1a, 2000 Hamburg 6

Hiermit erkläre ich mein Einverständnis, daß das Türkei-Komitee c/o Karolinenstraße 1a, 2000 Hamburg 6 2 HH 50 als Spende zur Unterstützung der politischen Gefangenen in der Türkei jeden Monat einziehen lässt

DM ..... von meinem Konto Nr. ....  
 Kreditinstitut ..... BLZ .....  
 Name .....  
 Datum/Unterschrift: .....

# WIE SOLLTEN DIE ENTWICKLUNGEN IN DER TÜRKEI INTERPRETIERT WERDEN ?

Der nachstehende Artikel ist die - leicht gekürzte Übersetzung eines Artikels, der als Diskussionsbeitrag in der Zeitung 'Devrimci Isci' erschien. Der Artikel versucht, die Hintergründe der Auseinandersetzungen zu beleuchten, die zu einer Belebung der politischen Bühne geführt haben, sich aber im wesentlichen im herrschenden Lager abspielen. Die Tatsache, daß die Linke und die revolutionäre-demokratische Opposition heute noch zerschlagen und nicht in der Lage sind, in die Entwicklung des Landes einzugreifen, haben in Teilen der türkischen Linken zu einer Überbewertung der internen Auseinandersetzungen im herrschenden Lager geführt. Der Artikel ist für einen türkischen Leserkreis geschrieben und setzt daher die Kenntniss der Ereignisse größtenteils voraus. (Wir empfehlen den Artikel 'Die Parteien nach dem 12. September hierzu zu lesen) Ziel des Artikels ist es dabei nicht, die einzelnen politischen Kräfte und ihre jeweilige Linie zu analysieren sondern die Hintergründe dieser Auseinandersetzungen zu untersuchen. In der Türkei-Diskussion in der BRD ist die Frage des Faschismus in der Türkei bisher überwiegend an den Erscheinungsformen (Folter, Repression etc.) diskutiert worden. Wir drucken diesen Artikel (und weitere) auch mit der Intention, unter den deutschen und türkischen Genossen in der Solidaritätsarbeit verstärkt eine politische Diskussion zu eröffnen.

Die politische Bühne in der Türkei belebt sich zunehmend. Die Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klassen und Schichten, die in der Phase nach dem Verfassungsreferendum 1982 und insbesondere in dem Zeitabschnitt nach den allgemeinen Wahlen im November 1983 nur sehr begrenzt zu beobachten waren, werden heute deutlicher und klarer. Die oppositionelle Haltung einiger Kreise gegen die praktizierte Wirtschaftspolitik und einige andere Erscheinungen des Regimes vom 12. September kommt heute viel offener zum Ausdruck. Seit Herbst letzten Jahres, mit der Erklärung der "Rückkehr in die Kasernen" seitens der Armee, nehmen die rechten wie linken Strömungen innerhalb des Regimes langsam ihren Platz auf der politischen Bühne ein. Diese Strömungen versuchen heute, ihre Lösungsvorschläge zu den gegenwärtigen Problemen der Türkei zur Diskussion zu stellen und dafür die Unterstützung verschiedener Kreise zu gewinnen.

Daneben versuchen die werktätigen Volksmassen und einige Teile der revolutionär-demokratischen Kräfte, ihre Opposition gegen das Regime in verschiedenen - wenn auch sehr begrenzten Formen zum Ausdruck zu bringen.

All diese Entwicklungen haben eine gewisse Belebung der politischen Arena bewirkt und die Tagesordnung, die die politische Bühne bestimmt, zeichnet sich deutlicher ab. Inhalte und Diskussionspunkte dieser Tagesordnung (und damit die Richtung der derzeitigen gesellschaftlichen Entwicklung) werden vornehmlich durch die internen Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klassen und Schichten bestimmt, sowie durch die Beziehungen und Auseinandersetzungen mit den Mittelklassen. Die arbeitenden Volksmassen und fortschrittlich-revolutionären Kräfte verfügen noch nicht über die erforderlichen Möglichkeiten der Tagesordnung zu beeinflussen und zu verändern. Unter den Bedingungen der Nicht-Existenz einer revolutionären Bewegung und der Zersplitterung der antifaschistischen Volksbewegung wurde die politische Bühne einseitig zusammengesetzt und die Tagesordnung einzig mit den Problemen des Regimes und der herrschenden Kreise ausgefüllt.

Da die Arbeiterklasse und die werktätigen Massen, mit ihrer unabhängigen revolutionären Linie, als bestimmende und richtungweisende Dynamik für die Vorwärtsentwicklung der Türkei auf ökonomischer, kultureller und politischer Ebene, in der politischen Arena ihren Platz noch nicht eingenommen haben, können die internen Auseinandersetzungen zwischen den bürgerlichen Kräften teilweise ein Erscheinungsbild annehmen, als gingen sie über die eigenen Ziele und Grenzen hinaus. Verschiedene Fraktionen der Bourgeoisie stellen die Probleme ihrer eigenen Ordnung so dar, als wären sie die Probleme des ganzen Volkes und der ganzen Gesellschaft. Entsprechend werden die Lösungen so dargestellt, als wären sie für die ganze Bevölkerung von Nutzen. Dies läßt bei den Volksmassen wie auch bei einigen linken Kreisen Irrtümer derart entstehen, daß den Auseinandersetzungen zwischen den Verteidigern verschiedener Formen der bürgerlichen Herrschaft, kapitalistischen Entwicklung und neokolonialistischen Beziehungen eine grundsätzliche Bedeutung aufgebürdet wird und diese Auseinandersetzungen als Kampf zwischen den Verteidigern und Feinden der Demokratie definiert und aufgefasst werden.

Wenn man sich vor Augen hält, daß derartige irrtümliche Auffassungen und "Analysen" sehr verbreitet sind, erklärt sich von selbst, wie wichtig es ist, die Gründe für die Belebung der politischen Arena sowie die Programme und Aussagen der politischen Kräfte richtig zu interpretieren.

Wenn man den Lauf der politischen Entwicklung unseres Landes und die heutigen Diskussionsthemen betrachtet, ist folgendes zu beobachten: Alle die Themen und Probleme, die in der jüngeren Geschichte der Türkei größere Ereignisse und Erschütterungen hervorgerufen haben, stehen heute wieder auf der Tagesordnung. Kurz gesagt: alle Fragen, die das gesellschaftliche Leben in der Türkei betreffen, sind trotz einiger Änderungen in ihrer Erscheinungsform wieder aufgetreten oder sind dabei es zu tun.

Die derzeit am heftigsten diskutierten Fragen sind folgende: Die Verfassung, sowie einige andere Gesetze; die Exportwirtschaft; Geldmangel und Devisenprobleme; Hemmnisse in Produktion und Investitionen; Demokratie und Übergang zur Demokratie, demokratische Rechte und Freiheiten, die Beziehungen der Türkei zu den USA, zur EG, zum Nahen Osten die Funktionen der Armee, des Parlaments und der Parteien; die Einheit der Rechten; ob die SHP eine Alternative zur Regierung darstellt oder nicht, ob es Alternativen zur bestehenden Wirtschaftspolitik und zur politischen Struktur gibt ... Dies und ähnliche sind die grundlegenden Diskussionsthemen, an denen sich die politischen Strömungen heute erneut definieren und formieren.

Das Comeback von Demirel, Ecevit, Türkeş und Erbakan in die politische Arena, wobei sie die sie betreffenden Bestimmungen der Verfassung (Politikverbot) einfach mißachtet haben, sorgte für mehr Lebendigkeit auf der politischen Bühne. Die Spaltung der Dogru Yol Partisi - DYP (Anm. 1), die Bemühung der sozialdemokratischen Volkspartei SHP um

das Vertrauen des Regimes und der Monopole, (Anm. 2) die Kundgebungen der Gewerkschaft Türk-İs, die regelmäßige Kritik der Bauern- und Kleinunternehmerorganisationen an Özal sind weitere Erscheinungen dieser Belebung.

Betrachtet man die Diskussionsthemen so wird deutlich, daß genau die Probleme diskutiert werden, die als Produkt und unsauweiliche Folge der speziellen und "schiefen" (Anm. 3) des Kapitalismus in unserem Lande entstanden sind, und in den 70'er Jahren große Ereignisse ausgelöst haben. Diese Probleme sind noch immer auf der Tagesordnung und nicht gelöst. Gerade deswegen haben sogar verschiedene Kreise der Bourgeoisie begonnen, die Verfassung (als nicht einmal drei Jahre nach ihrer Verabschiedung vergangen waren - sowie die durch diese Verfassung 'legitimierte' politische Struktur - das Parlament (das gerade zwei Jahre existierte) und die Parteien zur Diskussion zu stellen.

Die Tatsache, daß sich verschiedene Teile der Bourgeoisie noch immer über die politische Instabilität beklagen, obwohl die revolutionär-demokratische Opposition zerschlagen und die Volksmassen zum Schweigen gezwungen wurden, bedeutet nichts anderes, als das Eingeständnis auch der herrschenden Kräfte, daß es keine Lösung gibt.

Die Gründe für diese Ausweglosigkeit und die Instabilität mit ihren Auswirkungen im ökonomischen, politischen und kulturellen Bereich liegen in den Verhältnissen des Neokolonialismus und in der widersprüchlichen Allianz der herrschenden Klassen, also

in den strukturellen Eigenschaften des Systems.

Seit 1980, seit die Oligarchie der Türkei die Alternative des offenen Faschismus aufgezeigt hat, wurden die Revolutionäre und das Volk als Verursacher der Instabilität und der anderen Probleme dargestellt. Obwohl die revolutionär-demokratischen Kräfte und das Volk nun ihres politischen Einflusses beraubt wurden, konnten die Krise und die Instabilität nicht überwunden werden.

Die derzeitige, immer offensichtlichere politische Instabilität wurde nicht dadurch verursacht, daß einige Ex-Politiker ein Politikverbot verpaßt bekamen oder einige Parteien nicht zu den Wahlen von 1983 zugelassen wurden, wie es von einigen bürgerlichen Politikern behauptet wird. Die Gründe für die Instabilität liegen auch nicht in der Karrieresucht der Ex-Politiker, in den Spaltungen der Parteien oder in den Streitereien im Parlament. Im Gegenteil sind diese, die gegenwärtige Belebung der politischen Arena, wie auch die Auseinandersetzungen innerhalb der Rechten, nur die Erscheinungsformen und Auswirkungen der Instabilität.

Der eigentliche Hintergrund für diese Belebung sind ernste ökonomische Probleme und Interessenskämpfe zwischen den herrschenden Klassen und Schichten. Der Kampf zwischen den alten und/oder neuen Parteien und Akteuren auf der politischen Bühne ist keine Ideengymnastik, noch das Produkt der Gebundenheit an abstrakte politische Prinzipien und Ideale, sondern es widerspiegelt - soweit die politische Struktur es erlaubt - den Interessenskampf zwischen den verschiedenen herrschenden Kräften um die Reproduktion des materiellen Lebens und dessen Neuverteilung, die Ordnung der ökonomischen und gesellschaftlichen Verhältnisse. (Dabei muß betont werden, daß die Auseinandersetzungen und Kämpfe auf ökonomischer und gesellschaftlicher Ebene, die Kämpfe zwischen den Klassen, natürlich nicht hundertprozentig mit deren Widerspiegelung auf politischer Ebene übereinstimmen. Die Widerspiegelung des Kampfes auf der politischen Ebene und die politische Repräsentation der Klassen erfolgen nicht in einem direkten sondern in einem indirekten Prozess. Die Organe der politischen Ebene weisen eine relative Autonomie auf.)

Wenn wir uns die sich auf der politischen Bühne widerspiegelnden Differenzen anhand der Programme und Einschätzungen ansehen, können wir die Auseinandersetzungen in zwei Hauptkategorien zusammenfassen:

## Die Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klassen und Schichten

Heute verläuft in unserem Land eine Auseinandersetzung innerhalb der herrschenden Klassen und verschiedenen Schichten, die zu den Grundbestandteilen des unter dem Neokolonialismus entwickelten, abhängigen kapitalistischen System gehören. Die Auseinandersetzung, welche die großen Monopole, die nicht-monopolistischen Kreise, die Riesen des Landwirtschafts- und Handelssektors sowie einige weitere Strukturen umfasst, hält an. In dieser Auseinandersetzung haben die imperialistischen Kräfte eine determinierende Position. Der Grund für die anhaltende Instabilität in der ökonomischen und politischen Struktur unseres Landes und auf allen Ebenen des Systems ist genau diese Auseinandersetzung. Die Probleme in den Herrschaftsinstitutionen und -verhältnissen des Systems - und dadurch in weiteren gesellschaftlichen Bereichen - beruhen zum größten Teil auf der widersprüchlichen Struktur und den widersprüchlichen Charakter der Allianz der herrschenden Klassen und Schichten und ihren Beziehungen untereinander.

Diese "schiefe" Struktur, die infolge des Eingreifens des Imperialismus entstanden ist, kann die struk-

turrellen Probleme der sie schaffenden und entwickelnden "schiefen" kapitalistischen Entwicklung nicht überwinden.

Dieses Phänomen führt innerhalb der Oligarchie und ihrer Bündnispartnern zu ständigen Auseinandersetzungen, welche sich in den häufigen Krisenperioden des kapitalistischen Systems enorm zuspitzen und zu größeren Erschütterungen führen. In diesen Perioden greift das Finanzkapital, welches die zentrale Kraft in der Allianz darstellt, unterstützt vom Imperialismus, rigoros ein, um einerseits die Beziehungen innerhalb der Allianz neu zu ordnen und andererseits unternimmt es neue Eingriffe in die politische und gesellschaftliche Gesamtstruktur von oben nach unten. Dies schafft wiederum den Boden für weitere Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klassen und Schichten. Dies Phänomen hat die Türkei nach 1957 des öfteren erlebt. Die durch den Putsch von 1964 gebildete Allianz zerbrach bald, sodas nach 1965 erneut Auseinandersetzungen um die Plätze in der Allianz entbrannten.

Mit dem Putsch von 1971 haben die Auseinandersetzungen ein neues Ausmaß angenommen. Die Auseinandersetzungen, die sich damals auf der politischen Bühne als Streit um die Verfassung widerspiegelten, konnten jedoch auch durch den Militärputsch vom 12. März (1971) nicht beendet werden. Obwohl nach 1965 auch die Volkskräfte begannen, stärker in die politischen Auseinandersetzungen des Landes einzugreifen, hörten die Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klassen nicht auf. Die Oligarchie konnte ihre strukturelle Schwäche nicht überwinden. Als die politischen Kräfte, als Ausdruck der verschiedenen Alternativen der Oligarchie, das Parlament und die übrigen staatlichen Strukturen ihre Ordnungsfunktion bzgl. der Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klassen nicht mehr erfüllen konnte, zerbrach das herrschende Bündnis gegen 1980. Die politischen Vertreter waren nicht einmal mehr soweit konsensfähig, daß sie im Parlament einen Staatspräsidenten wählen können. Diese Situation bewirkte einen erneuten Eingriff des Imperialismus und des Finanzkapitals, welche auf ökonomischer Ebene in den Stabilitätsmaßnahmen vom 24. Januar 1980 und auf politischer Ebene im Putsch vom 12. September 1980 ihren Ausdruck fanden.

Mit diesem Eingriff unternahm das Finanzkapital den Versuch, die Alleinherrschaft und -führung des Systems zu übernehmen. Dieser Versuch dauerte mit der Eroberung wichtiger Stellungen auch nach 1980 an. Damit fielen traditionelle Bündnispartner der Monopolkräfte auf politischer wie ökonomischer Ebene aus der Allianz heraus. Besonders die Stellung der auf den inneren Markt ausgerichteten großen und kleinen Interessengruppen verschiedener Sektoren - Industrie, Handel, Landwirtschaft, - wurde stark erschüttert.

Diese Kräfte waren zunächst bereit, die Entwicklung hinzunehmen, da sie annahmen, daß der 12. September genauso wie der 12. März nur eine "Übergangsperiode" sein werde. Die tatsächlichen Entwicklungen widersprachen jedoch ihren Erwartungen. Daraufhin begannen sie, einen - in den Grenzen des Systems erlaubten - Kräfteausgleich anzustreben.

Neben den Monopolkräften haben auch andere Interessengruppen, die unter dem Schirm der "neuen" Wirtschaftspolitik groß wurden, wie z.B. bestimmte Handwerkskreise, die Kompromißvorschläge ihrer früheren Bündnispartner ausgeschlagen, da sie nicht bereit sind, ihre neu eroberten ökonomisch-politischen Stellungen aufzugeben.

Trotz der Errichtung der totalen Herrschaft der Monopolkräfte in allen Bereichen (nach dem 12. September) haben weder die Auseinandersetzungen innerhalb dieser Kräfte, noch die mit den anderen Interessengruppen und Schichten aufgehört. Infolgedessen konnte in den Herrschaftsverhältnissen keine stabile Struktur errichtet werden. Allen Behauptungen zuwider haben sich diese Auseinandersetzungen, unter Einfluß weiterer Faktoren, verstärkt und vertieft. Die Auseinandersetzungen, die neben der Monopolbourgeoisie auch andere Sektoren umfassen, drehen sich um die Frage, mit welcher Politik und Praxis die strukturellen und periodischen Probleme der türkischen Wirtschaft im Rahmen der neokolonialistischen Verhältnisse gelöst werden sollen. Die heute beherrschenden Kräfte möchten die Realisierung der Kapitalakkumulation durch eine exportorientierte Politik, bei der dem inneren Markt lediglich eine Zusatzfunktion zufällt, und die Rekonstruktion der Ökonomie auf dieser Grundlage. Bekanntlich wird diese Politik der Türkei auch vom IWF aufgezwungen, um so die Außenschulden

an die imperialistischen Länder und Institutionen zu tilgen.

Dagegen fordern andere, verschiedene Sektoren umfassende Kräfte, die Belegung des inneren Marktes, das Ausschöpfen staatlicher Möglichkeiten, wie Devisen und Kredite zur Entwicklung und zum Schutz des inneren Marktes, die Steigerung der Investitions- und Produktionsrate und die Neubestimmung der Aufteilungspolitik unter Priorität der Kräfte des inneren Marktes. Diese Kräfte fordern die Integration in das kapitalistische Weltssystem auf diesem Wege, und daß neben den multinationalen Konzernen auch die Kräfte des inneren Marktes in den neokolonialistischen Beziehungen einen bestimmten Einfluß zugestanden bekommen. Dazu gibt es auf beiden Seiten Kräfte, die für eine ausgeglichene Mischform beider Alternativen eintreten.

Zusammengefasst gibt es Auseinandersetzungen und Kompromißvorschläge zwischen dem Block, in dem die auch im Handel einflußreichen großen Monopolkräfte und die große Handelsbourgeoisie den Grundton angeben, und den Kreisen aus Industrie, Handel und Landwirtschaft, die auf den inneren Markt ausgerichtet sind. Dabei gibt es auch Blockbildungen innerhalb der jeweiligen Parteien, sowie Übergänge zwischen beiden Seiten. Die an dieser Auseinandersetzung beteiligten Kräfte sind sehr heterogen. (Eine detaillierte Analyse dieser speziellen Situation muß gesondert vorgenommen werden. Wir behandeln dies Thema hier nur in seinen allgemeinen Zügen.)

Naturngemäß treten damit auch in den politischen Alternativen dieser Kräfte, die sich in einer harten Auseinandersetzung um die wirtschaftliche Neuordnung befinden, Unterschiede auf. Seitdem die neo-kolonialistischen Verhältnisse zur determinierenden Eigenschaft des Systems geworden sind, drehen sich die Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klassen um die beiden Alternativen, die in ihrer allgemeinsten Definition der Alternative des offenen und des verdeckten Faschismus kolonialen Typs entsprechen. Die herrschenden Klassen versuchen schon immer, den gesellschaftlichen Prozess durch eine dieser beiden Alternativen zu formieren. Obwohl von Zeit zu Zeit Mischformen praktiziert wurden, mitunter beide Alternativen nebeneinander und miteinander verknüpft existierten, versuchte das Finanzkapital mit einigen seiner Bündnispartner von 1965 an immer, seine Herrschaft durch die Praktizierung des offenen Faschismus auszuüben.

Anders ausgedrückt: die Instabilität der Beziehungen innerhalb der herrschenden Klassen und Schichten spiegelte sich auch auf der politischen Ebene wieder. Es wäre aber falsch, daraus zu schließen, daß die herrschenden Klassen und Schichten in ihrer Gesamtheit mit allen Mitgliedern der Klasse bzw. Schicht eine der beiden Alternativen unterstützen würden. So gibt es auch in den Reihen des Monopolkapitals einige Vertreter der verdeckten Form des Faschismus genauso wie es unter den nichtmonopolistischen Kräften welche gibt, die den offenen Faschismus bevorzugen.

Entsprechend dem Charakter ihrer Beziehungen untereinander sowie ihrer Abhängigkeit vom Imperialismus versuchen die herrschenden Klassen und Schichten heute genau wie gestern, dem gesellschaftlichen Prozess eine dieser beiden Alternativen aufzuzwingen. Die Gesellschaft soll nach diesen Spielarten innerhalb des Herrschaftssystems der Bourgeoisie geformt werden.

Eine dieser Alternativen ist die bestehende politische Struktur, welche in jeder Hinsicht mit dem offenen Faschismus eigenen Faktoren, Institutionen, Strukturen und ideologischen Aussagen ausgestattet und neugeformt ist. Genau darin besteht das Regime des 12. September. Bei dieser Alternative können Institutionen wie das Parlament, die Regierung, die Organe der Judikative, die Parteien und die Gewerkschaften nur auf einen sehr begrenzten Bereich des Staates und der Macht Einfluß ausüben. Die eigentliche Macht konzentriert sich in anderen Institutionen und Organen des Staates. Dieses System, das verschiedenen Kräften innerhalb des bürgerlichen Lagers oder des traditionellen Allianz keine Kontrolle über die Institutionen erlaubt, welche die eigentliche Macht ausüben, und ihnen auch auf das Parlament, welches einen sehr begrenzten Teil der Macht verkörpert, nur indirekten Einfluß zugestehet, wird als die Alternative des einflußreichen und mächtigen Teils der herrschenden Klasse geschützt und fortgesetzt. Ein anderer Teil der ausbeutenden Klassen dagegen fordert, das Regime dahingehend zu verbreitern, daß auch ihre Interessenvertretung innerhalb dieses Regimes gewährleistet und ihre Existenz ge-

sichert wäre, also das Regime vom 12. September in dieser Hinsicht durch das Hinzufigen repräsentativ demokratischer Elemente auszubauen. Sie fordern mehr Rechte für die mit wenig Macht ausgestatteten Institutionen (Parlament, Parteien u. Judikative) zur Kontrolle eines breiteren Bereichs der eigentlichen Macht.

Es ist zu sehen, daß die zweite Alternative im Gegensatz zur ersten die Kontrollierbarkeit eines sehr breiten Bereichs der Herrschaft und der Staatsmacht als deren institutionalisierter Ausdruck durch die Bourgeoisie und alle Besitzenden fordert und somit indirekt die Neuordnung der Interessen eines Großteils der Bourgeoisie innerhalb des Staates auf eine mehr gleichgewichtige Weise erzielt.

Hier liegt der Grund dafür, daß die Vertreter dieser Alternative den Wahlen, Parteien und dem Parlament, den Unternehmerverbänden, Gewerkschaften, den Verbänden der Bauern und Kleinproduzierenden eine ganz andere, wichtigere Bedeutung zusprechen.

Für diese Kräfte haben besonders die Wahlen eine sehr wichtige Bedeutung, da sie der Artikulation der Interessen eines sehr breiten gesellschaftlichen Kreises entsprechen und somit indirekt die Teilhabe an der Macht garantieren. So sind für sie die Wahlen ein wichtiger, unverzichtbarer Mechanismus. Es ist natürlich, daß diese Kräfte, die keine speziellen Institutionen wie die Armee, die Bürokratie, Polizei, Gerichte etc. zur Verfügung haben, dem Wahlmechanismus und dem Parlament etc. eine weitaus größere Mission aufbürden, als es die anderen Kräfte tun. Das ist der Grund dafür, daß diese Kreise scheinbar mehr Gehör für die Probleme der Gesellschaft haben. Sie wissen, daß sie die Auseinandersetzungen um die Macht nur dann zu ihren Gunsten wenden können, wenn sie die Unterstützung der Gesellschaft und der Massen bekommen. So verfolgen diese Kräfte eine Linie, die die eigentlichen Machtorgane faschistischen Charakters mit gesellschaftlichen Mechanismen auszugleichen sucht.

Wie in der jüngeren Geschichte immer wieder bewiesen wurde, existiert der Faktor des Imperialismus im Rahmen beider Alternativen. Die erste Alternative (offener Faschismus) sichert dem Imperialismus jedoch einen gewichtigeren Einfluß und dessen Institutionalisierung zu, während die zweite Alternative (verdeckter Faschismus) auch den Einfluß der einheimischen, mit dem Imperialismus zusammenarbeitenden Kräften zu sichern versucht. Hieraus wird leicht verständlich, daß die imperialistischen Kräfte von 75 bis heute die erste Alternative vorziehen. Die Kräfte, die die zweite Alternative vertreten, suchen den Status der einheimischen herrschenden Klassen mit dem der imperialistischen Kräfte auszugleichen.

Die erste Alternative wird heute angewandt, und die zweite werden heute Diskussionen und heftige Auseinandersetzungen geführt. Die derzeitigen Diskussionen zwischen den verschiedenen Kräften beschränken sich eher auf diese Alternativen.

Obwohl es schwierig ist, heute einzuschätzen, welche Veränderungen sich aus diesen Auseinandersetzungen innerhalb der herrschenden Klassen ergeben können, ist es selbstverständlich, daß sie einen Einfluß auf die nahe Zukunft der Türkei haben werden.

So können durch diese Auseinandersetzungen neue Bündnisse und Kompromisse entstehen, die ihrerseits zu einer Verbreiterung der politischen Arena und zu einer veränderten Zusammensetzung des Parlaments führen. Wie gesagt, die ist eine Möglichkeit.

Es ist jedoch eindeutig und offensichtlich, daß die Unterschiede zwischen den politischen Alternativen und den verschiedenen bürgerlichen Lösungsvorschlägen, die ein Produkt der internen Auseinandersetzungen innerhalb dieser Kräfte sind, keine grundlegenden Lösungen für die Probleme der werktätigen Massen bringen werden und daß aus diesen Auseinandersetzungen keine bürgerliche Demokratie im eigentlichen Sinne entstehen kann. Denn beide Alternativen können weder für die Beziehungen zwischen den verschiedenen Sektoren der herrschenden Kräfte noch für den Herrschaftsapparat - also den Staat - eine demokratische Funktionsweise realisieren. Bei beiden Alternativen verläuft der Machtkampf zwischen den Fraktionen der Bourgeoisie sehr ungeordnet und heftig. Wie die Beispiele (der Putsche) von 1960, 1971 und 1980 zeigen, wird die Machtverschiebung zwischen den herrschenden Kräften mit Gewalt durchgesetzt. Diese Gewalt, die in den Putschen zum Ausdruck kam, tritt auch in anderen Formen auf, wie dem Kriegsrecht oder dem Ausnahmezustand.

Die Geschichte der Türkei ist voll von Beispielen, die die Errichtung einer wirklichen bürgerlichen Demokratie unrealistisch erscheinen lassen.

Beide Alternativen, die die herrschenden Kräfte der Gesellschaft auszuweichen, verweigern einer großen Mehrheit der Gesellschaft jegliche Kontrolle über den Staat, über die Herrschaft. Die im Vergleich zum offenen Faschismus kolonialen Typs als "weicher" erscheinende Alternative der verdeckten, parlamentarischen Ausübung des Faschismus kolonialen Typs verwehrt ebenfalls der Mehrheit der Gesellschaft die Kontrolle über den Staat und die Macht; sie bewirkt nur die Öffnung der Herrschaftsverhältnisse und der Staatsmacht für einen breiteren Kreis der Bourgeoisie. Es wäre keine revolutionäre Haltung, wenn man, ausgehend von diesem Unterschied zwischen den beiden Alternativen die zweite gegenüber der ersten positiver bewertete in der Erwartung, daß sie die Demokratie mit sich bringen würde.

#### DER WIDERSPRUCH ZWISCHEN DER OLIGARCHIE UND DEN WERKTÄTIGEN VÖLKERN

Der Widerspruch, der - zusammen mit dem Phänomen des Neokolonialismus und beruhend auf dem Grundwiderspruch zwischen Kapital und Arbeit, die gesellschaftliche Entwicklung in der Türkei charakterisiert, ist der Widerspruch zwischen dem werktätigen Volk und der Oligarchie. Die eine Seite des Widerspruchs bildet die Oligarchie, die andere Seite setzt sich aus folgenden Kräften zusammen: Die Arbeiterklasse, die werktätigen Schichten, Kleinproduzenten, arme Bauern, ländliche Proletarier, Arbeitslose, Eigentumslose... Dieser Widerspruch, der die jüngere Geschichte der Türkei geprägt hat, bewahrt noch immer seine Qualität als Hauptwiderspruch. Der Ausdruck dessen auf politischer Ebene ist der Kampf zwischen dem Faschismus und den revolutionär-demokratischen Volkskräften. Die Lösungen, die tatsächlich grundlegende Veränderungen in der Türkei herbeiführen werden, beruhen auf diesem Widerspruch.

Nur die Lösung dieses Widerspruches zu Gunsten des Volkes kann eine Alternative durchsetzen, die zuallererst in der Demokratisierung des Staates, d.h. in der Kontrolle und der Führung der Staatsmacht durch die Mehrheit der Gesellschaft, dem Sturz des Faschismus und der Übernahme der Macht durch die Mehrheit des Volkes besteht, und darüberhinaus auch in der Innen- und Außenpolitik der Türkei, sowie für die gesellschaftlich-kulturellen und ökonomischen Probleme der Türkei grundlegende Unterschiede zu den bisher praktizierten Alternativen aufweisen wird. Ohne die Lösung dieses Widerspruches zu Gunsten des Volkes kann weder die Instabilität überwunden werden, noch können die Kontrolle und Führung des Staates und der Macht durch die Mehrheit der Gesellschaft, die werktätigen Massen, die den breitesten und dynamischen Teil der Gesellschaft bilden und das Funktionieren der Demokratie gewährleistet werden.

Irgendeine Art von Lösung der Widersprüche innerhalb der herrschenden Klassen und Schichten - zwischen der Oligarchie und den anderen Interessensgruppen, kann keine dieser genannten Alternativen hervorbringen. Denn entsprechend ihrer Qualität und ihrem Charakter können diese Widersprüche allerhöchstens Alternativen hervorbringen, die der Lösung verschiedener Probleme der Bourgeoisie entsprechen.

Mit anderen Worten: Die Lösung des Widerspruches zwischen dem Volk und der Oligarchie ist nicht abhängig von der Lösung der Widersprüche zwischen den herrschenden Klassen.

Auch wenn die eine oder andere Lösung des in der ersten Kategorie erfassten Widerspruches sich für die Volksmassen zum Teil positiv (oder negativ) auswirken würde, liegen die Bedingungen für die Lösungen der Fragen, mit denen das Volk ständig konfrontiert ist, in der Lösung des in der zweiten Kategorie erfassten Widerspruches.

Die Grundvoraussetzung für Entwicklungen und grundlegende Veränderungen zugunsten der Arbeiterklasse, aller arbeitenden Schichten und der armen kurdischen Bauern liegt in der Lösung des Widerspruches zwischen der Oligarchie und dem Volk zugunsten des Volkes. Aber die werktätigen Volksmassen, die die eine Seite dieses Widerspruches bilden, können heute nicht - wie die andere Seite - in der bestehenden politischen Arena der Türkei auftreten und durch ihre unabhängige revolutionäre Linie und Organisation in die Entwicklung eingreifen. Ein wesentlicher Grund hierfür war der Sieg der Oligarchie im Kampf um die Lösung dieses Widerspruches. In der Phase, die durch den offenen faschistischen Putsch vom 12. September eingeleitet wurde, hat die Oligar-

chie mit dem Ziel, diesen Widerspruch zu ihren Gunsten zu lösen und gleichzeitig auch die durch die anderen Widersprüche verursachten Probleme zu überwinden, einen grundlegenden Eingriff in die ökonomisch-politischen und gesellschaftlichen Bereiche unternommen und entsprechende Veränderungen durchgesetzt, die das Austragen dieses Widerspruches auf der politischen Ebene verhindern sollen. Trotzdem ist der Widerspruch zwischen der Oligarchie und dem Volk existent und die materielle Grundlage dieses Widerspruches nicht abgeschafft.

Die Grundfrage, die die Auseinandersetzung zwischen den monopolistischen Kräften und den übrigen herrschenden Schichten bestimmt aber auch die Grenzen der Aktivitäten dieser Kräfte zieht, ist die folgende: In welcher Form soll die kapitalistische Entwicklung in der Türkei und ihre Integration in das kapitalistische Weltssystem erfolgen und durch welche politische Struktur soll dies Modell abgesichert werden?

Die Kräfte, die die derzeitige Macht bilden oder unterstützen, vertreten die Orientierung der Türkei an einem exportgebundenen Wirtschaftsmodell, die Verengung des inneren Marktes, die vollständige Integration in das kapitalistische Weltssystem in allen Bereichen und fordern die Fortführung und Garantie des durch den 12. September institutionalisierten Faschismus, als die diesem Zielen am besten entsprechende politische Struktur.

Die Verfassung, weitere Gesetze, die Parteien wie die ANAP, neue, nach dem 12. September neben der Armee entstandene Organe, gehören zu den wichtigsten Elementen der politischen und rechtlichen Struktur, die die Herrschaft und Interessen dieser Kräfte im ökonomischen Bereich absichern soll. Diese Kräfte lassen außer einigen begrenzten Korrekturen keine grundlegenden Veränderungen im ökonomischen und politischen Bereich zu. Die "Ideal-Typen" dieser Linie, die im Bereich der politischen Parteien durch die ANAP verkörpert wird, sind heute Evren und Özal. Dabei läßt sich jedoch nicht sagen, daß diese Kräfte in jeder Frage geschlossen und einheitlich auftreten. Selbst die Beziehungen dieser Kräfte untereinander haben noch kein Gleichgewicht und keine geordneten Bahnen gefunden. Es ist durchaus möglich, daß es zwischen diesen Kräften zu neuen Kompromissen, Auseinandersetzungen, Verbreiterungen oder Verengungen kommt. Das was diese Kräfte derzeit eint, ist die Linie der Verteidigung der bestehenden Wirtschaftspolitik und der politischen Struktur des 12. September.

Diese Kräfte versuchen die offene Praktizierung des Faschismus, die in der Verfassung von 1982 ihren Ausdruck fand, mit einigen begrenzten Korrekturen zu bewahren, die entscheidend-bestimmende Stellung der tatsächlichen Machtorgane - wie zuallererst der Armee und anderer Staatsinstitutionen auf politischer und gesellschaftlicher Ebene zu bewahren und den Institutionen wie den Parteien und dem Parlament weiterhin nur einen sehr begrenzten Machtbereich zu belassen.

Die Politik dieser Kräfte zeigt eine totale Übereinstimmung mit den allgemeinen Interessen und Forderungen des imperialistisch-kapitalistischen Systems auf. Wie bekannt sein dürfte, versuchten die imperialistischen Kräfte nach dem 2. Neuaufteilungskrieg (an 1945) ihre Ausbeutung in der Türkei auf der Grundlage der Entwicklung des inneren Marktes zu konzentrieren und basieren zu lassen. Unter Auswirkung des internationalen Entwicklung kam diese Politik 1975 ins Stocken. Durch Institutionen wie dem IWF zwang das imperialistisch-kapitalistische System der Türkei ein neues Programm auf. Obwohl das Wesen der neokolonialistischen Beziehungen nicht verändert wurde, entstanden Änderungen in der Art und Realisierung dieser Beziehungen. Diese Politik führte vor allem zu Bankrott und Verarmung großer Teile der Gesellschaft und zur Zerstörung der traditionellen Gleichgewichte. Die Kräfte, die den Faschismus und die bestehende politische Struktur zu bewahren suchen, sind diejenigen, die durch diese seit 6 Jahren angewandte Politik groß und fett wurden.

Hiergegen führen die Kreise, die vor dem 12. September ihren Platz in der Oligarchie hatten, aber durch die Einleitung der exportorientierten Maßnahmen aus dieser Allianz herausfielen, gemeinsam mit anderen Sektoren, die lediglich über Beziehungen und Möglichkeiten zur Ausbeutung des inneren Marktes verfügen, einen Kampf zur Wiederherstellung ihrer erschütterten Stellung und zur Wiedergewinnung von all dem, was sie in 6 Jahren verloren haben und fordern so bestimmte Korrekturen am bestehenden Wirtschaftsmodell, die man als relevant bezeichnen kann.

Auf politischer Ebene fordern sie die Neuordnung der nach dem 12. September entstandenen Strukturen, Institutionen und recht-



lichen Ordnung auf eine Weise, die ihre Repräsentation miterlaubt. Hier liegen die Gründe, warum diese Kräfte einen "Respekt" vor dem Parlament, den Parteien, der Justiz und den Menschenrechten haben, warum sie einen "Abstand" gegenüber der Armee einnehmen, und den Begriffen wie Entwicklung, Industrialisierung, Investition und Produktion große Bedeutung beimessen.

Man kann feststellen, daß die Repräsentation dieser heterogenen Kreise, die sich aus unterschiedlichen Interessensgruppen und Teilen der Gesellschaft zusammensetzen, auf politischer Ebene nicht nur durch ein einziges Programm erfolgt. Die Interessen und Forderungen dieser Kreise finden mit graduell unterschiedlichen Schwerpunkten ihren Ausdruck durch Demirel und DYP, die SHP und die durch die Vereinigung von Yazar und der MDP, entstehende neue Partei (HDP). Diese politischen Strömungen, in deren Aussagen und Auftreten die Ideologie im Vordergrund steht und die sich auf sehr unterschiedliche Kräfte stützen, schlagen auf ökonomischem Gebiet ganz generell definiert, eine Lösung vor, die ein Gleichgewicht zwischen der exportorientierten und der am inneren Markt orientierten Produktion und Aufteilungspolitik herstellt. Naturgemäß wird diese Politik ein dieser Alternative entsprechendes Bündnis zwischen den herrschenden Klassen auf die Tagesordnung bringen.

Obwohl allerdings die derzeit vom Imperialismus bevorzugte Politik diesen Zielen nicht entspricht, wird sich nur mit der Zeit herausstellen, ob sich ein neuer Kompromiss zwischen den reaktionären Klassen und Schichten herstellen läßt. Man kann jedoch beobachten, daß, das Monopolkapital und die große Handelsbourgeoisie mit einer radikalen Abkehr von der jetzigen Wirtschaftspolitik nicht einverstanden sind und zur Aufgabe der durch den 12. September gewonnenen ökonomischen und politischen Stellungen weder bereit noch gewillt sind.

Die monopolistischen Kräfte könnten allerdings unter Zwang geraten, wenn es zu Veränderungen in der Zusammensetzung des Parlaments kommt, dessen Macht im herrschenden politischen Gefüge zwar recht begrenzt ist, das aber, z.B. über die Wahlen - für den Einfluß der oben genannten Kreise offen ist. Solche Veränderungen werden die herrschenden Kräfte zum Ausgleich mit den Alternativen verschiedener Kreise, deren Forderungen und Programme sich auf Parlaments- und Regierungsebene widerspiegeln können - zwingen. Somit könnte die Oligarchie gezwungen werden, einen - wenn auch begrenzten Teil ihrer Macht, mit den anderen Kräften zu teilen. Demirel-DYP, İnönü-SHP, Yazar-MDP versuchen - trotz aller Unterschiede in ihren ideologischen Aussagen und politischen Programmen, einen solchen Ausgleich und einen neuen Kompromiss, herbeizuführen. Das bedeutet wiederum, daß die genannten politischen Parteien, die Realisierung einer bürgerlichen Herrschaft mit einer breiteren Basis der herrschenden Klassen und Schichten anstreben. Deshalb entwickeln diese Kräfte entsprechende Vorschläge für Veränderungen auf politischer, ökonomischer und juristischer Ebene, die dazu dienen, die Basis der tatsächlichen Macht, entsprechend den Interessen eines breiteren bürgerlichen Bündnisses neu zu organisieren.

Hier liegt der Grund dafür, daß sowohl die DYP, als auch die SHP als Alternative zur ANAP erscheinen. Es entspricht einer Politik, die den Ausbau der unterdrückend-engen politischen Struktur durch Hinzufügen einiger Elemente der repräsentativen Demokratie anstrebt.

Die Reinstitutionalisierung von Elementen der repräsentativen Demokratie neben den faschistischen Repressions- und Terelementen im Staats- und Gesellschaftsleben wird fast zur Lebenschance der Klassen und Schichten, deren Status seit 1980 eine Erschütterung hinnehmen mußte und deren politischer Einfluß erheblich geschwächt wurde. Das ist der Grund, warum neben einigen Kreisen der Bourgeoisie auch die Großen der Landwirtschaft zum ersten Mal in der Geschichte so oft den Begriff "Demokratie" in den Mund nehmen. Der "Demokratie"-begriff dieser Kreise beschränkt sich selbstverständlich auf ihre Beteiligung an den Herrschaftsstrukturen; eine Forderung nach Demokratie, die auch das Entscheidungsrecht der Mehrheit der Gesellschaft, d.h. der werktätigen Massen beinhaltet existiert bei diesen Kreisen naturgemäß nicht. Daher kann man sagen, daß auch die Umsetzung der Programme dieser Kräfte von ihrem Inhalt her keine Rückkehr zur Periode von vor dem 12. September oder vor dem 12. März ermöglichen werde.

Dennoch werden durch die Forderungen dieser Kreise und durch den Kampf für deren Durchsetzungen bestimmte Lücken im beste-

henden System entstehen, die die Volksmassen ausnützen können. Welche Formen die Auseinandersetzungen in diesem Rahmen zwischen den herrschenden Klassen und Schichten annehmen werden, welche Lösungen und Kompromisse oder Bündnisse sie hervorbringen werden, läßt sich nicht absehen.

Einer der Faktoren, die die Entwicklung schwer einschätzbar machen ist die Tatsache, daß sich heute alle Parteien außer der ANAP mit einer Repräsentationskrise konfrontiert sehen. Diese in der Periode vor dem 12. September aufgetretene Repräsentationskrise, die mit dem faschistischen Putsch überwunden werden sollte, ist auf der politischen Ebene immer noch deutlich existent. Es ist nicht eindeutig, was und wen und in welchem Maße die verschiedenen politischen Strömungen allen voran die DYP repräsentieren. Genauer ausgedrückt, die Repräsentationskrise konnte mit dem Putsch nicht gelöst, die Gespaltenheit der Bourgeoisie vor 1980 mit dem Programm des offenen Faschismus nicht überwunden und die Einigung der Bourgeoisie unter einem politischen Dach nicht gewährleistet werden.

Als Folge dessen sind heute eine Vielzahl politischer Institutionen entstanden, die die herrschenden Klassen und Schichten in ihrer Gesamtheit oder einzeln davon allein zu repräsentieren versuchen. So, daß die einzelnen Kräfte auf der politischen Arena nicht durch eine, sondern durch mehrere Institutionen versucht werden zu repräsentieren. Das Programm, das die bevorzugte Alternative der herrschenden Klassen darstellt, wird von mehreren Institutionen zugleich, wenn auch in verschiedener Form vertreten. Obwohl die ANAP die ideale Partei dieser Alternative ist, läßt sich beobachten, daß die MDP die selbe Linie vertritt. Daraus erklärt sich die Funktionslosigkeit und Reformierungsbedürftigkeit der MDP, da die ANAP mit dem Regime verschmolzen ist.

Die Linie der früheren AP (Adalet Partisi-heute vertreten durch Demirel und die DYP), die in der Periode nach der ersten MC (nationalistischen Front) im Jahre 1975 und vor allem in ihrer Regierungszeit von 1980, die Repräsentationskrise, die aus ihrer Funktionslosigkeit bei der bevorzugten Alternative der Oligarchie resultierte, nicht überwinden konnte, versucht heute durch ein Programm, das den Ausbau des offenen Faschismus mit Elementen der repräsentativen Demokratie beinhaltet, die zerbrochenen Repräsentationsverbindungen zu großen Teilen der herrschenden Klassen wieder herzustellen.

Die SHP bemüht sich um die selben Verbindungen, die auch die mittleren Klassen miteinschließt. Aber die SHP hat die Repräsentationskrise noch nicht überwunden, da sie in diesem Bereich mit der DYP konkurrieren muß.

Wenn wir im Zusammenhang mit der Repräsentationskrise auch einen Blick auf die anderen Parteien werfen: Für die Linie von Ecevit und der DSP, die behauptet mit einem neuen Gesellschafts- und Politikmodell (zivilgesellschaft) entstanden zu sein, hat sich trotz ihrer ideologischen Eindeutigkeit, noch nicht klar herausgestellt, welche gesellschaftlichen Kreise sie schaffen wird, auf der politischen Bühne zu repräsentieren. Bei Ecevit, der es "schafft" die Vertreter der Unternehmer, wie die der Arbeiter "harmonisch" in seiner Partei zu vereinigen, ist es unklar, ob er den selben "Erfolg" auch im Gesellschafts- und Staatsleben erreichen und die Unterstützung der Arbeiter wie auch der Arbeitgeber im gleichen Maße gewinnen kann.

Genauso kann man beobachten, daß die Nachfolgeströmungen von MSP und MHP suchen, eine erneute Verschmelzung mit den Kreisen zu erreichen, die sie zu repräsentieren versuchen. Dabei ist es ein Nachteil für diese Strömungen, daß ihre nationalistischen und islamischen politisch-ideologischen Motive heute auf Regierungs- und Staatsebene offizielle Gültigkeit genießen, daß der Nationalismus und der Islam in den Beziehungen, die das Regime vom 12. September zur Gesellschaft entwickelt hat, als vereinhaltendes Element gebraucht werden.

Das Monopolkapital und die übrigen Kreise, die seine heutigen oder früheren Bündnispartner darstellen, konnten die Probleme, die durch die neokolonialen Beziehungen und das Phänomen der Abhängigkeit ausgelöst wurden, nicht lösen, ihre Beziehungen untereinander nicht regeln, die wirtschaftliche Krise nicht überwinden und nicht verhindern, daß die Polarisierung in der Gesellschaft sich so weit radikalisierte, daß sie über den Rahmen des Systems hinaus ging. Der offene Faschismus, der dem gesellschaftlichen Prozess aufgedrängt wurde, um dies alles zu schaffen, wird heute selbst von verschiedenen Kreisen der Bourgeoisie versucht zu begrenzen und in organisierte Formen hineinzupressen. Hier liegt die Ursache der Auseinandersetzungen zwischen den beiden bürgerlichen Strömungen.

Bekanntlich hatte der Prozess der Neokolonialisierung, der in unserem Land in den 40er Jahren und besonders nach 1947 eingeleitet wurde und bis heute über verschiedene

Etappen durchlebt wurde, entsprechend und parallel zum jeweiligen Kräfteverhältnis und seiner Funktionsweise auf ökonomischer Ebene, auch auf politischer Ebene ein bestimmtes Gleichgewicht bzw. Ungleichgewicht geschaffen. Hierbei entstand von einem bestimmten Punkt der Entwicklung an eine politische Struktur, die neben den faschistischen Unterdrückungs- und Terelementen auch Elemente der repräsentativen Demokratie institutionalisierte. Innerhalb dieser politischen Struktur existierten beide Elemente nebeneinander und auch ineinander greifend. Obwohl das Schwergewicht und der Einfluß beider Elemente von Zeit zu Zeit wechselten, widerspiegelten sich beide im Gesellschafts- und Staatsleben (meist aber gewann das faschistische, autoritäre Unterdrückungselement die Oberhand). Die Eingriffe der Monopolbourgeoisie und des Imperialismus diese Struktur zu ihren Gunsten zu verändern, blieben erfolglos. So wurde zum Beispiel mit dem Putsch von 1971 in dies Kräfteverhältnis eingegriffen, aber kein wesentlicher Erfolg erzielt, weil in der Zusammensetzung des Parlaments die Vertreter des verdeckten Faschismus kolonialen Typs in der Mehrheit waren. (Bei diesem Mißerfolg muß die Rolle der Volksoption und der Revolutionären Kräfte hervorgehoben werden!)

Der schnelle Aufstieg des Monopolkapitals ab 1950 erforderte die Praktizierung faschistischer Repressionspolitik und ihre Institutionalisierung von oben nach unten in den staatlichen Organen. Die Mittelklassen und das Kleinbürgertum, deren Einfluß im Staat und in der Führung des Landes noch nicht völlig aufgehoben war, zwang die aufsteigende Monopolbourgeoisie durch den Putsch vom 27. Mai 1960 zu einer Allianz. Aber diese Allianz zerbrach später trotz der Verfassung von 1961 (Diese Verfassung hatte ökonomische und bürgerlich-demokratische Rechte und Freiheiten garantiert.)

Nachdem auch der Eingriff (Putsch) von 1971 keinen vollständigen Erfolg davontragen konnte, kamen die Versuche der "nationalistischen Front" auf die Tagesordnung. Aber auch diese konnten den gesellschaftlichen Prozess nicht auf den Kurs des offenen Faschismus kanalisieren. Auf Grund des Kräftegleichgewichtes in der politischen Struktur konnten sich die monopolistischen Kräfte nicht von ihren "Hemmnissen" (Klötzen am Bein) befreien.

Der Putsch vom 12. September hat dieses Gleichgewicht zerstört. So wurden die Elemente von repräsentativer Demokratie, die den Einfluß der anderen Klassen und Schichten in der Gesellschaft ermöglichten, völlig ausgeschaltet und abgeschafft. Das Gesellschafts- und Staatsleben wurde mit dem 12. September auf der Grundlage eines einzigen Elementes der faschistischen, autoritären Unterdrückung - neu formiert. Der Übergang zum offenen Faschismus brachte dem Finanzkapital und dem Imperialismus in jedem Bereich wichtige Vorteile und die völlige Herrschaft.

Dabei war der offene Faschismus gegen 1980 nicht nur die Alternative der Monopole, sondern auch eines großen Teils der herrschenden Klassen und Schichten. Wegen des Aufschwungs der antifaschistischen Volksbewegung und der Errichtung einer Verteidigungslinie gegen die faschistischen Kräfte durch sie, wegen der Unfähigkeit des Parlaments Formeln zur Lösung dieser Krise anzuwenden, einigten sich große Teile der herrschenden Klassen und Schichten auf eine Politik zur Verteidigung des Systems und des Staates und drängten die Entwicklung hin zum Übergang zum offenen Faschismus. In der heutigen Situation wird jedoch diese gemeinsame Alternative von 1980 inzwischen von einigen Fraktionen der Bourgeoisie erneut in Frage gestellt.

Diejenigen, die 1980 einer derartigen Lösung (offener Faschismus) still oder lautstark, wohl als Übergangslösung, zugestimmt hatten, oder gar mit der von ihnen verfolgten Politik den Weg bereitet hatten, streben heute mit ihren Sprüchen von "Demokratie" an, dem Regime vom 12. September einige Elemente der repräsentativen Demokratie hinzuzufügen.

Heute findet das Demokratiespiel in der Türkei innerhalb der Rockschöße eines eigentlich auf Staatsebene institutionalisierten, mit repressiven und autoritären Elementen weitgehend verfestigten faschistischen Regimes statt, und zwar in den äußersten Kettengliedern dieses Regimes, welche nur einen sehr begrenzten Bereich der Macht umfassen.

Die Demokratisierung des Staates und der politisch-gesellschaftlichen Verhältnisse mittels solcher "Demokratie"-Projekte, die in den Rockschößen des Regimes geschmiedet werden und damit nur einen begrenzten Bereich der Herrschaftsinstitutionen und -verhältnisse erfassen, ist gänzlich unmöglich. Vielleicht können durch politische Program-

me, die darauf abzielen, das herrschende Regime mit repräsentativ-demokratischen Elementen auszubauen, teilweise Lockerungen erreicht werden. (Das Regime könnte sogar selbst, wenn es sich fest und ruhig im Sattel fühlt, seine repressive Praxis - wen auch nur minimal - auflockern.) Aber über derartige Programme und Kräfte scheint es unmöglich, auch nur eine bürgerliche Demokratie zu errichten. (Neben anderen Faktoren sollte der Faktor der nationalen Frage der Kurden nie außer Acht gelassen werden.)

In unserem Land kann der Kampf um die Demokratie nicht auf die Verteidigung einiger repräsentativ-demokratischer Elemente reduziert werden.

Obwohl der Kampf um demokratische Rechte und Freiheiten und deren Institutionalisierung unter den gegebenen Bedingungen äußerst wichtig ist, darf der Kampf um Demokratie niemals hierauf reduziert werden.

Zweifelloos ist der Kampf auch im Parlament und in den übrigen Organen der heutigen Macht für jede Veränderung zugunsten der Massen unter den heutigen Bedingungen eine wichtige Aufgabe der revolutionär-demokratischen Volkskräfte. Einige Ziele des Kampfes um die Lösung dieser Aufgabe können sich mit einigen Aussagen verschiedener Fraktionen der Bourgeoisie heute überschneiden, die die Herrschaft der Bourgeoisie mit teildemokratischen Elementen und Institutionen ausbauen wollen. Diese Bild wird durch die spezielle Realität der Türkei bedingt und ist daher nicht abzulehnen. Genauso wie in der Vergangenheit einige Forderungen des als Teil des eigentlichen Kampfes geführten Kampfes zur Verteidigung der demokratischen Rechte und Freiheiten Ähnlichkeiten mit einigen Programmpunkten verschiedener reformistischer Parteien aufwiesen. Die revolutionären Kräfte haben diesen Kampf deswegen nicht den reformistischen Parteien überlassen.

Auch heute können einige Forderungen des Kampfes zur Wiedererkrämpfung der gewaltsam entrissenen demokratischen Rechte und Freiheiten Ähnlichkeiten mit einigen Programmen verschiedener Fraktionen der Bourgeoisie aufweisen. Weil das so ist, können die revolutionären Kräfte diesen Kampf nicht den bürgerlichen Parteien überlassen.

Wenn wir kurz zusammenfassen:

Die Erkrämpfung der Demokratie in der Türkei liegt nicht in den Auseinandersetzungen zwischen den herrschenden Klassen um die Herrschaftsorgane, sondern in der Lösung des Widerspruches zwischen der Oligarchie und dem Volk zugunsten des Volkes. Der Kampf um Demokratie in der Türkei muß grundlegend auf den im Staat institutionalisierten und verfestigten Faschismus abzielen. Dieser Kampf muß auf die Zerschlagung der Institutionen zielen, die die tatsächliche Macht konzentrieren. Hierin besteht die Hauptrichtung des Kampfes gegen den Faschismus in unserem Land. Dieser Kampf hingegen wird nur über die revolutionäre Herrschaft zu gewinnen sein. Die Frage der Erringung der Demokratie ist daher die Frage der revolutionären Macht.

Anmerkungen: \*

1-Mehmet Yazar verließ die DYP und gründete die HDP. (Siehe auch "Die Parteien nach dem 12. September".)

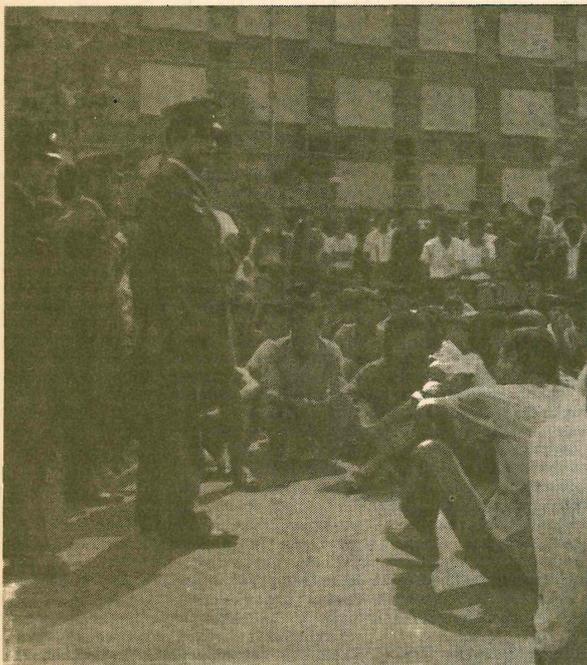
2-Der Vorsitzende dieser Partei besucht ständig die Kapitalkreise und versichert ihnen, "er und seine Partei hätten nichts gegen das Kapital".

3-Der Kapitalismus entwickelte sich in der Türkei nicht aus ihrer eigenen Dynamik heraus. Er wurde durch den äusseren Angriff des Imperialismus entwickelt. Die Bourgeoisie konnte ihre bürgerlich-demokratische Revolution nicht beenden und war nicht dazu fähig. Dieser Prozess ist zu kompliziert, dass er einer detaillierten Analyse bedarf. Aber generell bezeichnen wir die Tatsache, dass der Kapitalismus in der Türkei durch äusseren Eingriff des Imperialismus entwickelt wurde, als den "schiefen" Kapitalismus.

Für alle Verständnisfragen, die die Entwicklung der Parteien betreffen, empfehlen wir den Artikel "Die Parteien nach dem 12. September"

# STUDENTENPROTESTE

Angesichts dieser Proteste nahm die Heimleitung schließlich am 21. März ihre Maßnahmen gegen die 20 Student/inn/en, den zurück, diese konnten in die Heime zurückkehren.



**POLIZIST SCHLÄGT STUDENTIN - PROTEST AN DER UNI**

Eine der Institutionen, um deren Faschisierung sich das Regime besondere Mühe gibt, ist die Universität. Durch die Schaffung des Hochschulrates (YÖK) versucht das Regime vom 12. September, die Faschisierung im Bildungsbereich zu institutionalisieren.

Die Universitäten kennen keine Freiheiten. Sie sind mit einer Decke von Verboten und Reglementierungen überzogen, die von der Präsenz von Polizeikräften an den Unis bis zu genauesten Kleidervorschriften reichen. Eine derartige Schikane zur Terrorisierung der Studentenschaft wurde zum Anlaß von Studentenunruhen an der "Universität des 9. September" in Izmir:

Die 19-jährige Studentin Deniz Nencan wollte gegen Mittag des 6. Juni, 86 das Tor der Universität passieren. Ein Polizist der am Universitätstor Wache stand, und dessen Name von den Sicherheitsbehörden nicht bekannt gegeben wurde, (beides gehört zum Alltag an den Unis) verweigerte Deniz Nencan den Zutritt zur Universität, weil "ihre Kleidung für Universitäten nicht geeignet" wäre. Sie trug eine Hose und ein T-Shirt. Angeblich waren ihre Arme nicht weit genug bedeckt. Auf Anordnung des Polizisten ging sie wieder vor das Uniegebäude und zog sich ihre Jacke an, die sie bei sich trug. Danach wendet sie sich wieder an den Polizisten und beschwert sich über sein unrechtmäßiges Verhalten. Es entwickelt sich eine Diskussion, die mit Polizeigewalt endete: Der Polizist fing an, die Studentin zu schlagen und versuchte, sie in das Polizeihäuschen vor der Universität zu zerren. Deniz begann um Hilfe zu schreien: "Befreit mich...!"

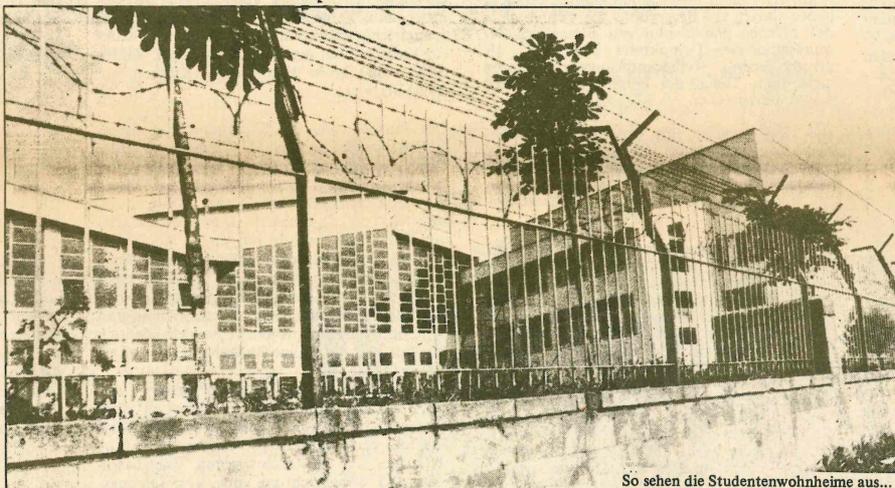
Dieser Vorfall ereignete sich vor den Augen von Hunderten Student/inn/en und löste den Protest der Studentenschaft aus. Einige Hundert Studenten zogen vor die Räume der Universitätsleitung und forderten den Leiter der Universität auf, eine Erklärung abzugeben. Dieser forderte die Studenten zur "Ruhe" auf. Die Studenten antworteten mit einem Pfeiffkonzert, in der die Rede des Rektors untergeht, und setzen ihren Protest fort. Vor dem Gebäude der Universitätsleitung begannen sie einen mehrstündigen Sitzstreik. In einer Unterschriftensammlung forderten die Studenten: **Abschaffung der Polizeihütte vor dem Tor der Uni, Keine Polizei auf dem Unigelände, Abschaffung der Kleidervorschriften, Weg mit den YÖK-Anordnungen an den Universitäten.**

beschriebenen Fall z. B. drohten sie der Universitätsleitung, falls ihre Forderungen abgelehnt würden, werden sie "sich den Bart wachsen lassen und sich so lange nicht rasieren, bis die Unterdrückung aufhört."

## WIDERSTAND IN DEN STUDENTENWOHNHEIMEN HACETTEPE

Im März kam es in den Studentenheimen der Hacettepe-Universität in Ankara zu "Unruhen". Diese Ereignisse verliefen folgendermaßen:

Wie die Studenten anderer Unis und Studentenheime in der Türkei leiden die Studenten unter den miserablen Zuständen in den Wohnheimen und fühlen sich von den allgegenwärtigen Verordnungen und Schikanen des YÖK und der Heimleitungen gestört. Die Heime sind überfüllt, das Essen schlecht, die sanitären Anlagen und Waschräume unzureichend, oft ist nicht einmal Wasser da. Darüberhinaus werden die Studenten rund um die Uhr überwacht und kontrolliert: Es gibt Sauberheitskontrollen, Durchsuchungen und Zimmerkontrollen, Ein- und Ausgangskontrollen und äußerst restriktive Besuchs- und Urteilsregelungen: Wer ins Kino oder Theater will, muß die Eintrittskarten vorzeigen, sonst wird niemand herausgelassen. Selbst Besuche bei Verwandten sind eingeschränkt und werden peinlich kontrolliert. Innerhalb der Heime ist es den Studenten sogar verboten, Komilitonen in anderen Etagen zu besuchen. Die Student/inn/en



So sehen die Studentenwohnheime aus...

Die Universitätsleitung hatte inzwischen den Vater von Deniz Nencan, einen bekannten Rechtsanwalt aus Izmir, an die Universität rufen lassen. Er wurde aufgefordert, seine Tochter so schnell wie möglich von der Universität nach Hause zu holen. Der Anwalt beugte sich dem Druck und befolgte diese Aufforderung.

Aber er erstattete auch Anzeige gegen den Polizisten. Auf einer Pressekonferenz erklärte er: "Wir haben Angst vor der Polizei. Wir sind sehr besorgt, als eine Familie, die zu einer Zeit Anzeige gegen die Polizei erstattet, in der sich die Behauptungen über Folterungen häufen."

Sicherlich drückt der Vater von Deniz Nencan die berechtigte Angst von tausenden von Vätern aus.

Nach dem 12. September und seit die Polizei durch das im vergangenen Jahr verabschiedete Polizeigesetz weitestgehende Befugnisse erhielt, ist dieser Fall sicher kein Einzelfall. Die Unterdrückungs- und Terrorpolitik des Regimes gegen die Studenten ist allgegenwärtig. Die Studentenschaft, die zu den "Verantwortlichen für die Zustände, von vor dem 12. September" gezählt wird, soll "gezügelt" und "diszipliniert" werden.

In letzter Zeit setzen sich die Studenten jedoch trotz Polizeiknüppel und anderer Strafen (Disziplinarmaßnahmen, Entfernung von der Uni ...) immer wieder zur Wehr. Derzeit stehen ihnen kaum legale Protestmittel zur Verfügung. Aber sie sind sehr einfallsreich und entwickeln die verschiedensten Widerstandsformen. Im oben

sind verpflichtet, auf einer Liste einzutragen, wann sie ins Heim kommen und wann sie es verlassen. Die Studenten müssen spätestens um 21.00 Uhr im Haus sein.

Ausgangspunkt der "Ereignisse" war schließlich der allabendliche Unterschriftszwang: Alle Student/inn/en, die im Heim wohnen, müssen jeden Abend um 21.30 Uhr ihre Anwesenheit durch eine Unterschrift bestätigen, das heißt jeden Abend runter und stundenlang in der Schlange anstehen...

Am Abend des 11. März hatte sich wieder eine Schlange gebildet. Spät abends hatten die Student/inn/en sich wieder anziehen müssen (man darf nicht im Pyjama runter). Insbesondere war der Heimleiter Kadir Kural an diesem Abend ordentlich besoffen und startete die Mädchen an, als ob er einen Pornofilm glotzte. Für ein Mädchen reicht dies, um ihre ohnehin von der ständigen und allgegenwärtigen Repression angespannten Nerven zum Platzen zu bringen. Sie fing an loszuschreien und die ganze Schlange Wartender fällt mit ein. Die Studenten auf den Zimmern, hören den Lärm, laufen an die Fenster und fangen auch an: "Wir wollen Freiheit, Schluß mit den Verboten". Müllimer fliegen durch die Luft, Bettlaken werden verbrannt, 2.500 Student/inn/en nehmen Rache für jahrelange Schikanen und Repression

Die Verwaltung ist mit einem Mal wie vom Erdboden verschluckt.

Kurze Zeit später werden Polizeikräfte geholt. Mit Scheinwerfern werden die Fenster der vermeintlichen "Unruhestifter" angestrahlt. Durch das Datum des 12. März bekommen die Ereignisse noch eine besondere Dimension. (Der 12. März ist der Jahrestag des Militärputsch von 1971). So hatte die Heimleitung die Unterschriften an diesem Abend mit besonderen Schikanen und Personalkontrollen verbunden. Den Protesten der Studenten hatte man entgegnet: "Dies ist der 12. März an diesem Tag können die Kontrollen bis morgen früh andauern." Gleichzeitig wurde unter den eingesetzten Polizisten das Gerücht verbreitet, die Studenten hätten "aus Anlaß des 12. März" eine Aktion angezettelt.

Trotz Einschüchterungsversuchen hatte in dieser Nacht kein einziger Student die Anwesenheitsliste unterschrieben. Der Protest wurde sogar fortgesetzt: fünf Tage lang wurden die Unterschriften verweigert und die Listen blieben leer. Nach vier Tagen wurden 20 Studenten, davon 18 Studentinnen (!) aus den Heimen geschmissen. Daraufhin begannen die Student/inn/en eine Selbstbezugungsaktion. In Schreiben an die Heimleitung erklärten sie, daß sie dieselben "Taten" begangen hätten und auch rausgeschmissen werden müssten. Außerdem wurde an den Universitäten eine Unterschriftenaktion für die gefeuerten Student/inn/en initiiert. Auch der Studentenverein der Hacettepe-Universität erklärte sich in einer Erklärung mit den Aktionen und Forderungen in den Wohnheimen solidarisch. Einige Abgeordnete der SHP erklärten sich bereit,

## ÜBER DEN SIEG

Die furchtbaren Hände auf deine Wunde gepreßt,  
mit blutig zerbissenen Lippen  
mußt du den Schmerz ertragen.  
Hoffnung ist jetzt nur ein nackter, grausamer Schein  
Wir werden mit unseren Fingernägeln  
den Sieg aus dem Boden kratzen,  
und nichts wird vergehen!

Die Tage sind schwer  
und schwarz von Todessnachrichten.  
Der Feind ist hinterhältig und ohne Erbarmen.  
Unsere Menschen sterben im Kampf  
wie hätten sie das Leben verdient  
unsere Menschen sterben, es fallen so viele,  
als ob sie an einem Festtag  
mit Liedern und Fahnen  
zu einer Parade gezogen wären,  
sorglos und lebensfroh!

Die Tage sind schwer  
und schwarz von Todessnachrichten.  
Wir haben mit eigenen Händen  
die schönsten Welten zertrümmert.  
Und haben mit unseren Augen zu weinen verlernt.  
Übersieht sich die Tränen,  
Sie lieben uns aufrecht,  
doch auch voller Trauer zurück,  
Weil wir vergessen haben, wie man verzehrt.  
Unser Ziel fordert Blutvergießen.  
Wir müssen mit unseren Fingernägeln  
den Sieg aus dem Boden kratzen,  
und nichts wird vergehen!

## 7 STUDENTEN MARSCHIERTEN VON IZMIR NACH ANKARA

Eine Gruppe von Studenten aus der Ege-Universität veranstaltete eine Demonstration von Izmir nach Ankara, um gegen die Unterdrückungen durch der YÖK in den Universitäten zu protestieren. 7 Studenten gingen aus Izmir los, um im Namen der Studentenschaft dem Parlament ein Protestbrief gegen YÖK zu überreichen. Die protestierenden Studenten wurden in Polatli, eine Kleinstadt in der Nähe von Ankara von der Polizei und der Gendarmerie vorübergehend festgenommen, weil sie "die Gesetze übertreten.. "haben sollen. Sie wurden eine Nacht auf der Wache festgehalten und erst am nächsten Tag wieder freigelassen, so daß sie ihren Marsch fortsetzen konnten. Später haben sie dem Vorsitzenden des Parlaments ihren Protestbrief mit ihren Forderungen übergeben...

# TÜRKEI DEPESCHE

TÜRKEI - DEPESCHE + ERSCHEINT MONATLICH + VOM INFORMATIONSBÜRO TÜRKIE

INFORMATIONSBÜRO TÜRKIE  
RÜHMKORFFSTRASSE 7  
3000 HANNOVER 1

V.i.S.d.P.: L. Direkçoglu, Rühmkorffstr.7  
3000 Hannover 1

ABONNEMENT :: 1/2 jährl. (6 Ausgaben)  
DM 10,- (Mindestbetrag !!) Vorratskasse  
oder Einzugsermächtigung  
bitte mit Adressangabe !!

Informationsbüro Türkei  
Konto-Nr. 252 085 1700  
Bank für Gemeinwirtschaft/Hannover  
BLZ 250 101 11

ABONNEMENT DER TÜRKEI DEPESCHE

EINZUGSERMÄCHTIGUNG:

hiermit abonniere ich die TÜRKEI DEPESCHE

ich erkläre mich einverstanden, daß die Abo-Gebühren für die TÜRKEI DEPESCHE in Höhe von DM ..... von meinem Konto abgebucht werden.

1/2 jährlich ..... ganzjährig .....

NAME .....

Kontoinhaber : .....

ANSCHRIFT .....

Kontonummer: .....

abschicken an: INFORMATIONSBÜRO TÜRKIE

Geldinstitut : ..... BLZ : .....

Rühmkorffstr. 7

Datum/Unterschrift: .....

3 HANNOVER 1

Sollte ich das Abonnement nicht kündigen, so verlängert es sich automatisch, um den angegebenen Zeitraum.

Das Recht des 12. September  
Zu keiner Zeit wurde so weit vom  
Begriff der Rechtsstaatlichkeit abge-  
rückt. Der 12. September hat einen  
neuen "juristischen" Begriff hervor-  
gebracht. Dieser Begriff heißt: "das  
Recht vom 12. September".

In der Türkei sollen die Unterdrück-  
ten schweigen oder zum Schweigen  
gebracht werden. Das ist die Logik  
des 12. September.

Nach dem 12. September wurde in  
den Folterkammern mehr "gearbei-  
tet" als in den Webereien. Hundert-  
tausende von Revolutionären, Demo-  
kraten, Patrioten und einfachen Men-  
schen sind in diesen Kammern gefolter-  
t worden. Manche von ihnen ha-  
ben dabei ihr Leben verloren, viele  
von ihnen sitzen noch in den Kerkern  
und viele sind durch Folter zu Behin-  
derten geworden. Einige Namen der  
Revolutionäre und Patrioten, die in  
den Folterkammern umgebracht wor-  
den sind: Ahmet Karlangac,  
Ekrem Eksi, M. Zeki Yumurtaci,  
Süleyman Cihan, Ataman Ince,  
Ali Inan, in Istanbul; Hasan  
Asker Özmen, Zeynel Abidin  
Ceylan, Hasan A. Erdogan, Vedat  
Aldogdan, Behcet Dinceler  
in Ankara; Öman Aydogmus  
in Izmir.

Wer in der Türkei mit Würde und Ehre  
leben möchte, ist ständig der Ver-  
folgung, der Repression und dem  
Terror der Polizei ausgesetzt.

**"Entweder beugst du dich, oder  
wir werden dich vernichten"**

Nach dem 12. September sind die  
Gefängnisse in Folterstätten und  
Konzentrationslagern umgewandelt  
worden. Diese Funktion der Gefäng-  
nisse nimmt manchmal zu oder ab,  
wird intensiver oder schwächer, sie  
wird jedoch fortgesetzt. Entweder  
beugst du dich, oder wir werden dich  
vernichten diese Logik findet am of-  
fensichtlichsten in den Gefängnissen  
ihren Ausdruck. Vor allem die Gef-  
ängnisse haben diese Aufgabe voll-  
ständig erfüllt und erfüllen sie weiter.  
Am Morgen des 12. September hörte  
man diese Leute aus den Lautspre-  
chern: "Wir haben die Macht in die  
Hand bekommen" - "Von jetzt an  
gibt es kein Recht mehr. Das Recht  
sind wir. Entweder kapituliert ihr vor  
dem Staat und nehmt den Schutz des  
Staates an, oder gebt Euch mit dem  
Geschehen zufrieden." Solche Dro-  
hungen werden in der selben oder ge-  
änderter Form mit neuen Methoden  
fortgesetzt.

Jede Art von Folter, Repres-  
sionen und deren Anwendung  
muß beendet werden!

Einige der Themen die seit dem 12.  
September in der Weltöffentlichkeit  
andauernd diskutiert werden, sind  
die der Folterungen, der Menschen-  
rechte, der Grundrechte und der  
Freiheit des Individuums; kurzgesagt,  
die Existenz bzw. Nichtexistenz der  
Demokratie in der Türkei. Trotz der  
Propaganda und weiterer Bemühun-  
gen der Zivilisten und vor allem der  
Chefs der Militärjunta mit Äußerun-  
gen wie "in der Türkei gibt es keine  
Folter, und wenn, dann nur in Einzel-  
fällen, die untersucht und in denen  
gegen die Verantwortlichen gesetz-  
liche Schritte unternommen werden"  
trotz der Ausgabe von Millionen von  
Lira und Einsatz aller Rundfunksen-  
der, Fernsehen und Presse, um solche  
Propaganda zu verbreiten, hat die  
Diskussion über Folter in der Türkei  
nicht nachgelassen. Weder die nach  
den von den Juntachefs vorbereiteten  
Drehbüchern an bestimmten Orten  
unter der Kontrolle eines dieser Chefs  
gestatteten Gefängnisbesuche, noch  
die Untersuchung der sogenannten  
"Kommission zur Untersuchung und  
Beobachtung der Gefängnisse" die  
mit Erlaubnis des Generalstabes von  
der TBMM (Große Nationalversam-  
mlung der Türkei) gebildet wurde,  
noch die Scheinermittlungen, die er-

## FOLTER IST BESTANDTEIL DER STAATSPOLITIK

Das Thema Folter war in den ersten Monaten des Jahres  
eines der bestimmenden Themen in der türkischen Öffentlich-  
keit.

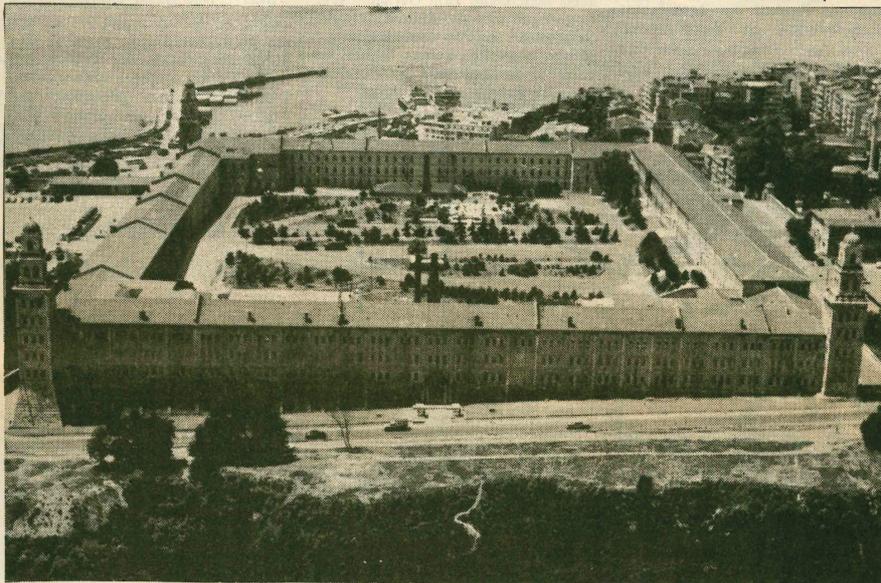
Auslöser hierfür war nicht zuletzt die Aussage des Folterpolizisten  
Caner, der durch sein in der Zeitschrift *Nokta* abgedrucktes  
Geständnis, alleoffiziellen, staatlichen Aussagen zu diesem  
Thema Lügen strafte. In seiner Aussage hatte der Folterer Caner  
die seit Jahren von den politischen Gefangenen, ihren Anwälten  
und Angehörigen immer wieder vorgebrachten Aussagen über  
systematische Folterungen bestätigt.

So wichtig die durch dies Geständnis ausgelöste Diskussion für  
die türkische Öffentlichkeit auch ist, wirft es ein bezeichnendes  
Licht nicht nur auf die Türkei, daß den Aussagen eines  
(ehemaligen) berufsmäßigen Folterers letztlich mehr Gewicht  
beigemessen wird, als den Berichten derer, die gefoltert werden.  
Deren Leben und Persönlichkeit durch diese Folterungen plan-  
mäßig zerstört werden soll und die seit sechs Jahren ihre  
ganze menschliche und politische Kraft darauf konzentrieren,  
hiergegen Widerstand zu leisten.

Wir drucken im folgenden die Erklärung eines politischen Gef-  
fangenen aus dem Militärgefängnis Selimiye.

öffnet wurden, um die Mordtaten  
während der Folter zu vertuschen,  
konnten die öffentliche Meinung in  
der Türkei und in der Welt verändern.  
Der faschistische Charakter des Staa-  
tes selbst verhindert die Glaubwürdig-  
keit der Erklärungen der Verantwort-  
lichen.

Fenstern der oberen Stockwerke,  
Vergewaltigung der Frauen und Mäd-  
chen, Loslassen von Hunden auf die  
Personen .... Das ist nicht alles.  
Zwangswises Verabreichen von Tab-  
letten und Spritzen, die die Wider-  
standskräfte schwächen, das Nerven-  
system schädigen und die Reflexe



### Folter ist Bestandteil der Staatspolitik

Die Folter ist ein Bestandteil der  
Staatspolitik. Trotz aller Bemühun-  
gen, die Folter zu verheimlichen, rei-  
chen die durchgesickerten Nachrich-  
ten über Folterfälle in Gefängnissen,  
Polizeirevierern in Polizeipräsidien, in  
Dörfern und Revieren der Gendarmrie  
als Beweis dafür, daß die Folter  
Staatspolitik ist. ...

Mit der Folter wird bei der Polizei  
begonnen und sie wird in den Gef-  
ängnissen fortgesetzt. In vielen Fällen  
arbeiten Polizei und Gefängnisleitun-  
gen zusammen. Man kann die Folter  
in den Gefängnissen als Fortsetzung  
der Polizeifolter bezeichnen.

Jeder, der aus politischen Grund fest-  
genommen wurde, wird eine bestimm-  
te Frist (\*) bei der Polizei ausgefragt  
bzw. durch Folter zum Geständnis  
gezwungen. Das sind die Foltermetho-  
den, die in den Folterkammern  
praktiziert werden: Ausfragen, mit  
dem Stock auf die Fußsohlen schla-  
gen, Elektroschocks, Schläge mit  
dem Sandsack, mit der Eisenstange,  
Eintauchen der durchs Schlagen  
verletzten Füße ins Salzwasser, lange  
Zeit hungern und dursten lassen, mit  
einer Leine an der Decke aufhängen,  
ins Kreuz schlagen, Zerdrücken der  
Sexualorgane und Hoden, Ausdrük-  
ken der brennenden Zigarette auf  
dem nackten Körper, Herausreißen  
von Fingernägeln, von Haaren und  
Schnurrbart, Haraushängenlassen aus

durcheinanderbringen.  
Die psychische Folter wird in ent-  
wickeltester Form angewandt.

Jeder Angeklagte, der vom Istanbu-  
ler Polizeipräsidium zur Untersu-  
chungshaft ins Militärgefängnis von  
Selimiye gebracht wird, erhält zur  
Begrüßung "Willkommenschläge".  
Die vor Beginn der Untersuchungs-  
haft beginnenden Schläge intensivie-  
ren sich mit dem Eintritt in das Mili-  
tärgefängnis von Selimiye, ergänzt  
durch jede erdenkliche Art von Ernied-  
rigungen. Diese Praxis ist in allen  
Gefängnissen, ob zivil oder mili-  
tärlich, Tradition geworden. Eine  
Tradition, die Todesopfer forderte  
und auch in der Öffentlichkeit be-  
kannt geworden ist. Der Verleger  
Ilhan Erdost ist durch die Schläge  
auf der Fahrt zum Militärgefängnis  
Mamak und während des Eintritts  
ins Gefängnis gestorben. Interessant  
ist die Aussage des Direktors des Mili-  
tärgefängnis von Mamak, Oberst Raci  
Tetik, der im Prozeß um den Tod  
von Ilhan Erdost die Schläge als eine  
legitime Maßnahme im Gefängnis ver-  
teidigte.

Mit folgenden Äußerungen bestätigte  
er die Folter im Militärgefängnis:  
"Hier ist ein Militärgefängnis. Es hat  
eigene Bestimmungen. Ich habe ange-  
ordnet, jedem, der diesen Bestimmun-  
gen widerspricht, mit dem Schlag-  
stock fünf bis zehn mal auf die Hand  
zu schlagen." Als Folge der Folterun-  
gen, die Raci Tetik als "fünf bis zehn



„Schilkrötenkäfig“

Schläge" bezeichnete sind viele Men-  
schen zu Behinderten gemacht wor-  
den und Ilhan Erdost ist daran ge-  
storben.

Wenn die Verantwortlichen gezwun-  
gen sind, zu der Folter Stellung zu  
nehmen, behaupten sie, daß es in der  
Türkei und in den Gefängnissen keine  
Folter gäbe. Andererseits wird aber

für, daß Erklärungen wie "es gibt kei-  
ne Folter" gelogen sind. In den Gef-  
ängnissen von Diyarbakir haben dut-  
zende von Gefangenen ihr Leben ver-  
loren. Allein im Prozeß gegen die  
PKK wurden 22 Akten "abgetrennt".  
Ebenso wurden die Akten von dem  
im TKP/ML-Prozeß angeklagten Ali  
Sarihal und dem im Prozeß gegen  
Dev Yol angeklagten Orhan Kes-  
kin "abgetrennt".

Der Grund für die "Abtrennung" ist  
ihr Tod.

Und das sind nur die bekannt gewor-  
denen Fälle. Viele, die nicht "bereit"  
haben, den Verrat abgelehnt haben  
und mit ihrer Menschenwürde nicht  
vereinbaren konnten, wurden getötet.  
Ein Beispiel, der im PKK-Prozeß  
angeklagte Mazlum Dogan wurde  
im Sommer 1982 im Gefängnis er-  
mordet, nachdem er vor Gericht die  
Mißhandlungen angezeigt hatte. In  
den Gefängnissen von Diyarbakir  
wurde die genaue Einhaltung der "Be-  
stimmungen" noch nicht als ausrei-  
chend angesehen. Zusätzlich wurde  
von den Gefangenen gefordert, sich  
selbst zu beschuldigen, auf ihre Men-  
schenwürde und ihre Menschenwürde  
zu verzichten und den Verrat als Be-  
ruf anzunehmen. Die Alternative  
lautet "entweder Tod oder Verrat".  
Das ist nichts anderes als das  
"leben" zwischen dem "mehr-  
maligen Sterben".

So haben sich viele der Gefange-  
nen angesichts dieser Alternativen  
gegen den Verrat und für den Tod  
entschieden. Die Bedingungen in  
den Gefängnissen von Diyarbakir ha-  
ben eine Situation geschaffen, in der  
die Menschen den Tod bevorzugen.  
Der im PKK-Prozeß angeklagte Ke-  
mal Pir und seine drei Freunde sind  
durch die Folgen des Todesfasten ge-  
storben. Gegen die seit langem an-  
haltende rassistische und faschistische  
Unterdrückung und Machenschaften  
und gegen die Politik des Zwangsver-  
rats haben die Revolutionäre und  
Patrioten zuletzt Mitte Februar 1984  
mit einem Todesfasten angefangen,  
in dem ein Revolutionär sein Leben  
verloren hat.

In verschiedenen Gefängnissen der  
Türkei sind über 100 Gefangene wäh-  
rend der Untersuchungs- und Straf-  
haft durch Unterdrückung und Bruta-  
lität, wie Folter usw. Leben gekom-  
men. Allein in Diyarbakir beträgt  
diese Zahl fast 50 Personen, in Istan-  
buler Gefängnissen etwa 20: Irfan  
Celikin Davutpasa; Hasan Mermere-  
roluk und Serif Yazarim Gefäng-  
nis von Alendag; Ismet Top, Haki  
Hocaoglu, Adil Can, Ahmet  
Sayken in Metris; Mustafa Tunc  
Mustafa Temel in Sultanamet. Das  
sind nur einige von denen, die in Istan-  
buler Gefängnissen getötet wurden.

### Die europäischen Delegationen

Allein die Realität in den Gef-  
ängnissen Diyarbakir ist ein Beweis da-

Um den Druck des Europarates bzw. der europäischen Öffentlichkeit zu mindern, erlauben die Verantwortlichen in der Türkei den Delegationen aus Europa ab und zu und zu den von ihnen bestimmten Zeiten und im von ihnen vorgeschriebenen Rahmen die Gefängnisse zu besuchen. Es ist aber ganz offensichtlich, daß diese sehr eingeschränkten Besuche keine Bedeutung haben. Die Bewegungsmöglichkeiten dieser Delegationen sind sehr eingeschränkt und die Delegationen haben nur die Möglichkeit unter bestimmten Voraussetzungen die Gefängnisse zu besichtigen. Gefangene, mit denen die Delegationen Gespräche führen, werden von der Gefängnisleitung ausgesucht. Die Leitungen der Gefängnisse versuchen, soziale und kulturelle Möglichkeiten in Gefängnissen wie Metris, von denen lediglich nur ein Drittel der Gefangenen Gebrauch machen dürfen, als Recht aller Gefangenen zu verkaufen. Gefangene, die mit den erwähnten Delegationen ins Gespräch kommen, sind meist solche, die mit der Gefängnisleitung direkt oder indirekt zusammenarbeiten. Trotzdem sind diese Versuche, die europäische Öffentlichkeit zu täuschen, nicht gelungen.

Die Verantwortlichen dulden bei den aus Europa kommenden Delegationen keinerlei Abweichungen von den Abmachungen und protestieren dage-

In den ersten Tagen ihres Besuches in der Türkei wurden die weltberühmten Schriftsteller Arthur Miller und Harold Pinter in der türkischen Presse positiv dargestellt und gelobt. Als sie nach Europa bzw. den USA zurückkehrten und gegenüber der Öffentlichkeit die Wahrheit erklärten, wurde von den Verantwortlichen in der Türkei heftig protestiert und gegen die Delegation eine Verleumdungskampagne gestartet.

### Wer die Folter anprangert, wird als "Vaterlandsverräter" beschimpft

Alle Versuche, auch die vom türkischen Parlament (TBMM) unter Kontrolle des Generalstabes gebildete Kommission zur Beobachtung der Gefängnisse können die Stimmen aus den Gefängnissen, die von Folter und Mißhandlungen berichten, nicht zum Schweigen bringen. Alle Versuche die Realität zu verbergen, bewirken das Gegenteil. Berichte, die von den der HP angehörigen Mitgliedern der Untersuchungskommission verfasst wurden, als auch von ihnen gestellte Anfragen, brachten die Verantwortlichen in Schwierigkeiten. Noch mehr: es wird versucht, die Äußerungen von HP-Abgeordneten im Parlament bezüglich Folter und anderer Ereignisse in den Gefängnissen - obwohl diese gerade ein Prozent der Realität zur Sprache bringen - als "Verrat gegenüber dem Ausland" zu bezeichnen und sie zu stoppen. Einige Abgeordnete

ihre Ehre und menschliche Würde mit Füßen treteten werden. Die Gefangenen sind ohne Rechte und leben unter Verhältnissen von Unterdrückung, Einschüchterung und Terror.

Vor Gericht zu führende Gefangene werden in den frühen Morgenstunden - im Winter bei Kälte und Regen - im Sommer unter der erdrückenden Hitze, nur in Unterhose und Unterhemd, ins Freie getrieben. Die Hände auf dem Rücken gefesselt müssen sie dort stundenlang warten. Das ist noch nicht alles:

- die nur mit Unterhose und Unterhemd bekleideten Gefangenen sind aufgrund der Kälte verschiedenen Krankheiten ausgesetzt. Auf diese Weise versucht man den Willen der Gefangenen zu brechen. Die Verantwortlichen geben dies offen zu und während sie sich brüsten - rechtfertigen sie diese unmenschliche Maßnahme damit, daß "sogar Napoleon der Kälte erlegen" wäre.

- Die Gefangenen müssen mit auf dem Rücken gefesselten Händen stundenlang in der eisigen Kälte stehen. Ihr Kreislauf verlangsamt sich und ihre Arme und gefesselten Handgelenke schwellen an. Der Gang zum Gericht und zurück wird zur unerträglichen Quälerei. Kurz gesagt: Das Anlegen von Handschellen geschieht nicht aus Sicherheitsgründen, sondern ist nur ein Mittel zur Folter.
- Die Gefangenen werden vor und nach dem Gang zum Gericht nackt ausgezogen und durchsucht. Da die Gefangenen sowieso unbekleidet sind gibt es eigentlich keinen Grund, sie noch zu durchsuchen. Die Durchsuch-

nackt ausziehen und werden durchsucht. Gefangene, die dagegen auf der üblichen Sicherheitsüberprüfung bestehen, werden mit der Begründung, sie würden sich nicht durchsuchen lassen, geprügelt und bestraft. Desgleichen werden während der Durchsuchung die Sachen der Gefangenen zerstört und geplündert. Ihr Essen wird runtergeschmissen, Papier, Stifte und andere Dinge, die sie einen Tag vorher gekauft hatten, werden eingesammelt.

- Sowohl bei den Zellendurchsuchungen, als auch auf dem Hin- und Rückweg zum/vom Gericht werden den Gefangenen zwangsweise die Haare geschnitten.

- Seit annähernd zwei Jahren besteht Besuchs- Anwalts- und Hofgangsverbot.

- Der Briefverkehr innerhalb des Gefängnisses und mit der Außenwelt wird in höchstem Maße eingeschränkt.

- Die Folter und der Terror gegen die weiblichen Gefangenen überschreiten manchmal die Grenzen der Moral. Dabei haben die Durchsuchungen der nackt ausgezogenen weiblichen Gefangenen, Schläge von den Soldaten, Beleidigungen u.ä. besondere Bedeutung gewonnen. Die Leitung des Gefängnisses von Metris hat an die Soldaten Befehl erteilt, die weiblichen Gefangenen nackt zu durchsuchen, oder sie haben diese Maßnahme sogar selbst durchgeführt. Ebenso drangen mitten in der Nacht Soldaten in die Zellen der Mädchen und Frauen ein, um sie zu belästigen, wobei sie aber durch die Schreie der Frauen von ihrem Vorhaben abgebracht wurden. Diese Maßnahmen gegenüber den Frauen und Mädchen werden in ähnlicher Weise auch im Militärgefängnis von Sagmaçilar durchgeführt. Dort wurde wiederholt Gewalt, Prügel und Folter angewandt.

### Die Einheitskleidung

#### "Disziplinarstrafen"

Vor allem wird durch die Beseitigung sämtlicher Rechte und mit Hilfe von Verboten psychologischer Druck und psychologische Folter ausgeübt. Als Begründung für all diese Rechtlosigkeit mußte herhalten, daß die Untersuchungsgefängnisse sich weigerten, die Einheitskleidung anzuziehen. Den Aussagen von Verantwortlichen verschiedener Rangordnung zufolge, würden mit dem Tragen der Einheitskleidung alle Fragen gelöst. So wurden die verschiedenen Arten von Repression, Beschneidung von Rechten und Einführung neuer Verbote "legitimiert". Die Realität beweist das Gegenteil. Obwohl die Gefangenen von Sagmaçilar seit fünf Monaten Einheitskleidung

tragen, sind die Fragen weiterhin ungelöst. Stattdessen sind immer neue Probleme entstanden. Es werden weitere Rechte eingeschränkt. Diejenigen, die die Einheitskleidung nicht tragen, haben überhaupt keine Rechte. Nachdem die meisten Gefangenen die Einheitskleidung angezogen haben, wurde mit der Erlaubnis, einmal in der Woche neun Minuten lang Besuch empfangen zu dürfen, angeblich eine der Fragen gelöst. Die Gefangenen können nicht direkt, sondern nur über ein Telefon mit ihren Besuchern sprechen. Die in den Besuchsräumen eingebauten vierfachen milchigen Trennscheiben erschweren die Begegnung zwischen den Gefangenen und Besuchern. Das noch bestehende Recht, alle 15 Tage einen Anwalt sprechen zu können, kann nur unter sehr ungünstigen Verhältnissen wahrgenommen werden. Die in der Vergangenheit wöchentlichen Anwaltsbesuche wurden nach Einführung der Einheitskleidung auf alle 15 Tage eingeschränkt. Ein weiteres Recht, daß nach Anlegen der Einheitskleidung angeblich gewährt wurde, ist das Recht auf 3 Stunden Hofgang (4 mal 45 Minuten) pro Woche. Es ist klar, daß dies für die Gefangenen, die seit fast 1,5 Jahren kein Tageslicht gesehen haben, nicht zum Hofgang herausgelassen wurden, unter im höchsten Maße gesundheitsschädlichen Bedingungen leben, völlig unzureichend ist. Die Verantwortlichen, die gesagt haben, daß mit dem Anziehen der Einheitskleidung die strittigen Fragen gelöst werden würden, haben stattdessen den früher an 5 Tagen in der Woche stattfindenden Hofgang auf 4 Tage verringert. Dies ist für das Verständnis der von den Verantwortlichen angewandten Methoden bei der Lösung von Fragen sehr lehrreich. Diejenigen, die keine Einheitskleidung anziehen, profitieren von diesen sehr begrenzten Rechten nicht. Sie können keinen Anwalt sprechen und haben, da ihnen der Hofgang verweigert wird, keine frische Luft zum atmen. Ferner können sie nicht einmal an Feiertagen oder zu besonderen Anlässen Besuch bekommen, wie es sonst in vielen Gefängnissen üblich ist. Die Gefangenen, die die Einheitskleidung nicht anziehen, haben seit zwei Jahren weder ihre Familienangehörigen noch ihren Anwalt sehen dürfen. Diese Situation dauert bis heute an.

Während auf der einen Seite das Strafrecht immer weiter verschärft, das Strafmaß für politische Angeklagte auf das Vielfache erhöht wird, werden auf der anderen Seite durch eine Umstrukturierung in der Gefängnisleitung die Haftbedingungen zugunsten der Gefangenen verschärft. Die früher nur für verurteilte Gefan-



gen. Ein konkretes Beispiel dafür bietet der Besuch der Menschenrechtskommission des Europarates im Jahre 1984 - die Mitglieder der Delegation der Menschenrechtskommission besuchten damals das Gefängnis von Sagmaçilar, wo sie kurze Gespräche mit Gefangenen führten. Nur dieser kurze Besuch reichte aus, um die Realität zu begreifen. Die von ihnen nach der Rückkehr an die Presse weitergegebenen Informationen lösten in der Öffentlichkeit Empörung aus. Interessant war die Reaktion der Verantwortlichen in der Türkei. Diese warfen der Menschenrechtskommission des Europarates vor, die Abmachungen nicht eingehalten und das Prinzip der Geheimhaltung(!) verletzt zu haben. Damit gaben sie sich nicht zufrieden. Aufgeregt behaupteten sie, daß die Delegation "mit den Anarchisten gesprochen habe und diese natürlich sagen, daß gefoltert wird." Damit gaben sie der Öffentlichkeit auch ihre Meinung bezüglich der vorherigen Kommissionen bekannt.

Somit wird deutlich, daß den Delegationen aus Europa nur dann Besuchsmöglichkeiten gegeben werden, wenn sie zustimmen, daß in der Türkei nicht gefoltert wird, oder zumindest die Realitäten geheimgehalten werden, bzw. im Rahmen des zwischenstaatlichen gentlemen-agreements behandelt wird. Diejenigen, die sich daran halten, sind "Freunde der Türken", und andere, die sich nicht daran halten, sind "eine Handvoll Sozialisten, Kommunisten und vor allem die Lobbys der Armenier, Griechen usw. ...."

werden als "Kommunisten" und "Vaterlandsverräter" beschimpft. Solche Beschimpfungen kommen sogar von dem Justizminister der Republik Türkei, Nejat Erdem. Dem Abgeordneten Cüneyt Canver, der sagte, daß "in den Gefängnissen der Türkei gefoltert wird" warf er vor, gelogen zu haben. Erdem beklagte sich: "Es gibt einige, die uns beim Europarat anzeigen wollen". Das heißt, daß der Justizminister nicht die Folter und die Folterer angreift, sondern diejenigen, die sich über die Realität der Folter äußern.

Aber all dies ändert nichts an der Realität, daß in der Türkei gefoltert wird.

### Die Unterdrückungs- und Einschüchterungspolitik in den Gefängnissen von Istanbul dauert an

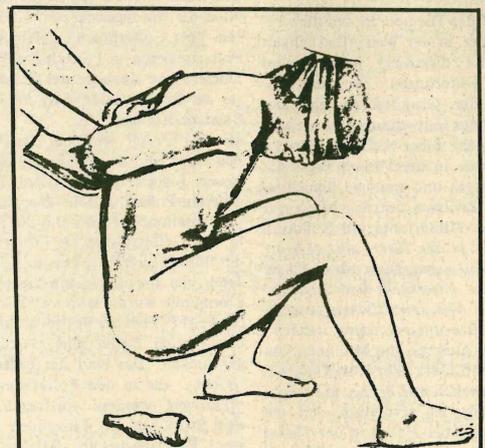
Man kann nicht erwarten, daß die Verantwortlichen im Staat und die Verantwortlichen in den Gefängnissen, die am Ende der Befehlshierarchie stehen, auf ihre Unterdrückungs- und Folterpolitik verzichten. So wird diese Politik wie früher fortgesetzt, auch wenn von Zeit zu Zeit aufgrund öffentlichen Drucks Einschränkungen gemacht werden. Besonders in den letzten zwei Jahren wurde, unter dem Vorwand einheitliche Kleidung einzuführen, der Terrordruck gesteigert. Die Vorfälle in dem 1981 eröffneten Gefängnis Metris, einem Zentrum von Unterdrückung und Folter, sind dafür ein Beispiel. Außer gegen eine Handvoll von Verrätern, wendet die Gefängnisleitung gegenüber den politischen Gefangenen alle erdenklichen Mittel an, mit denen

chungsmaßnahmen sind nur ein Vorwand, um die Gefangenen zu erniedrigen, zu foltern.

- Die Gefangenen werden, nachdem sie stundenlang nur in Unterwäsche in der Kälte warten mussten, einer "Gesäß-Bastonade" unterzogen. Für diese willkürliche Maßnahme werden manchmal alle Aufseher des Gefängnisses bereitgehalten. Die Gefangenen werden bis zur Bewusstlosigkeit geschlagen. Beim geringsten Widerstand auf dem Weg zum Gericht werden die Gefangenen in die Einzelzelle geworfen, wo sie zwischen einer Woche und 14 Tagen bleiben müssen.

- Wenn Gefangene ihr Recht beanspruchen, so wird dies als "Verstoß gegen die Disziplin" und als Mißachtung der Gefängnisordnung betrachtet. Die Gefangenen erhalten dann Besuchsverbot, dürfen nicht in die Kantine, bekommen keinen Tee usw. In den letzten Tagen wurden die Straferlasse vermehrt eingeschränkt. Diese völlig willkürliche Verweigerung von Straferlassen hat keine Grundlage (\*). Nachdem das 1984 erlassene Gesetz auf die in U-Haft befindlichen Gefangenen ausgedehnt wurde, wird es willkürlich gegen alle Hafdinge ausgelegt. Die Absicht ist, diejenigen, die man nicht zu einem Geständnis bringen konnte, im Gefängnis verkommen zu lassen und unter schwersten Bedingungen langsam ihren Tode herbeizuführen.

- unter dem Vorwand einer Durchsuchung werden manchmal täglich, manchmal nur ab und zu, die Zellen durchsucht, wobei die Gefangenen mitten in der Nacht in Unterwäsche aus ihren Zellen gezerrt werden. Neben allen Arten von Gewaltanwendung, Bastonade, Schlägen und Drohungen, müssen sich die Gefangenen



KNÜPPEL UND FLASCHE IN AFTER SCHIEBEN

„Diese Methode wird sowohl bei Männern als auch bei Frauen angewendet. Sie müssen z.B. auf Coca-Cola-Flaschen sitzen, dabei wird auf ihre Schultern gedrückt, bis die Flasche voller Blut ist.“

# ...brief aus

gene geltenden Disziplinarstrafen werden seit der Einführung des Gesetzes über den Straferlass (\*) auch auf die in U-Haft befindlichen Häftlinge angewendet. Nach diesem Gesetz sind die Disziplinarbestimmungen gleichermaßen für U-Häftlinge gültig. So bleibt es der Auslegung der Gesetze überlassen, ob ein Gefangener von dem Straferlass profitiert oder nicht. Die dahinter stehende Absicht ist deutlich: durch Druck, ungerechte Behandlung und Folter werden diejenigen, die sich nicht beugen wollen, die ihrer politischen Überzeugung treu bleiben und sich gegen jede Art von Ungerechtigkeit und Unterdrückung wehren, mit der Drohung, ihnen keinen Straferlass zu geben, kleinzukriegen.

Eine Menge von Leuten sind, obwohl sie ihre Haft abgessen haben, noch nicht freigelassen worden. Der Grund dafür sind die Disziplinarstrafen. Ihr Straferlass wurde wieder aufgehoben...

In Sagmacilar gibt es keine Schränke und Regale, wo man sein Essen, seine Bücher u.a. Sachen rein tun kann.

Die Zahl derjenigen, die bestraft wurden, nur weil sie auf die Frage der Gefangenen aus anderen Zellen "was passiert da?" mit "es findet eine Durchsuchung statt!", geantwortet haben, ist nicht gering. Oft wird aus nichtigen Gründen Besuchsverbote erteilt. In Sagmacilar verhalten sich die Verantwortlichen so willkürlich, daß es fast unmöglich ist, kein Besuchsverbot zu bekommen.

\* Dieser Bericht wurde vor Verabschiedung des neuen "Strafvollzugsänderungsgesetzes" geschrieben. Die von den Gefangenen gemachte Feststellung bezieht sich auf die vorherige gesetzliche Regelung, die bereits das System der Disziplinarstrafen auch während der U-Haft eingeführt hatte.

Der Bericht wurde von uns leicht gekürzt. Die vollständige Fassung ist über die Redaktionsadresse erhältlich.

## dem gefängnis métris

Anfang des Jahres ging uns außerdem ein Bericht zu; der von Gefangenen in Militärgefängnis Metris verfasst wurde. In diesem Bericht, der von einer Gruppe Gefangener gemeinsam verfasst wurde, schildern diese ausführlich die erlebten Folterungen und bestätigen die oben geschilderten Aussagen. Wir veröffentlichen aus diesem Bericht, nur einige kürzere Passagen aus dem vergangenen Jahr (1985) die bestätigen, daß auch nach der angeblichen "Demokratisierung" letztes Jahr die Mißhandlungen anhalten.

Metris hat sich in den letzten fünf Jahren durch besonders brutale Foltermethoden einen Namen gemacht. Als Folterzentrum ist es in der ganzen Welt bekannt. Heute ist die gängigste Drohung auf den Polizeipräsidenten: "Sprich sonst kommst du nach Metris."

Nur Metris? Sagmacilar 2. Auch dort werden immer noch Menschen bei Überfällen auf der Rückkehr von Besuch, Krankenhaus, Gericht zum Krüppel geschlagen. Am 28.3.1985 wurden unsere Freunde erneut - wie İlhan Erdost - mit auf den Rücken gebundenen Händen in dem Wagen geprügelt, der zum Gericht fuhr. Einer der Freunde der diesen vom Kommandanten für äußere Sicherheit Mehmet Ünal persönlich geleiteten Überfall erlebt hat berichtet: "Das ganze fing damit an, daß wir mit der Forderung, die Hände mit den Handschellen nach vorne zu nehmen, ein bisschen Krach machten. Unsere Hände waren in sehr schlechtem Zustand. Es waren noch 3 Stunden bis zur Sitzung und wir hatten schon drei mal nach dem Kommandanten gerufen, er solle sich unsere Hände

ansehen und die Handschellen nach vorne nehmen... Dann versuchten wir es mit Slogans. Daraufhin kamen sie. Einer blieb an der Tür stehen und gab den Befehl zum Loszuschlagen. Mein Freund Kazim Yildirim hatte sofort ein geschwollenes Auge von den Stockschlägen." Der Arzt meinte es könnte eine Gehirnblutung zur Folge haben. Der Rücken von Hasan Selim Acan war vom Hals bis zur Hüfte blau dunkelblau geschlagen. Als nach 10 Tagen immer noch keine Besserung eingetreten war, gab ihm der Arzt eine Salbe. Sein Gesuch nach einer Antwort blieb ohne Antwort. Ihm wurde allerdings eine Aussage zugeschickt in der er beschuldigt wurde und man verlangte eine Stellungnahme.

Es gibt noch eine Menge anderer Beispiele die zeigen, daß unsere Freunde auch am 28.4.85 auf dem Weg zum Gericht geschlagen wurden. Diejenigen, die sich weigerten, sich auf dem Weg zur Verhandlung die Unterhose ausziehen zu lassen, wurden unter Aufsicht der Kommandanten für Innere Sicherheit Oberleutnant İsa Öztürk und Oberleutnant Mehmet İnan geschlagen.

In Sagmacilar halten die Schläge auch an den Feiertagen an. Am Opferfest am 27.8.1985 gab es Übergriffe auf unsere Freunde sowohl auf dem Weg zum Besuch, als auch auf dem Rückweg. Mit dem Vorwand der Durchsuchung wurde manche unserer Freunde so geschlagen, daß sie nicht mehr laufen konnten und von den Soldaten in die Zelle getragen werden mußten. Im F-2 Trakt wurde Apocan Korkmaz ohnmächtig in die Zelle gebracht. Als er nach ungefähr einer

Stunde immer noch nicht zu sich gekommen war, wurde mit Slogans nach einem Arzt gerufen.

Die Schläge, die jeden Tag auf dem Programm standen, waren auch der Grund für eine Verwundung von Aksan Sahin. Am 23.9.85 weigerte sich dieser bei der Rückkehr vom Gericht, sich "zwecks Durchsuchung" in den After fassen zu lassen. Durch einen Faustschlag platzte seine Augenbraue und seine Auge schwoll an. Am gleichen Tag wurde Nuri Eryükselik mit dem Knüppel schwarz geschlagen. Sami Cınayin trug ebenfalls Schwellungen und Blutergüsse davon. Am gleichen Tag hörten wir aus deren Trakten Slogans wie "Schluß mit dem Folter" und "wir wollen einen Arzt".

Am 26.9.85 sahen wir eine interessante Meldung in den Zeitungen. In der Abgeordneten kammer wurde über Folter debattiert. Im Laufe der Debatte "gibt es Folter oder nicht?" sagte ein Abgeordneter der Volkspartei: "Wir dulden nicht, daß Menschen etwas in ihre Schamteile hineingesckt wird"... Der Ministerpräsident sagte unverfroren: "Es gibt keine Folter". Er sagt das ohne sich zu schämen, vor Millionen von Menschen. Am selben Tag - dem 26.9.85 - wurden Menschen spitternackt ausgezogen und ihr After mit dem Finger abgesucht.

### FUSSNOTE ZU METRIS

In dem Bericht, der von einer Gruppe Gefangener gemeinsam erstellt wurde, schildern diese ausführlich die Behandlung in den Istanbul Militärgefängnissen Metris, Sagmacilar und Selimiye und führen z.T. Namen der beteiligten Personen, Daten

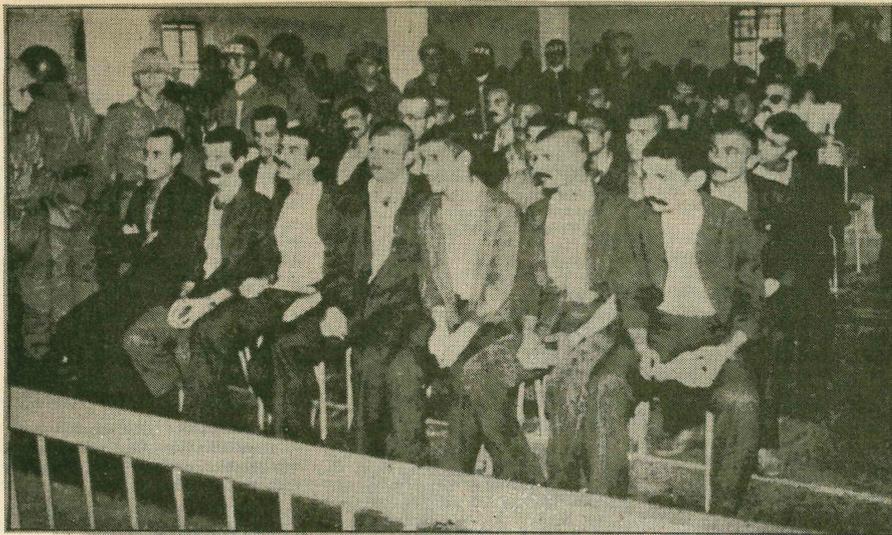
etc. auf. Da sich die beschriebenen Folterungen und Mißhandlungen in vielen Punkten mit dem Bericht aus Selimiye decken, haben wir hier nur drei kurze Auszüge zitiert.

DER VOLLSTÄNDIGE BERICHT IST ZU ERHALTEN ÜBER: INFORMATIONSBÜRO TÜRKIE RÜHMKORFFSTR. 7 3000 HANNOVER 1.



„PALASTINA HAKEN“

## 19 Todesurteile gegen Devrimci Yol-Angehörige in Adana



Am 18.6.1986 ging der Prozess gegen Devrimci Yol in Adana zu Ende. In diesem Prozess der seit über 5 Jahren andauert, waren 343 Devrimci Yol-Angehörige angeklagt. Das Militärgericht des Kriegsrechts Adana fällte 19 Todesurteile. Die Namen der zum Tode verurteilten Gefangenen sind: Cabbar Gülsen, Serdar Sarigül, Muhtar Sarikaya, Ali Elbi, Sait Kels, Mahmut Arslan, Erol Özcan, Adem Küçük, Ali Ucak, Veyis Sami Türkmen, Ziya Arıkan, Aydin Ates, Mustafa Dusak, Ali Rıza Solmaz, Yaser Hamis, Hakan Egri, Niyazi Ballı, Mehmet Ayyıldız und Süleyman Eryılmaz. Zu lebenslänglicher Haft verurteilt wurden; Ferit Cengelli, Hüseyin Celik, Mahmut Mustafa Ucal, Ahmet Kocakar, Zakir Beykam, Yücel Tas, Muhittin Coban, Ahmet Akgün, Mehmet Beyaztas, Hasan Sarikaya, Beyazıt Durmus, Bilal Yıldız, Ayhan Sümbül.

122 Gefangene bekamen Haftstrafen, zwischen 24- und 2 Jahren, 143 der Gefangenen wurden freigesprochen, 34 freigelassen. Vom 29. Januar 1986 an, befanden sich im Militärgefängnis von Adana 222 politische Gefangene in einem Hungerstreik. Die Forderungen dieses Hungerstreiks waren: Abschaffung der anhaltenden Folterungen, Abschaffung der Isolationshaft-bestrafungen, allgemeine Verbesserung der unmenschlichen Lebensbedingungen. Die am Hungerstreik beteiligten Gefangenen durften auf Anordnung der Gefängnisleitung keinen Besuch empfangen. Die Angehörigen der politischen Gefangenen haben an verschiedenen Stellen protestiert. Einige Parlamentarier erklärten sich schließlich bereit, eine Inspektionsreise in dieses Gefängnis zu unternehmen. Das Justizministerium verweigerte ihnen jedoch die Erlaubnis

zum Eintritt ins Gefängnis. Von diesem Tag an, kam es zu Protestversammlungen vor dem Militärgefängnis, an denen hunderte von Angehörigen der politischen Gefangenen beteiligt waren, die die weitere Entwicklung im Gefängnis verfolgten. Um auf den Hungerstreik aufmerksam zu machen und die Durchsetzung der Forderungen zu erreichen, hatten sie das SHP-Parteibüro in Adana besetzt. Der Hungerstreik ging am 22. Februar zu Ende.

Vor nicht einmal zwei Monaten kam es in diesem Verfahren zu einem weiteren Vorfall: Als nach dem Plädoyer der Militärstaatsanwaltschaft die "Verteidigung" begann, stand Adem Küçük - der nun zum Tode verurteilt wurde, auf und

protestierte im Namen aller Gefangenen gegen die Mißhandlungen durch die Gefängnisleitung. Er sagte wörtlich: "Uns wird die Verteidigung unmöglich gemacht. Die Aufzeichnungen, die wir zur Verteidigung gemacht hatten, wurden uns von der Gefängnisleitung abgenommen. Mehrere von uns wurden auf dem Wege zur dieser Verhandlung geschlagen und mißhandelt. Unter diesen Bedingungen ist eine Verteidigung unmöglich."

Während der Urteilsbegründung des

Militärgerichts am 18.6.1986 kam es im Gerichtssaal zu Vorfällen. Die politischen Gefangenen riefen Parolen, um die Urteilsverkündung zu protestieren. Die Angehörigen der politischen Gefangenen protestierten mit. Daraufhin wurden sie von Soldaten mit Schlagstöcken traktiert und aus dem Saal herausgedrängt.

Das faschistische Evren-Özal-Regime beendete hiermit einen Prozess, der ihnen wegen den Widerstandskaktionen der politischen Gefangenen immer wieder Kopfschmerzen bereitet hatte.



# KEINE AMNESTIE

Seit Jahren ist die Forderung nach Generalamnestie eines der wichtigsten Anliegen der demokratischen Opposition in der Türkei. Durch die Massenverhaftungen und Prozesse gegen zehntausende von Oppositionellen nach dem Militärputsch, getragen von dem Versuch der Junta eine ganze Generation politisch auszuschalten, ist die Frage der Amnestie eine Frage, die die ganze türkische Gesellschaft betrifft.

Zehntausende von Oppositionellen sind in den vergangenen 5 1/2 Jahren durch die Mühlen von Polizei, Folter und Gefängnis gegangen. Mittlerweile sind viele von ihnen nach vier, fünf oder sechs Jahren, frei gelassen worden. Neben den bleibenden physischen und psychischen Folgen werden sie auch durch andere Maßnahmen weiterhin bestraft. So werden ihnen Rechte, wie z.B. Zugang zu Arbeitsplätzen, Unis, Schulen verweigert. Auf viele von ihnen wartet nach der Haftentlassung die Verbannung. Damit betrifft die Forderung nach Generalamnestie ganz unmittelbar das Leben nicht nur der zehntausenden Gefangenen und Entlassenen, sondern auch das von Hunderttausenden ihrer Angehörigen.

Um diese Forderung abzuschlagen, wurde nun im März des Jahres ein neues "Strafvollzugsminderungs-gesetz" verabschiedet. Nach diesem Gesetz wird ein etwas größerer Teil der Strafe als bisher zur Bewährung ausgesetzt - bei entsprechendem Betrag versteht sich. Schon allein auf Grund des ausgeklügelten Systems an Disziplinarstrafen (die die Aussetzung zur Bewährung verhindern) werden die politischen Gefangenen kaum in den Genuß der "Strafaussetzung" kommen.

Entscheidend ist jedoch, daß die Strafen eben nicht amnestiert, sondern nur teilweise zur Bewährung ausgesetzt werden. Die Bewährung schwebt wie ein Damoklesschwert über den Entlassenen und gibt dem Staat Vorwand, sie umfassend zu überwachen.

Obwohl dieses Gesetz also de facto wirklich nichts mit einer Amnestie gemein hat, diente es zur Täuschung der türkischen und europäischen Öffentlichkeit. In der Entschlüsselung der parlamentarischen Versammlung des Europarates bezüglich der "hoffnungsvollen Entwicklung" der Türkei wird ausdrücklich auf dieses Gesetz verwiesen, das "einige Charakterzüge einer Amnestie" aufweise.

(Die "Vorgabe" für dieses Gesetz hatten die türkischen Sozialdemokraten gegeben. Nachdem diese im letzten Jahr die Frage einer "umfassenden Amnestie" als eines der gemeinsamen Projekte in der Vereinigung von HP und Sodep vorgestellt hatten und auf ihren jeweiligen Kundgebungen im Sommer letzten Jahres die Forderung nach Generalamnestie die meistgerufenen Parole war, wartete die SHP Anfang des Jahres mit einem Gesetzentwurf auf, der zwar in einigen Punkten weitergehend als das nun verabschiedete "Strafvollzugsminderungs-gesetz" war, aber von seinem Charakter ebenfalls eine Teilaussetzung zur Bewährung.

Eine Gruppe politischer Gefangener aus dem Gefängnis Gaziantep nehmen in einem Brief zu dem Nicht-Amnestie-Gesetz Stellung, den wir in Auszügen veröffentlichen:

## Unsere Ansichten und Kritiken zum Gesetz Nr. 3627 über die Strafminderung im Vollzug.

In der derzeitigen Situation unseres Landes, in der wir trotz einiger Milderungen immer noch eine umfassende und gnadenlose Phase durchmachen, die seinerzeit als "Ausnahmestand" definiert wurde, haben die Machthaber um die Erwartungen auch unserer Angehörigen durch politische Vorgaben zu verdrängen und diese berechnete Erwartung - sei's auch nur vorübergehend - zu dämpfen, jüngst auf die schnelle ein Gesetz über Strafminderung im Vollzug durchgeschleust und in Kraft gesetzt.

Vom ganz offenkundigen Schweigen der Oppositionsparteien einmal abgesehen, lassen sich manche Intellektuelle, Demokraten, manche ... auf ihrem Gebiet als Kapazitäten betrachtete Juristen und auch ein bestimmter Teil der einflussreichen Presse mit dieser oder jener positiven oder gar lobenden Reaktion auf das Gesetz vernehmen.

Nach einem politischen Kalkül, das uns sehr wohl bekannt ist, soll der wahre Kern der Reaktionen unsererseits auf das Gesetz, die wir seine unmittelbaren Adressaten sind, soll unsere Stimme wie stets und bei jeder Frage auch bei dieser mit einem Brosamen zum Schweigen gebracht werden.

Unseres Erachtens ist es in diesem Zusammenhang notwendig, vor der Darlegung unserer Ansichten zum Gesetz - wenn auch kurz - anzusprechen, warum eine Generalamnestie zwingend notwendig ist, denn sie bildet die Leitlinie für unsere Kritiken und Ansichten zu dem Gesetz und ist eine zu Recht gehegte grundlegende Erwartung in unserer Gesellschaft.

Warum ist es schon juristisch gesehen eine Generalamnestie zwingend notwendig?

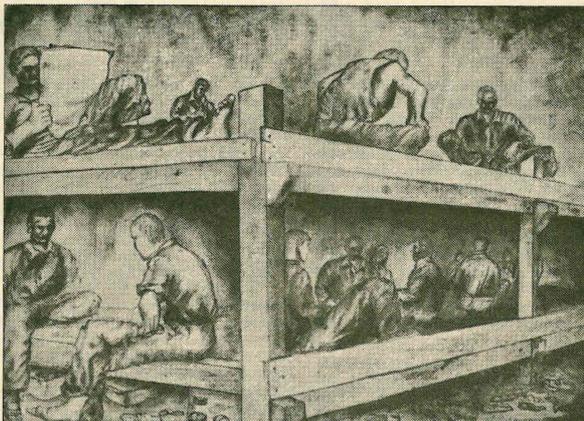
führen, in dem ganz allgemein die Strafen, besonders aber die Strafen aus politischen Prozessen, derart hart und zeitlich derart ausgedehnt sind. Die Dauer des "Gewahrsams", nach offiziellem Entscheid 30 Tage, in der Praxis meist 7-8 Monate, ist für viele Länder der Welt bereits Strafmaß im richterlichen Urteil. Bei einem Land, in dem allein der "Gewahrsam" schon derart hart und lang ist, braucht man von den Bedingungen und der zeitlichen Dauer der Untersuchungshaft oder der Straftat gar nicht erst zu reden.

Diese Situation ist so offensichtlich und allein deswegen ist eine Generalamnestie notwendig und zwingend erforderlich.

In einem Land, in dem die Menschen statt des "gesetzlichen Richters und Gerichtes" vor Sondergerichten, in denen so, gestützt auf völlig außerjuristische Wünsche und Vorgaben, "Strafen ohne Vergehen" produziert werden und das "Recht auf Verteidigung", das selbst nach den minimalen Maßstäben des Bürgerlichen Rechts als unantastbar gilt, unter Mißachtung sämtlicher Rechtsgrundsätze auf alle mögliche Art manipuliert und beseitigt wird, per Befehl und Order zu härtesten Strafen abgeurteilt werden und die Härte der Strafen noch unter dem Vorwand "Wir kämpfen gegen die Anarchie" so überschwinglich gelobt wird, wie man seinesgleichen vergeblich sucht, in einem solchen Land ist die Generalamnestie erforderlich und zwingend notwendig...

Wir versuchen in einem Land zu leben, in dem man die Menschen mit dem dunklen Schatten eines "heiklen" Begriffes einzuschüttern versucht von dem allein seine Urheber wissen, was er bedeuten soll, in dem sie ihrer Arbeit, ihrer Lebenskraft und ihrer Existenzgrundlage beraubt werden, verhaftet und verbrannt und endlich sogar unterdrückt und entbehrte werden, wie man seinesgleichen sucht und deshalb ist eine Generalamnestie erforderlich und zwingend notwendig.

Es läßt sich kein anderes Land anführen, in dem die Menschen mit



Bezeichnungen wie "Anarchisten", "Terroristen" oder "Vaterlandsverräter" - natürlich weisen wir diese Bezeichnungen mit Nachdruck auf schärfste zurück - in willkürlichen Operationen aufgegriffen werden, mit Hilfe der Medien vor der Öffentlichkeit an den Pranger gestellt werden, ohne nach Schuld oder Unschuld zu fragen, mit Foltermethoden verhört werden, auf Jahre hinaus und unter mindestens so schweren und harten Bedingungen wie in den Verhörstätten in den militärischen und zivilen Untersuchungsgefängnissen in Haft gehalten werden und sie dann aber, wenn sich für die Gerichte bei den Menschen, die da aufgrund von jahrelangen Prozessen diese ganzen Praktiken durchgemacht haben, trotz all dem am Ende ihre Unschuld herausstellt und sie auf Freispruch erkennen, gesagt bekommen, als sei das alles nichts gewesen: "Los du bist unschuldig, du kannst weg".

## Das ist ein strafwürdiges Vergehen...

Erst jüngst, zu Beginn des Jahres 86, wurden beim kriegsrechtlichen Militärgericht Erzincan, beim kriegsrechtlichen Militärgericht Diyarbakir und bei der Kammer für Staatssicherheitssachen in Kayseri 3 Prozesse beendet, die in der Öffentlichkeit starke Beachtung gefunden hatten. Bei diesen Verfahren, von denen die ersten beiden bekanntlich von 1980 bis heute gelaufen sind, wurden von den 59 vor dem Militärgericht Erzincan Angeklagten 44, von den 473 vor dem kriegsrechtlichen Militärgericht Diyarbakir Angeklagten 218 und von den 29 vor der SSK Kayseri Angeklagten 20 freigesprochen.

Besonders bei den vor dem kriegsrechtlichen Militärgericht Diyarbakir Angeklagten ist in Anbetracht des Aufsehenerregenden, was über ihre Lage an die Öffentlichkeit gedrungen ist, der Ausgang des Verfahrens im höchsten Maße tragisch. Den 218 Personen, die seit 6 Jahren in einer Strafanstalt wie der Militärstrafanstalt Diyarbakir, die durch ihre Praktiken im Bewußtsein der Öffentlichkeit bereits einen besonderen Platz eingenommen hat, ihr Leben nutzlos vergeudet haben, wurde, als wäre das alles nichts und unwirksam gewesen und ohne darüber Rechenschaft abzulegen, gesagt: "Ihr seid unschuldig" und "Ihr könnt Gott danken, daß ihr noch am Leben seid". So brutal einfach ist das. Das ist unmenschlich. Wenn vielleicht aus keinem anderem Grund, aber zumindest deshalb ist eine Generalamnestie erforderlich und zwingend notwendig.

## Was bringt das Gesetz über die Strafminderung im Vollzug?

Wir wollen nicht ungerecht sein. Man muß sich darüber im klaren sein, daß all unsere gegen das Gesetz gerichteten und noch zu richtenden Kritiken mit den Bemühungen, anstelle des Gesetzes die Frage der Generalamnestie aufzuwerfen, eine Einheit darstellen. Bestünde eine solche berechnete Erwartung nicht, ... hätten wir zu dem Gesetz mit Sicherheit nichts zu bemerken außer den Mängeln und Fehlern, die es insgesamt in gesetzestechnischer Hinsicht aufweist.

Das Gesetz ist weit von dem entfernt, was nötig wäre.

Die politischen und ideologischen Vorhaben der Herrschenden haben sich offensichtlich mit recht präzisen Kalkül bis in die kleinsten Einzelheiten des Gesetzes über die Strafminderung im Vollzug niedergeschlagen. Nahezu jeder, der allen propagandistischen Verlautbarungen wie "Beim Strafvollzug haben wir westliche Standards erreicht", "Von dem Gesetz ist jeder gleichermaßen begünstigt worden" oder "Wir haben den Verurteilten die Schlüssel der Strafanstalten übergeben" zum Trotz in der Lage ist, frei von jedweden Vorurteil, den Nebelschleier aufzureißen, der vor den wahren Charakter des Gesetzes gezogen wurde, wird erkennen, daß man jetzt, wo eine "Generalamnestie" erwartet wird, das Gesetz nicht nur durchgeschleust hat, um solch einem Wunsch irgendwie zuvorzukommen, sondern sich mit präzisen Kalkül besonders um einen Weg bemüht hat, um zu verhindern, daß auch politische Gefangene freikommen. ...

Sie haben die Frage sowohl ihren Vorgaben entsprechend erledigt, als auch das ihnen "europäischen Freunden" gegebene Versprechen eingehalten.

Trotz allem aufgeplusterten Schein, hat dieses Gesetz im Vergleich zur in den Strafvollzugsgesetzen Nr. 647 und Nr. 2148 (gemeint ist die bisherige Fassung) vorgesehenen Strafminderung eine zusätzliche Minderung von lediglich 4 Tagen pro Monat bzw. 48 Tagen pro Jahr gebracht. Gemessen an der Erwartung einer Generalamnestie und auch der Härte und langen Dauer der Strafen ist das ein lächerlicher Wert. Deshalb meinen wir, er ist das Produkt einer präzisen Berechnung. Warum haben die Gesetzgeber nicht eine so leicht verständliche Minderung wie mindestens 2/3 vorgesehen? (Anm. 1) Sie haben sich auf eine Minderung von 1/2 + 6 (Anm. 2) verlegt. Denn anderenfalls hätte der Wert vom geringfügiger Bestrafen bis zum härter Bestrafen, hätte der Wert vom geringfügiger Bestrafen bis zum härter Bestrafen, vom kürzlich Verurteilten bis zum vor längerer Zeit Verurteilten recht viele Häftlinge eingeschlossen und wenn auch mit den bewußten Einschränkungen - noch mehr Häftlinge in die Freiheit entlassen. Dabei ist gegenwärtig kein einziger der 1980 zu 15 und mehr Jahren Zuchthaus verurteilten Gefangenen freikommen. (Anm. 3) Gemessen an der Erwartung der Allgemeinheit ist das sehr augenfällig.

Ebenso wie das Gesetz nicht alle Strafgefangenen in gleicher Weise in den Genuß der 4 Tage zusätzlichen Minderung kommen läßt, hat es mit der Praxis des zwei- oder gar mehrfachen Splittings des Strafminderungssystems zugleich auch die bei den früheren Minderungssystemen (Nr. 647 und 2148) bereits bestehende Unzulänglichkeit und Unklarheit noch unüberschaubarer gemacht. Und zwar in der Weise, daß das Gesetz, während es auf die zu kürzerem oder längerem Freiheitsentzug Verurteilten die 1/2 + 6 - Formel anwen-

det, die lebenslänglichen Strafen abtrennt und für die von den lebenslänglichen Verurteilten abzuhaltende 24-jährige Haft eine Minderung von vier Jahren vorsieht, bei der unklar ist, wie sie durchgeführt wird und wonach sie sich richtet.

Welche Angst bestimmt so ein Verfahren? Wenn sie auf der Vorstellung basiert, die Lebenslänglichen seien "schlimmere Verbrecher" und dementsprechend auf dem Wunsch, sie auf keinen Fall freikommen zu lassen, dann ist diese Angst völlig unnötig und abwegig. Mehr noch: Man muß wissen, daß auch wenn heute auf die Lebenslänglichen ebenfalls die Minderungsformel von (1/2 + 6) angewendet würde, es unwahrscheinlich wäre daß auch nur ein einziger Häftling, der 1974 nach der Verurteilung ins Zuchthaus eingeliefert wurde und bereits 12 - 13 Jahre ununterbrochen im Zuchthaus einsitzt, freikäme.

Die Differenz in der Strafminderung für die lebenslänglich Verurteilten beträgt gerade 1 Jahr, 7 Monate und 15 Tage! ...

Eine besondere Seite dieses Gesetzes ist seine "Lösung" für Todesstrafen. Das Gesetz sieht vor, die im Parlament nicht bestätigten Todesstrafen auf 30 Jahre Haftstrafe festzusetzen. ... Zu betonen ist, daß diese Bedingung "im Parlament nicht bestätigte Todesstrafen" nicht neu ist und überhaupt keine Sicherung für die zum Tode Verurteilten bringt. (Es bleibt in der Hand der Regierenden.)

## Anmerkungen zum AMNESTIE - Artikel:

Anm. 1: Im Gegensatz zum Sprachgebrauch in der BRD, wird in der Türkei der Teil der Strafe genannt, deren Vollzug auszusetzen ist. Eine "2/3-Regelung" bedeutet also in der Türkei, daß 1/3 der Straf abgesehen wird und 2/3 zur Bewährung ausgesetzt werden. Auf Grund der enorm hohen Strafzumessung in der Türkei war die bisherige Regelung (vor dem neuen Gesetz) bereits die Aussetzung von rund 40 % der Strafe.

Anm. 2: Die Formel "1/2 + 6" bedeutet, daß von der ursprünglichen Strafe erst die Hälfte abgezogen wird und dann noch einmal 6 Tage pro Monat abgezogen werden. Beispiel: Bei einer Strafe von 10 Jahren werden erst die Hälfte abgezogen, bleiben 5 Jahre (= 60 Monate). Davon werden noch einmal 6 Tage pro Monat (6 x 60 = 360 Tage) abgezogen, macht 4Jahre und 5 Tage hat der Gefangene abzusitzen.

Anm. 3: Das von den Gefangenen genannte Beispiel von 15 Jahren entspricht etwa dem "mittleren" Strafmaß der Verurteilungen in den großen Massenprozessen.

Eine rechtzeitige Übersetzung und Abdruck des vollständigen Briefes war uns hier nicht möglich. Er kann aber von Interessierten beim

INFORMATIONSBÜRO TÜRKIE  
RÜHMKORFFSTRASSE 7  
3000 HANNOVER 1  
bestellt werden.

## IMPRESSUM:

## TÜRKIE - INFORMATION

V.i.S. D. P.: Saffet Soyulu  
c/o Kulturzentrum  
Karolinenstr. 1 a  
2000 Hamburg 6

Kontakt und Bestellung:  
R. Öncan  
Postfach 91 08 43  
3000 Hannover 91

Erscheinungsdatum: 2.7.86  
Preis: DM 2,50  
Druck: Eigendruck

# ANGEHÖRIGE DER GEFANGENEN BERICHTEN :

» Ich heiße Halil K. Zwei meiner Töchter und vor weniger Zeit auch mein Sohn waren inhaftiert. Alle meine Kinder haben ein abgeschlossenes Studium und sprechen mehrere Fremdsprachen.

Meine Tochter wurde im Militärgefängnis Metris gefoltert. Ich habe das in einem Telegramm sofort dem Ministerpräsidenten, dem Staatspräsidenten dem Parlamentsvorsitzenden, der Kommandatur sowie dem Generalstabsvorsitzenden mitgeteilt. Leider mußte ich erfahren, daß dieses Telegramm genau einen Monat später vom Ministerpräsidenten zwecks genauer Untersuchung und Eröffnung eines Verfahrens an den Generalstab weitergeleitet wurde. Sie forderten dann Beweise und ein Attest an. Das hatte den Vorteil, daß mir ein Attest ausgehändigt wurde. Das Attest und die Photokopie habe ich noch. Natürlich steht in dem Attest das Wort "Folter" nicht wörtlich, aber es wird von Prellungen und Blutergüssen gesprochen.

Die Folterungen hörten nicht auf. Für jedes meiner Schreiben wurde meine Tochter erneut gefoltert. Das ging 7 - 8 Mal so. Manche Leute mögen behaupten, es gäbe keine Folter in der Türkei. Ich bin der Vater einer Tochter, die die Folterungen in erster Person erlebt.

Ich will nicht sagen, daß ich auf gar keinen Fall an eine, wie auch immer geartete Schuld meiner Tochter glaube. Unsere Kinder denken an die Interessen der Gesellschaft, nicht an ihre eigenen. Sie setzen sich dafür ein, daß dem türkische Volk bessere Lebens- und Ausbildungsbedingungen, ein besseres Leben und die Freiheit, ihre Gedanken zu äußern, gewährt werden. Deshalb trifft sie keinerlei Schuld. Diese Forderungen mögen jedem kultivierten Menschen, der sein Land liebt, der die Menschen liebt, ganz normal vorkommen. Unsere Kinder sitzen dafür im Gefängnis und werden gefoltert. Das akzeptiere ich auf gar keinen Fall. Deshalb werde ich meine Tochter auf jede mögliche Weise unterstützen.

\*\* Ich heiße Recep T.. 1979 nahm ich in Istanbul als unabhängiger Kandidat an Nachwahlen zum Senat teil. In unserem Land gibt es heute nach bürgerlichem Verständnis keine Demokratie... In unserem Land gibt es auch weiterhin in den Gefängnissen und auf den Polizeiwachen Folter und jede Art von systematisch angewendetem Druck. Ich selber war ein Jahr im Gefängnis. 21 Tage bin ich auf dem Polizeipräsidium gefoltert worden. Ein ... Doktor hat mich untersucht aber er hat mir kein Attest ausgestellt. Aus Angst, sagt er. Ich kannte die Leute, die mich gefoltert hatten und habe dies bezüglich vor Gericht eine Aussage gemacht. Aber das hatte keine Konsequenzen.

Mein Sohn ist heute noch im Gefängnis. Außerdem werden in unserem Land momentan genausoviel Gefängnisse wie Schulen gebaut. Ein großer Teil unserer Steuern wird dazu verwendet Gefängnisse oder besser Folteranstalten zu bauen. 500.000 Lehrer können sich nicht organisieren. Kurz, unser Land wird vom Terror beherrscht, so daß auch diejenigen Intellektuellen, die all das laut sagen, in den Gefängnissen landen.

\*\* Terzuman S. mein Sohn wurde im November 1981 festgenommen, er hat dann ein Attest über Folterungen erhalten. Zusammen mit ihm wurde auch meine 14-jährige Tochter festgenommen und 31 Tage bei der Polizei festgehalten. Meinen Mann haben sie auch für 9 Tage geholt. Sie sagten er wiege in Metris zum Hungerstreik auf. Mein ältester Sohn war auch schon im Gefängnis. In unserer Familie sind nur noch meine kleine 4-jährige Tochter und ich übrig. Mein Sohn hat zwei Atteste, eines vom März und eines vom Mai 82. Heute habe ich einen Brief von ihm bekommen. Jetzt, nach vier Jahren schreibt er "wenn sie mich heute zu einem Doktor bringen würden, dann würde der noch alle Narben sehen."

Hier gibt es keine Demokratie. Was die da nach Europa von Demokratie erzählen, das glauben wir nicht. Die Leute sollten sich nicht einschläfern lassen.

\*\* Mein Sohn ist seit vier Jahren im Gefängnis. Ein Jahr konnten wir uns nicht sehen. Seit 2,5 Jahren ist er nun in der Einzelzelle und sieht keinen Menschen. Schuhe hat er auch nicht, nur ein paar Gummilatschen. Unsere Kinder haben alle Pilze an den Füßen. Seit 2,5 Jahren ist mein Kind völlig isoliert, 2,5 Jahre habe ich sein Gesicht nicht gesehen. Jetzt, seit dem 15.11. haben sie die Erlaubnis zum Hofgang bekommen. Das gab es bis jetzt auch nicht. Alle zwei Wochen dürfen sie 15 Minuten mit ihrem Anwalt sprechen. Unsere Kinder leben nicht mehr wie Menschen. Jeden Tag werden sie getötet. Nicht auf einmal, mit einem Schlag, jeden Tag ein bißchen.

\*\* Sükrüye N., Mein Sohn ist seit dem 12.1.1980 im Gefängnis. Er wurde zum Tode verurteilt. ... aber zum Schluß wurde das Urteil in Lebenslänglich umgewandelt. Zur Zeit sitzt er in Sagmacilar 2 in Einzelhaft. Mein Sohn müßte auf jeden Fall freigelassen werden. Meine Tochter wurde auch aufs Präsidium geholt und für 21 Tage gefoltert. Sie war schwanger und hatte deshalb eine Fehlgeburt. Meine Tochter wurde dann freigelassen aber ihr Prozess ging weiter und zum Schluß hat sie vier Jahre bekommen. Wir wissen noch nicht, ob sie die absitzen muß oder nicht. Sie hat noch eine 7-jährige Tochter. Außerdem war sie Beamtin und ist entlassen worden. Auf diese Weise machen sie uns auch als Familien fertig. Materiell und geistig. Wir Haben keine Mittel mehr und keine Kraft mehr. Wir wollen Generalamnestie. Wir hoffen auf die Unterstützung der internationalen Menschenrechtskommissionen.

■ S. ....1979 wurde mein Sohn verhaftet. Er war damals 15 Jahre alt. 28 Tage lang ist er auf dem 1. Revier auf brutale Weise gefoltert worden. 15 Jahre alt. Er ging in die 7. Klasse. Nach 28 Tagen hatte er an den Hüften Wunden von Messerstichen, die hat er vor uns versteckt. 3 Monate bekamen wir keine Wäsche von ihm, dann haben wir es erfahren... Seit 1979 ist er im Gefängnis. Seit 2 Jahren können wir uns nicht einmal sehen. Er sieht keinen, redet mit keinem Menschen, er hat nur seine Bücher, wenn er Bücher bekommt. Ich schicke ihm welche, aber wer weiß? Von Sagmacilar ist er dann

## AN DIE TÜRKISCHE UND DIE AUSLÄNDISCHE PRESSE

Wir, die Familien der Inhaftierten und Gefangenen, die ihre Strafen in den Gefängnissen von Istanbul, Ankara, Gaziantep, Canakale und Amasya verbüßen, sehen es als unsere Pflicht an, den Behörden und der Öffentlichkeit den Hungerstreik bekanntzumachen, der am 12. Mai 1986 im Staatsgefängnis von Amasya begann. Voll Haß verurteilen wir die Unterdrückung und die inhumanen Bedingungen in diesen Gefängnissen.

In Amasya begannen 6 zum Tode verurteilte Gefangene, nämlich Mehmet Tekbas, Ahmet Fazil, Ercüment Özdemir, Ahmet Kinali, Emrullah Gemic, und Mahmut Aktas, sowie Remzi Küçükertan und Baki Altun, der aus Amasya ins Istanbuler Gefängnis nach Metris verlegt wurde, am 12. Mai einen unbefristeten Hungerstreik, um gegen das Fehlen der meisten elementarsten Menschenrechte in diesem Gefängnis zu protestieren.

Die Gefängnisverwaltung hält diese Gefangenen in Einzelzellen und enthält ihnen das Recht vor, wenigstens einmal am Tag frische Luft zu atmen. Die einzige Bewegungsmöglichkeit der Gefangenen ist der einstündige Gang, der ihnen auf einem dunklen Korridor gewährt wird.

Die Tatsache, daß jemand zum Tode verurteilt worden ist, erfordert nicht das Versagen von frischer Luft. Was immer das gefällt Urteil sei, Handlungen und Vorschriften, die die Gesundheit dieser Personen gefährden, sind gesetzlich verboten.

Die sechs Hungerstreikenden im Staatsgefängnis Amasya fordern das Recht auf frische Luft und die gleiche Behandlung wie die anderen Gefangenen.

Die Verwaltung hat auch verboten, daß Bücher und Zeitschriften in das Gefängnis hineinkommen. Es gibt keine gesetzliche Grundlage für diese Maßnahme. Die Streikenden fordern auch, daß Bücher und Zeitschriften im Gefängnis frei gelesen werden können.

In allen Gefängnissen dieses Landes verletzen die Gefängnisverwaltungen die wesentlichen Menschenrechte der Inhaftierten und Gefangenen, unserer Kinder, Brüder, Schwestern, Ehemänner und Ehefrauen. Wir verurteilen diese Haltung, menschliches Leben geringzuschätzen und bekräftigen unseren Beschluß, unsere Stimme im Namen der Menschenrechte zu erheben.

Die Streikenden haben ihren wertvollsten Besitz, ihr Leben, aufs Spiel gesetzt, um ihre elementarsten Rechte zu erlangen. Wir fordern die Öffentlichkeit auf, über die Lebensbedingungen in diesen Gefängnissen nachzudenken, die Menschen dazu bringt, ihr Recht auf Leben aufs Spiel zu setzen.

Wir erklären den Behörden der türkischen Republik, daß wir um das Leben und das Wohlergehen der Streikenden fürchten und fordern die Verwaltung auf, die Haftbedingungen schnellstens zu ändern und dabei daran zu denken, daß der mögliche Verlust von sieben Menschenleben weiteren Zorn und Leid schaffen wird.

nach Metris gebracht worden. Von dort habe ich noch keine Nachricht. Sie sollen die Wäsche abgenommen haben. Ein Jahr nach seiner Verhaftung haben sie mich und seinen Vater abgeholt. Mir haben sie nichts getan, aber mein Mann wurde mit Elektroschocks gefoltert. Sie fragten nach den Freunden meines Sohnes, aber sie haben kein Wort von uns erfahren. Was soll aus uns werden? Es dauert jetzt 6 Jahre, wir sind in jeder Hinsicht erledigt. Wie lange wird er noch drinleben? Seine Verhandlung läuft immer noch.

Ich wurde 1980 von zu Hause abgeholt. Ich war 17 Tage auf dem Polizeipräsidium und wurde unter anderem mit Elektroschocks gefoltert. Dann wurde ich, weil meine Situation sehr kritisch war, zum Doktor gebracht. Der meinte nur "dir fehlt nichts" und schickte mich wieder zurück. In Metris war die Folter dann noch schlimmer. Sie benutzten Stöcke und uns wurde auf die verschiedenste Art Druck gemacht. Die angewandten Foltermethoden waren ein grundsätzlicher Angriff auf unsere Menschenwürde.



## 1014 MENSCHEN WURDEN SEIT DEM 12. SEPTEMBER GETÖTET

Nach einer offiziellen Erklärung der Obersten Armeekommandatur kamen bei den "Vorfällen" (so lautet im türkischen die offizielle Bezeichnung für Schießereien mit bzw. Erschießungen durch "Sicherheitskräfte"), zwischen dem 12. September 1980 und 1. März 1986, 1014 Menschen wurden schwerverletzt. Ein Großteil der Ermordeten sind, Fortschrittliche und Revolutionäre. Diese Erklärung umfaßt aber nicht alle Todesfälle. Die Todesfälle durch Folterungen auf der Wache oder im Gefängnis sowie verdeckte Todesfälle, (wie z.B. der von Siddik Bilgin) bezieht diese Erklärung nicht ein. Diese Erklärung der Obersten Armeekommandatur erfährt nur die Todesfälle, die sich während der Zusammenstöße mit der Armee ereignet haben. In 5 einhalb Jahren sollen sich 8183 "Zwischenfälle" ereignet haben. Wie es in der selben Erklärung auch heißt, sollen vor den Gerichten des Kriegrechts bisher 76.0316 Personen verurteilt worden sein.

## JUSTIZMINISTER GIBT ZU:

Auf eine Anfrage des SHP-Abgeordneten Ibrahim Tasdemir im Parlament, mußte der Justizminister Necat Eldem den Tod von 33 politischen Gefangenen in dem zivilen und militärischen Gefängnis von Diyarbakir bestätigen. Diese Todesfälle haben sich zwischen dem 21. März 81 und dem 18. Mai 84 ereignet. Mustafa Ayata, ein Gefangener der im Hauptverfahren gegen die PKKler in Diyarbakir bereits zum Tode wurde, hatte die Liste mit den Todesfällen dem Militärgericht überreicht.

Der Justizminister nennt in seiner Erklärung als Todesursache: "13 wegen Erkrankung, 7 im Hungerstreik, 5 durch Selbstmord, 4 durch eigene Verbrennung, einer durch Herzinfarkt, einer durch elektrischen Schock, einer durch Medikamentenvergiftung".

Die Verlogenheit der Erklärung des Justizministers ist sehr offensichtlich: So soll nach dieser, unter anderem Mazlum Dogan Selbstmord verübt haben. (Die offensichtliche Ermordung des ZK - Mitglieds der PKK und mehrerer Mitgefangenen im Frühjahr 82 hatte derzeit starke Proteste in der internationalen Öffentlichkeit hervorgerufen). Des weiteren sollen nach der Erklärung 11 Gefangene eines "natürlichen" Todes gestorben sein. Fünf Tage später enthüllt die Tageszeitung "Cumhuriyet" (14.2.86) einen dieser "normalen" Todesfälle: Ali Saribal, der im Bericht des Staatsanwalts unter "Tod durch Ableben" aufgeführt wurde, war 1982 im Militärgefängnis Diyarbakir zu Tode geprügelt worden. Auf Grund seiner Ermordung war im August sogar gegen 7 Gefängnisangestellte ein Strafverfahren eröffnet und sie im Januar 84 verurteilt worden. Dr. Nusret Fisek, der Vorsitzender der türkischen Ärztevereinigung erklärte, "in der Medizin gibt es nicht so etwas wie 'normaler Tod'... diese Todesfälle müssen als nicht angeklärt angesehen werden."

Tatsächlich wurden diese 33 politischen Gefangenen sowie noch andere, deren Verbleib nicht bekannt ist, im faschistischen Militärkerker Diyarbakir umgebracht.

## FREILASSUNGEN IM ISTANBUL DEVRIMCI YOL PROZESS

Einer der Prozesse, in dem die Staatsanwaltschaft der Junta für eine große Zahl von Revolutionären die Todesstrafe gefordert hatte, ist der Prozess gegen Devrimci Yol in Istanbul. In den Verhandlungen im März und April wurden nun überraschend die Anträge auf Haftentlassung für alle Angeklagten positiv entschieden! In diesem Verfahren, das mit 500 Angeklagten eines der großen Massenprozesse ist, wird in kürze mit der Urteilsverkündung gerechnet. Der Prozess gegen Devrimci Yol - Angehörige, die bei den operationen von 1983 den faschistischen Kräften, in die Hände fielen, geht also weiter. Die Angehörigen von Devrimci Yol befinden sich in diesem Prozess in Istanbul immer noch im Haft.

# Isolationshaft

Der Justizminister der Marionettenregierung Özal erklärte wörtlich: "Die Isolationshaft ist eine Disziplinarstrafe und dauert nicht länger als 15 Tage. Außerdem glaube ich nicht daran, daß es in der Türkei Gefangene in Isolationzellen gibt."

Auf diese unverschämte Lüge des Justizministers antwortete der Anwalt Ibrahim Tezan wie folgt: "Von meinen Mandanten sind die Devrimci Yol-Gefangenen Oguzhan Müftüoğlu, Ali Baspınar, M. Ali Yılmaz, Ali Alfatlı, Seyif Kokacusak, Nasuh Mitap, und Cahit Akcam seit 5 oder 6 Jahren in der Isolutionsabteilung des Militärgefängnis Mamak eingekerkert."

Er fügte hinzu, daß er mehrere Anträge auf Aufhebung der Isolationshaft für diese Gefangenen gestellt habe, die mit der Antwort "Das sind keine Zellen, das ist Isolation" abgelehnt wurden.

Die Isolationsstrafe zielt auf die Vernichtung der Persönlichkeit. Durch diese unmenschliche Art der "Bestrafung" soll der Mensch die Achtung vor sich selbst verlieren.

Viele der leitenden Genossen von Devrimci Yol, die im zentralen Prozess gegen diese Bewegung angeklagt

sind, sind seit mehreren Jahren in Isolationshaft.

Die Zeitschrift Nokta veröffentlichte ein Interview mit einem Angehörigen von Devrimci Yol, der vor kurzem aus der Haft entlassen wurde und selbst 8 Monate seiner Haft in der Isolationzelle verbrachte. Wir veröffentlichen Auszüge:

Cemal Balci ist 26 Jahre alt. Er ist im zentralen Devrimci Yol Verfahren in Ankara angeklagt und war vom Februar 1981 bis zum April 1986 im Militärgefängnis Mamak inhaftiert.

Nokta: Wie fing der Tag in der Isolationzelle an?

Balci: Um 6.00 Uhr früh wurden wir durch eine Klingel aufgeweckt.

Bis 9.30 Uhr mußten wir uns waschen und die Zelle reinigen. Das Frühstück bestand aus Suppe oder Tee mit einem Käsestück was etwa so groß wie ein Drittel einer Streichholzschachtel war. Die Soldaten kamen angelaufen. Die Zählung wurde durchgeführt. Danach mußten wir die Nationalhymne singen. Währenddessen griffen sie uns physisch an, weil angeblich einer in die Augen eines Soldaten geguckt hätte oder nicht laut genug gesungen wurde.

Wie sieht die Isolation aus?

Ein "Raum".

Zwei Meter lang, zwei Meter breit. Eine Toilette ohne Tür. Durch die Eisentür ist es für den Wärter möglich, den Gefangenen bei Benutzung der Toilette zu beobachten. Zwischen der Schlafkoje (Holzbett) und der Wand können zwei Menschen nebeneinander stehen. Sehr eng. Die entlassenen Gefangenen beschreiben die Isolationshaft: "Das Sprechen, Lachen, unerlaubte Lesen von Zeitungen und Briefen, der Gang auf die Toilette sind verboten. Das längere Schlafen wurde nach dem 12. September als gegen die "Ordnung" eingestuft. Sich während des Schlafens umdrehen, das Gesicht zudecken ist verboten."

N.: Wie habt Ihr die Zeit verbracht?

B.: Wir waren ständig darüber besorgt daß wir hinter der Entwicklung draußen zurückbleiben könnten. Alle Details der Zeitungen hatten für uns große Bedeutung.

N.: Lesen, schreiben und ...sprechen?

B.: Der Mensch fängt an, seine Sprachfähigkeit zu verlieren oder viele Wörter der täglichen Sprache zu vergessen weil ja das Sprechen in der Isolationshaft verboten ist, auch während der Verhandlungen. Hinzuzufügen sind noch die Repressalien der Gefängnisleitung und die ständige Anwesenheit eines Menschen, mit dem zu jeder Zeit ein Streit ausbrechen kann.\* Es ist nicht leicht, 24 Stunden pro Tag mit einem Menschen zusam-

menzusein, dessen Weltanschauung, Wertvorstellungen etc. genau diametral entgegengesetzt sind.

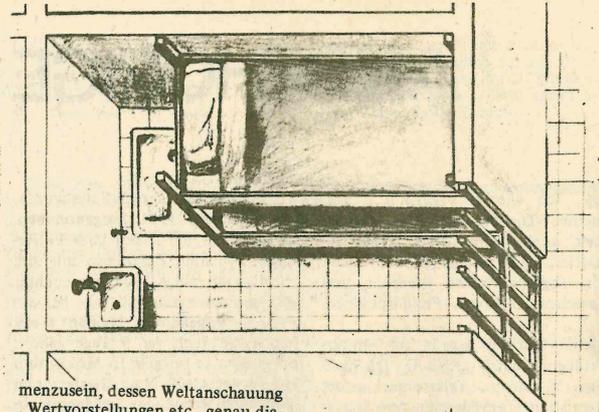
N.: Wann machtet ihr Hofgang?

B.: Um 12.00 Uhr gab es Mittagessen um 18.00 Uhr Abendessen. Es gab vier Jahre lang schlechtes Essen. Nach dem Hungerstreik von 1984 hat sich das Essen ein bißchen verbessert. Die Portionen waren jeweils etwa drei Löffel voll. Der Hofgang fand morgens oder nachmittags statt. Er dauerte 5 oder 10 Minuten. Während der Isolationshaft betrug der gesamte Hofgang pro Monat genau zwei Stunden. Während des Hofgangs mußten wir auch 'Gymnastik' machen. Dies konnte jeder Zeit in Polter ausarten. Diejenigen, die diese 'Gymnastik' nicht bis zu Ende aushalten konnten, wurden mit Knüppeln geschlagen.

N.: Was freut einen Gefangenen unter diesen Bedingungen am meisten?

B.: Ein Wort in einem Brief, eine Nachricht in einer Zeitung, das Lächeln eines Genossen während der Verhandlung ...

\* Anmerkung: Es gehört zu den 'Feinheiten' der Isolationshaft, daß jeweils ein Linker mit einem Faschisten zusammengelegt wird. Dies führt des öfteren zu Auseinandersetzungen. So z.B. ereignete sich vor etwa 20 Tagen ein solcher Streit. Melih Pekdemir, einer der Hauptangeklagten im zentralen Devrimci Yol-Verfahren, wurde in seiner Zelle von dem Faschisten angegriffen, mit dem er zusammen in einer Zelle sitzt. Dabei wurde Melih ein Arm und ein Finger gebrochen.



# Zur Situation des Asylrechts

Die Zahl der Asylbewerber in Hamburg ist in den vergangenen vier Jahren um etwa 4000 gesunken. Dieses drastische Absinken der Asylbewerber hat jedoch nichts damit zu tun, daß die Zahl der politisch Verfolgten in der Welt abgenommen hat. Im Gegenteil: heute gibt es mehr denn je politisch Verfolgte. Während auf der einen Seite immer mehr Menschen politischer Verfolgung durch diktatorische Regime ausgesetzt sind, wird hierzulande das Asylrecht immer weiter eingeschränkt. Die in Hamburg praktizierte Asylpolitik unterscheidet sich überhaupt nicht von der Asylpolitik der Bundesregierung in Bonn.

## DIE GESCHICHTE DES ASYLRECHTS

Nach dem zweiten Weltkrieg bestand bei allen politischen Kräften eine Übereinstimmung darüber, daß eine Verankerung des Rechts auf Asyl im Grundgesetz notwendig sei. Diese Übereinstimmung kam durch die Erfahrungen unter dem Naziregime zustande. Nach der Machtergreifung der Nazis hatten viele Verfolgte Schwierigkeiten ein Aufnahmeland zu finden. Seit der Aufnahme des Asylrechts ins Grundgesetz, hat die Praxis des Asylverfahrens eine Reihe von Veränderungen erlebt, die auf eine Aushöhlung des Artikel 16 GG hinausliefen.

## DIE PRAXIS DES ASYLVERFAHRENS

Bereits vor dem Inkrafttreten des neuen Asylverfahrensgesetzes im Januar 1984 hatte die Bundesregierung folgende Verschärfungen eingeführt, um auch politisch Verfolgten eine Flucht in die BRD praktisch unmöglich zu machen.

Asylsuchende müssen vor ihrer Einreise in die BRD bei der jeweiligen deutschen Botschaft ein Visum beantragen. Dabei muß der Antragsteller eine Erklärung unterschreiben, wonach er in der BRD nicht um Asyl nachsuchen wird. Ferner sind die Flugesellschaften verpflichtet, Passagiere ohne Visum, die sie in die BRD eingeflogen haben, auf eigene Kosten wieder in ihr Heimatland zurückzuführen. Die Flugesellschaften verkaufen im Ausland keine Flugkarten an Leute, die keinen Visum für die BRD besitzen.

Auch wenn es einen politisch Verfolgten trotz all dieser Hindernisse gelungen ist, in die BRD einzureisen, bedeutet es für ihn noch lange nicht, daß er in den Genuß des deutschen Asylrechts kommt. Denn nach dem ein politisch Verfolgter bei der Ausländerbehörde einen Asylantrag gestellt hat, entscheidet die Ausländerbehörde darüber, ob der Asylantrag "weiterleitenswert" ist oder nicht. Es hängt also von der Entscheidung der Ausländerbehörde ab, ob der Antrag des Asylbewerbers an das Bundesamt für die Anerkennung politischer Flüchtlinge weitergeleitet wird. Wenn der Asylantrag als nicht "weiterleitenswert" bewertet wird, so kann der Asylbewerber bereits im Vorfeld der Antragsprüfung abgeschoben werden. Seit Dezember 1981 gibt es in Hamburg eine Außenstelle des Bundesamtes für die Anerkennung politischer Flüchtlinge, wo ein Beamter über die Berechtigung von Asylanträgen entscheidet. Der Beamte prüft durch eine Anhörung den "Wahrheitsgehalt" des Antrags. Bei der Anhörung ist eine Dolmetscherin anwesend, der aber nicht unabhängig ist, sondern oft in Verbindung mit dem Konsulat des Landes steht, aus dem der politisch Verfolgte geflüchtet ist. Es kommt deshalb oft zu absichtlichen "Übersetzungsfehlern", die sich zu ungunsten des Asylbewerbers auswirken. Wenn der Beamte des Bundesamtes den Antrag als "offensichtlich unbegründet" ablehnt, muß der Antragsteller mit der Abschiebung rechnen. Das Gesetz enthält keinerlei Kriterien, die beschreiben, wann ein Antrag als "offensichtlich unbegründet" abzulehnen ist. So werden die meisten Anträge als "offensichtlich unbegründet" abgelehnt. Da Asylbewerber oft ihren Wohnsitz wechseln müssen, bekommen sie die per Post verschickten Ablehnungsbescheide, wichtige Termine (z.B. Vorladungen beim Gericht oder bei der Ausländerbehörde) meist zu spät oder überhaupt nicht. Dadurch versäumen sie die Fristen und Termine.

## MASSNAHMEN ZUR ABSCHRECKUNG VON ASYLBEWERBERN

In letzter Zeit wurden eine Reihe von Maßnahmen getroffen, durch die Asylbewerber davon abgehalten werden sollen, einen Asylantrag zu stellen. Zu diesen Maßnahmen zählen:

- die Unterbringung von Asylbewerbern in Gefängnisähnlichen Sammelagern und Wohnheimen. Die Lager



befinden sich oft in katastrophalen Zustand: nicht ausreichende sanitäre Anlagen, zerfallene Treppenhäuser, feuchte Wände u.s.w.

- das zweijährige Arbeitsverbot (bei Flüchtlingen aus Ostblockländern nur 1-jährig). Dadurch werden Asylbewerber zwangsweise zu Sozialhilfeempfängern gemacht oder werden als Zwangsarbeiter für "Gemeinnützliche Arbeit" untertäniglich bezahlt.

- die Kürzung der Sozialhilfesätze, die von den Sozialämtern u.a. damit begründet wird, daß Asylbewerber (z.B. aus der Türkei) einen geringen Bedarf an Nahrungsmitteln hätten als andere Menschen. Auch die Verweigerung von Fahrgeld für die Benutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln ist eine weit verbreitete Maßnahme, die damit begründet wird, daß Asylanten in ihrem Heimatland auch keine öffentlichen Verkehrsmittel benutzt hätten und hier ebenfalls zu Fuß gehen könnten. (Als Beispiel sei hier nur Aachen genannt).

- die Medizinische Versorgung erfolgt nur in "dringenden" Fällen, wobei es keine Kriterien dafür gibt, was nun

als "dringend" gilt, vor allem Zahnmedizinische Behandlungen werden nur äußerst widerwillig durchgeführt.

- in vielen Städten erhalten Asylbewerber als Sozialhilfeempfänger neben einem Taschengeld alle weiteren Leistungen (Lebensmittel, Kleider etc.) in Form von Wertgutscheinen, die nur für bestimmte Vertragsfirmen gültig sind. In Hamburg gibt es nur für Kleidung Wertgutscheine.

## ZWANGSUMVERTEILUNG VON ASYLBEWERBERN

Die Zwangsumverteilung dient ebenfalls der Abschreckung, weil durch sie die sozialen, verwandtschaftlichen u.a. Bindungen der Asylanten zerstört werden. Der Asylant wird von seiner Umgebung isoliert. Er verliert den Kontakt zu seinem Anwalt. Oft kommt es in den Wohnheimen zu Auseinandersetzungen zwischen Asylanten mit unterschiedlichen

religiösen oder politischen Anschauungen. Obwohl diese Probleme den Behörden bekannt sind, ist bis jetzt kaum etwas dagegen unternom-

men worden.

Trotz der restriktiven Anwendung des bestehenden Asylrechts, will die Bundesregierung den Artikel 16 GG revidieren. Es ist absehbar, daß eine Änderung des Artikels 16 GG, die ohnehin schon menschenunwürdige Behandlung von Asylbewerbern weiter verschlechtert und die Möglichkeiten für politische Flüchtlinge in der BRD Asyl zu finden, unmöglich macht.

## WEITERE VERSCHÄRFUNG BESCHLOSSEN

Zwei Tage vor der Sommerpause des Bundestages haben sich am 26. Juni CDU/CSU und FDP in einem Koalitionsgespräch auf eine erneute Verschärfung des Asylverfahrensgesetzes geeinigt, die vermutlich noch in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden soll. Der Entwurf umfaßt u.a. folgende Regelungen:

- Ein politisches Engagment in der Bundesrepublik. (nach der Flucht) das sich gegen den Verfolgerstaat richtet ("Nachfluchtgründe") wird als Asylgrund künftig gestrichen.

- Das bedeutet in der Praxis nichts anderes, als ein Verbot der politischen Betätigung für Asylbewerber, für die gesamte Dauer ihres Asylverfahrens. Andernfalls müßten sie befürchten, im Falle einer Ablehnung des Asylgesuches und Abschiebung in ihr Heimatland dort zusätzlich für diese politische Betätigung verfolgt zu werden.

- Das bisher zweijährige Arbeitsverbot für Asylsuchende soll in Zukunft auf maximal fünf Jahre ausgedehnt werden, wenn es bis dahin noch keine rechtskräftige Anerkennung erfolgt ist.

- Die Flucht aus einem Bürgerkriegsgebiet wird nun ebenfalls per Gesetz als Nicht-Asylgrund definiert. In der Vergangenheit war die sehr unterschiedliche Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte und OVGs wie auch ein Grundurteil des BVG in diesem Punkt recht umstritten.

In der Konsequenz könnte dies z.B. für Kurden, Palästinaer verherende Konsequenzen haben.

# ÖZAL'S WIRTSCHAFTSWUNDER

In der Türkei des Jahres 1986 gibt es eigentlich nichts, was es auf dem Markt nicht gibt. Die Einkaufsschlangen von vor 1980, besonders in der Ecevit Zeit verbreitet, sind nirgends mehr anzutreffen. Der Markt ist für ausländische Produkte offen, der Handel ungehindert, der Import freigegeben. Es mutet da seltsam an, daß Turgut Özal, als Ministerpräsident eines Landes, auf dessen Märkten alles zu haben ist, von jeder Auslandsreise mit tonnenschwerem Gepäck nach Hause kommt. Wie soll das mit Überleben beschäftigte Volk auch verstehen, daß es die herausragenden Qualitätsunterschiede sind, die Turgut Özal, der sie schließlich aus eigener Anschauung kennt, immer noch zwingen, im Ausland einzukaufen?

Man sollte das freilich Turgut Özal, dem Mann, der aus den wirtschaftlichen Zuständen von 1980 die des Jahres 1986 gemacht hat, nicht neiden. Wie sagte doch sein Busenfreund und Berater Adnan Kahveci bei der Rückkehr von der letzten Englandreise (Feb.86): "Wer die Lage von 1981 nicht kennt, als wir nach London kamen, um eine Stundung unserer Schulden zu erreichen, kann nicht verstehen, wie gut wir heute dastehen. Damals wurden wir, mal abgesehen von der Schwierigkeit, irgendwo überhaupt einen Termin zu bekommen, geradezu hin und her geschubst. Es war zum Heulen. Und sehen Sie dagegen jetzt..."  
Sehen wir mal, werter Herr Kahveci, sehen wir uns mal die Lohn- und Einkommensentwicklung an:

## Realtageslohnindex

1976	100
1980	60,5
1985	46,3

Wenn man sich dazu noch die ständig steigende Zahl der Arbeitslosen, die Lage der Angestellten, Beamten und Bauern vor Augen hält, was bedeutet es dann für eine Bevölkerung, deren Einkommen nicht zur Deckung der allernötigsten Bedürfnisse ausreicht, daß auf dem Markt jeder nur erdenkliche Luxus frei erhältlich ist?

Das Volk, das seit 6 Jahren in der Erwartung eines ökonomischen Wunders den Gürtel enger schnallt, hört in den offiziellen Erklärungen in erster Linie von Exportsteigerungen. Hier eine Tabelle der unbestreitbar beeindruckenden Ergebnisse, wenn man nur auf die Zahlen sieht und nicht weiß, daß der größte Teil des Exportanstiegs auf die arabischen Länder entfällt. Es ist fraglich, wie stabil diese Entwicklung langfristig sein kann, denkt man an die möglichen Folgen eines Endes des Krieges zwischen Iran und Irak und die fallenden Ölpreise.

## Export

### Jahr/Umf.in.Mill.Dollar/Steigerungsr.

1979	2,261	
1980	2,910	29%
1981	4,703	62%
1982	5,746	17%
1983	5,724	
1984	7,143	25%
1985	7,949	10%

Es fragt sich nur: Um welchen Preis wurde das erreicht? Welche strukturellen Veränderungen der Ökonomie wurden erzielt und wozu sind sie nütze? Wie wurde durch diese Entwicklung die Einkommensverteilung beeinflusst? Das sind die Fragen,

um die es im Kern geht.

## "Freie Marktwirtschaft" und die Situation einiger Sektoren

### Industrie

Sehen wir uns zuerst die Industrie des Landes an. Der Teil, der sich in den Händen starker Holdings befindet, hat sich, wenn auch mit Mühe, der neuen Politik angepasst. Die Mehrheit der kleineren Industriebetriebe, die mit den Veränderungen nicht Schritt halten konnte, gingen in den Besitz dieser Holdings oder von ihnen kontrollierten Banken über.

Während es die Möglichkeit gab, pleitegegangene kleine Firmen zu kaufen oder auch hochverzinsliche Schuldverschreibungen des Staates zu zeichnen, dachte natürlich niemand an so riskante Unternehmungen wie neue Investitionen. Daß die Industrie seit 1980 noch nicht völlig zusammengebrochen ist, liegt einzig an der jährlichen Inflation von ca. 40% und



an dem Gewinn, den die Holdings im Auslandsgeschäft zu verzeichnen haben.

Die monopolistische Verfassung der Industrie sowie die staatlichen Maßnahmen zu ihrem Schutz geben den Monopolen immer die Chance, von hoher Inflation zu profitieren und ihre Gewinne zu erhöhen. Inflation verringert zwar den nominellen Wert des konstanten Kapitals, ermöglicht es aber auch, dieses von neuem zu verwerten. Maschinen, Gebäude und Halbfertigwaren im Werte von 1 Mill. Lira sind inzwischen 1 Milliarde wert. Außerdem wird diese Wertsteigerung nicht versteuert. Generell läßt sich sagen, daß ein beschleunigter Konzentrationsprozeß stattgefunden hat, während Produktions und Qualitätssteigerungen sowie technologische Innovationen nicht zu beobachten sind.

### Banken

Seit den Beschlüssen vom 24. Januar 1980, mit denen die neue Wirtschaftspolitik eingeleitet wurde, stiegen die Einlagen bei den Banken um 100%, das Kreditvolumen aber nur um 50%. Die Zinsen für Einlagen stiegen von 10 auf 50%, die für Kredite von 20 auf 80%. Das heißt: die Banken haben ihre eigentliche Aufgabe, das Kreditgeschäft ver-

gessen. Was haben sie stattdessen gemacht? Sie haben bankrotte Firmen billig aufgekauft und sich an der Börse ordinären Devisen- und Wechselgeschäften gewidmet. Der offensichtliche Beweis dafür liegt in der Tatsache, daß die Funktion des heimischen Bankwesens inzwischen von ausländischen Banken übernommen worden ist. Seit 1980 sind in der Türkei 6 Banken pleitegegangen, 2 wurden neu gegründet und 10 ausländische Banken eröffnen Filialen.

### Landwirtschaft

In den letzten Monaten finden sich in der Presse in großem Umfang Schlagzeilen, denen zufolge die Produktion gesunken, mit landwirtschaftlichen Produkten kein Gewinn zu erzielen ist und die dagegen ergriffenen Maßnahmen entweder unangebracht oder erfolglos gewesen sind. Sie bestanden vor allem in einer ständigen Senkung der Grundpreise, zu denen der Staat die Ernten aufkauft, und in der Streichung von Subventionen. Betroffen sind davon klein- und Mittelbetriebe,

zeichnende starke Rückgang scheint da nur natürlich. Während ein Bauer 1980 für 70 Tonnen Weizen einen Traktor kaufen konnte, braucht es dazu heute 90 Tonnen. Vor 6 Jahren gab es für 1,2 kg Weizen 1 kg Dünger. Heute sind dazu 1,8 kg nötig.



Die Abnahme des Viehbestandes in den letzten Jahren bedeutet einen Verlust an nationalem Vermögen von 2,5 Milliarden Dollar. Ohne die Produktion zu steigern wurde, komme was da wolle, exportiert, so daß der Viehbestand 1983 und 84 von ungefähr 82,5 Mill. auf 68 Mill. Stück absank. Es ist schwer, diesen Aderlaß auszugleichen.

### Wohnungssektor

Die Baubranche ist vom Export kaum betroffen. Die Lage, in der sie sich zur Zeit befindet, ist von daher gesehen bezeichnend. Die Flaute auf dem Wohnungsmarkt hat in der Türkei, einem Land, dessen Einwohnerzahl jährlich um etwa 1 Mill. steigt, katastrophale Ausmaße angenommen. Der Ministerpräsident übergeht dieses Thema in seinen, die Wirtschaft berührenden Fernsehreden inzwischen völlig. Für die Lösung des Problems sind nämlich, 1,5 Tril. türkischer Lira nötig. Diese Summe kann weder von dem ohnehin fast zusammengebrochenen Banksektor noch aus der Staatskasse, die weniger als 500 Mill. Unterstützungsmittel bereitstellt, aufgebracht werden. Warum also

Der IMF ist zufrieden. Während auf der einen Seite nach 1980 die Exportrekorde gebrochen wurden, verlor die türkische Lira mit gleicher Geschwindigkeit an Wert.

### Jahr/Dollarkurs/Abwert./Inflation / (TL) / (%) / (%)

1979	35		
1980	89.25	155	107
1981	132.30	40	36.8
1982	184.90	40	25.2
1983	280.00	32	30.6
1984	444.30	58	52.0

Die Tabelle zeigt, daß die Abwertungsraten immer höher liegen als die Inflationsrate. Das heißt, die türkische Lira wird, in der Absicht den Export zu steigern, übertrieben entwertet. Die beständige Verschlechterung der Austauschrelationen im Außenhandel ist eine dem parallell laufende Entwicklung.

### Jahr Austauschrelation im Außenhandel

1973	100
1981	52
1982	49.65
1983	48.80
1984	54

die langsam ausbluten, während einige in industriellen Maßstab wirtschaftende Großbetriebe davon profitieren können.

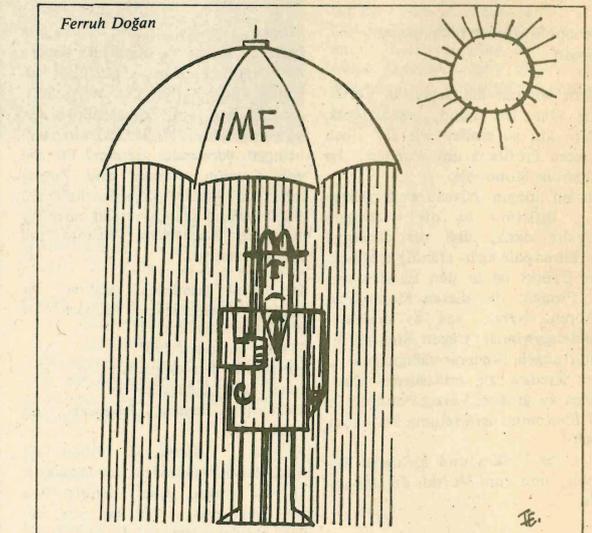
### Austauschreaktionen im Außenhandel

#### Jahr/ Landw.u.a. /Landw.u./Landw. Sektoren / Industrie/ Handel

1976	100.00	100.00	100.00
1980	73.3	61.9	65.5
1981	74.2	61.4	65.1
1982	68.0	56.0	59.8
1983	66.4	53.8	57.7
1984	68.8	55.6	58.3

Wie aus dieser Tabelle zu ersehen ist, wurde die als Stimmreservoir betrachtete ländliche Bevölkerung zwischen 1976 und 77 durch die staatliche Aufkaufspolitik in gewissem Umfang geschützt, in der nach 1977 sich verschärfenden Krisenperiode aber, und nach 1980, völlig vergessen. Die Produktion aus der Landwirtschaft wurden immer billiger.

Weil derzeit verfolgte Kreditpolitik darauf abgestellt ist, den Export zu stützen, geriet die Finanzierung der Landwirtschaft in die Krise. Der in der Traktorenproduktion zu ver-



noch darüber reden? Soll die Jugend, die wegen fehlender Wohnungen nicht heiraten kann, doch warten?

## "Freie Marktwirtschaft" und die daran verdienen

Wem nützt das Wunder?

Während man 1973 noch für 100 inländische Wehreinheiten 100 ausländische erhalten konnte, waren es 1984 nur noch 54. Man kann eine Rechnung aufmachen, nach der als Ergebnis dieses Billigexports zwisch-

en 1980 und 85 der türkischen Volkswirtschaft ein Schaden von annähernd 7 Milliarden Dollar entstanden ist. Was das für die Türkei bedeutet, die Ende 1985 ungefähr 25 Milliarden Dollar Schulden hatte, ist offensichtlich: Kolonisation. Hier die Situation des Handels:

Jahr	Außenhandelsdefizit (gesamt)
1975-80	15,667 Milliarden
1980-85	23,608 Milliarden

Mag sein, daß der Export gestiegen ist, aber stärker gestiegen sind auf jeden Fall die Schulden durch Importe und neue Kredite.

Auslandsverschuldung (in Milliarden Dollar)			
Jahr	langfristig	kurzfristig	gesamt
1978	6,2	7,2	13,4
1980	11,4	2,5	13,9
1984	14,7	4,6	19,3
1985	16,36	6,44	22,8

Während 1980 die Auslandsschulden noch 23% des BSP's ausmachten, erhöhte sich dieser Prozentsatz 1985 auf 46%. Das heißt, die Profiteure des Wunders sind in erster Linie die Länder, in die die Türkei zu Billigpreisen exportiert und in zweiter Linie die internationalen Finanzkreise, die die Kredite geben und Zinsen dafür erhalten.

Die Alternative

Wer sagt: "Hauptursache für diese Zustände ist die seit dem 24. Januar 1980 verfolgte Politik", wird von Regierungsanhängern und auch neutral erscheinenden Kreisen sofort gefragt "Schön und gut, und was ist Ihre Alternative?" Die Ergebnisse gegenwärtigen Wirtschaftspolitik vor Augen, liegt es nah zu sagen: "Genau das Gegenteil von dem, was getan wird, sollte man tun"

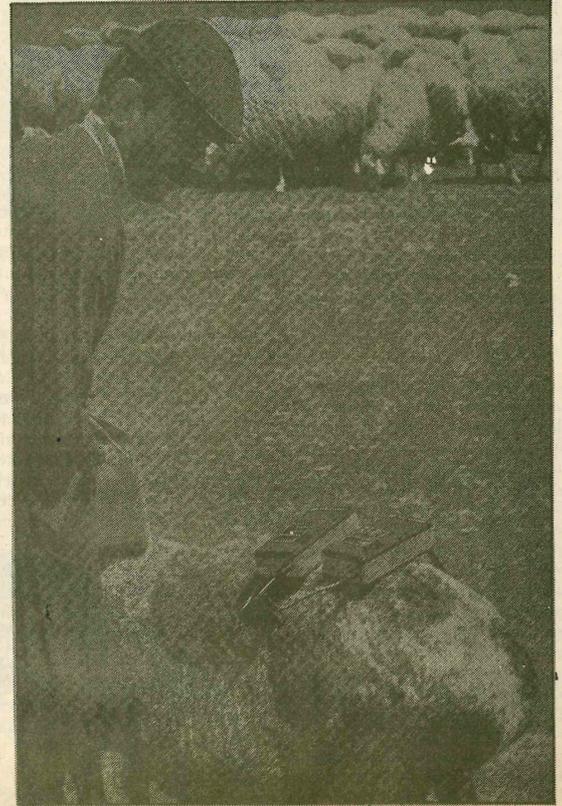
Nasrettin Hodscha geht eines Tages auf den Markt. Ein Händler zeigt ihm Zweisorten Pekmez\* und fragt: "Welcher ist besser?" Nasrettin Hodscha guckt sich die eine Sorte an und sagt dann, ohne einen Blick auf die andere zu verschwenden: "Der andere." "Wie können Sie das sagen, ohne die beide Sorten probiert zu haben?", fragt der Händler. "Weil die erste so miserabel ist..." antwortet Nasrettin Hodscha. Angesichts des Pekmez aus dem Hause Özal ist es nicht schwer sich vorzustellen, daß der, der Sozialdemokraten, wie schlecht er auch immer sei, auf jeden Fall besser ist. Aber ist es richtig das bessere Schlechte als Alternative zu sehen und zu akzeptieren? Natürlich muß, besonders in der Türkei, jede politische Strömung, die anstrebt eine Alternative zur Regierung zu werden, dringend darauf achten, daß jeder Schritt in diese Richtung den Werk-

# TCHERNOBYL ... OHNE REAKTION

...und als die radioaktive Wolke nach Edirne kam, da merkte sie, daß es sich um ein moslemisches Land handelte. Sie bekam Angst vor Allah, drehte sich um und bewegte sich wieder auf Europa zu ...

So in etwa läßt sich die türkische Berichterstattung über den Unfall von Tchernobil zusammenfassen. Die türkische Regierung hatte an alle verantwortlichen Stellen die Devisen ausgegeben, nur keine schlafenden Hunde zu wecken, d.h. ein Volk, daß wegen seiner unzureichenden Informationen nicht in Panik gerät, nicht mit Informationen zu schlagen.

Über den Unfall an sich wurde zwar in den Medien genauestens berichtet, auch die radioaktive Wolke verschwiegen man nicht, nur schien die Türkei sich auf einem anderen Stern zu befinden, der von all diesen irdischen Schlechtigkeiten nicht erreicht werden kann. Während man also in der türkischen Presse las, daß in Österreich keine Milch mehr verkauft werde und in Deutschland die Kinder bei Regen nicht mehr auf die Straße sollten, hieß es weiterhin, die Wolke hätte die Türkei noch nicht erreicht. So vergingen 3 - 4 Tage, dann regnete es in Edirne und einige Stunden nach dem Regen blieben etliche Hühner und Kühe tot liegen. Da erschien ein Sprecher des türkischen Kernforschungsinstitutes im Fernsehen und riet den Bürgern von Edirne, ihre Kinder gut zu waschen und die Kühe nicht mehr auf die Weide zu lassen, Pfützen zu meiden und keine Milch zu trinken. Am darauffolgenden Tag wurde erklärt, die radioaktiven Werte wären auch in Istanbul erheblich gestiegen aber auch gleich wieder gesunken und das ganze wäre schon vorbei. Nach 2 - 3 Wochen bemerkte dann der Leiter des Kernforschungszentrum in einem Nebensatz, daß man nicht erwarten könne, daß die Werte wieder auf den Stand von vor Tchernobil fielen. "Nanu" kann sich der aufmerksame Leser hier fragen, "die Werte waren doch nie gestiegen, wie sollen die denn auf einmal fallen?" Soweit eine Chronik der Ereignisse. In der Türkei gibt es nicht die geringste kritische Öffentlichkeit, die eine Klarlegung der Fakten fordern könnte. Hier stellt sich allerdings die Frage, was eine Veröffentlichung der reinen Fakten überhaupt hätte bewirken können, denn es gibt so gut wie kein Grundwissen über die Radioaktivität und deren Auswirkungen.



## Radioaktive Belastung europäischer Nahrungsmittel erhöht türkische Exportchancen

Es wurde darauf hingewiesen, dass der Obst- und Gemüseimport Frankreichs wegen Massnahmen gegen die Radioaktivität aus der Türkei bezogen werden könnte. Nach der radioaktiven Verseuchung hat Schweden den Import von Fleisch, Fisch, Gemüse, Obst und Kartoffeln aus der Sowjetunion verboten. Somit könne die Türkei die Exportlücken auf diesem Markt füllen.

Nachdem einige europäischen Länder wegen der Gefahr radioaktiver Verseuchung Nahrungsmittelimporte verboten, führte IGEME (Zentrum für die Exportentwicklung und -studien) eine Untersuchung über die Lage der europäischen Märkte durch und stellte fest, dass diese Situation dem türkischen Nahrungsmittelexport neue Möglichkeiten bieten könne.

tiven Regen geschädigten trakischen Bauern eine bestimmte Summe an Unterstützung zu zahlen, reagierte der Landwirtschafts- und Forstminister wie folgt: "... das war doch eine einmonatige Angelegenheit, was soll da großer Schaden entstehen?" Derweilen berichtet ein Mitglied des Kernforschungszentrum, die ratlosen Bauern sprächen bei den Wissenschaftlern vor, die sich noch im Gebiet von Edirne aufhalten: "Ihr habt gesagt, wir sollen unsere Tiere nicht auf die Weide lassen, habt ihr mal gefragt, was sie sonst fressen können?" Eben diese Wissenschaftler fangen nun an, von der Regierung eine Offenlegung der Daten zu fordern, bisher vergeblich.

Es stellt sich die Frage, ob es nicht auch für die KWU und vergleichbare Firmen aus dem "entwickelten Westen" unerlässlich ist, sich ein solches unberührtes Investitionsgebiet offenzuhalten, wenn eines Tages im eigenen Land - wegen der wachsenden Opposition - der Boden zu heiß wird. Was eine solche Opposition angeht, die regt sich in der Türkei nicht und wird sich auch solange nicht regen, wie der Großteil der Bevölkerung - darunter auch die fortschrittlichen - sagt: das ist doch auch nicht schlimmer als die Verkehrsabgase.

Durch diese Nicht-Reaktionen auf Tchernobil hat sich die Türkei als Atom-Investitionsland wärmstens empfohlen. Istanbul, 4.6.86

## RADIOAKTIVE VERSEUCHUNG SOLL TÜRKISCHEN NAHRUNGS MITTELEXPORT STEIGERN

Das staatliche Zentrum für Exportentwicklung und -studien (IGEME) rechnet sogar wegen der "Gefahr der radioaktiven Verseuchung, die nach dem Reaktorunfall in der UdSSR entstand" mit neuen Exportchancen für türkische Nahrungsmittel auf den europäischen Märkten. Nachdem einige europäische Länder, wie Schweden und Frankreich, Nahrungsmittelimporte aus der SU und anderen RGW, z.T. sogar westeuropäischen Ländern verboten haben, "können die Türkei die Exportlücken auf diesem Markt füllen."



Monopole können nicht genug kriegen

Sehen wir uns die ungleiche Verteilung der im Land geschaffenen Werte an, so stoßen wir auf einen zweiten Profiteur des Wunders: die heimische Monopole. Die auf hohem Niveau weitergehende Inflation ist die wichtigste Ursache dafür, daß die Gewinne der Monopole sich ständig erhöhen. Der Export ist in den Händen von 12 Firmen, die diesen Monopolen gehören. Neben den so erzielten Handelsgewinnen tragen Steuerrückstellungen, Steuerermäßigungen und Kredite zu ermäßigten Zinssätzen zu großen Verschiebungen in der Einkommensverteilung bei - zum Nachteil des Volkes und kleinerer Betriebe und zum Vorteil der Monopole.

Anteile am BSP

Jahr	Landw./Löhne/Zinsen, gehält./Gewinne	21,5%	37,3%
1963	41,2%	31,1%	37,8%
1970	31,1%	31,1%	37,8%
1977	29,1%	36,8%	34,1%
1984	20,1%	21,4%	58,5%
1985	19,8%	19,5%	60,7%

tätigen nutzt. z.B.: Zu wessen Nutzen sollen die durch das Sinken des Ölpreises eingeleiteten positiven Entwicklungen für die Wirtschaft, die jährlich ein Zusatzinkommen von ungefähr 1 Milliarde Dollar einbringen, verwendet werden? Für die von Gewinn, Renten und Zinsen lebenden Klasse, deren Anteil am BSP sowieso ständig steigt oder für Arbeiter, Angestellte, Beamte und kleine Bauern?

- 1) aus: Staatliches Institut für Statistik, Statistisches Jahrbuch für die Türkei, 1983-85
  - 2) aus: Finanz- und Zollministerium, Jahreswirtschaftsbericht, 1985 und Institut für staatliche Planung Programm für 1986.
  - 3) aus: Staatliches Institut für Statistik, verschiedene Jahrbücher
  - 4) aus: Arslan, Baser Kafaoglu, Was wir gesagt haben, was war, was sein wird, Dezember 1985.
  - 5) aus: ebd.
  - 6) aus: Milliyet, 5.Okt.1985 und Cumhuriyet, 18 März 1986.
  - 7) aus: Kafaoglu, a.a.O.
  - 8) aus: Cumhuriyet, März 1986.
- \*) eingedickter Traubensaft, sehr zu empfehlen!

So erklärt z.B. ein Mann aus einem Dorf bei Edirne, "Nein, ich habe keine Angst, ich rauche jeden Tag Zigaretten, das ist doch bestimmt gefährlicher als diese Radioaktivität." und "Wenn wir jetzt schon kein Gemüse mehr essen sollen, was können wir denn dann überhaupt noch essen?" ist die allgemeine Einstellung.

Was in der Türkei eigentlich anstünde - insbesondere seit das Land anfängt, sein eigenes Atomprogramm zu verwirklichen - wäre eine umfassende und grundsätzliche Aufklärungskampagne über Atomenergie und Radioaktivität, um auch die Bevölkerung in die Lage zu versetzen, die Gefahren zu beurteilen und einzuschätzen - und in einem Fall wie Tchernobil von sich aus die minimalsten Vorkehrungen zu treffen. Doch dazu gibt es weder die Mittel noch den Willen. Stattdessen reibt man sich an verantwortlicher Stelle die Hände, daß der Gemüseverkauf nur in geringem Maße zurückgegangen ist und sich auch der Milchumsatz, nach einer 3 - 4 tägigen Flaute wieder erholt hat. Nun hätte ein Land wie die Türkei, selbst bei größerer Sensibilität für die Gefahren der Radioaktivität, auch kaum die finanziellen Möglichkeiten, z.B. auf eigene Produkte zu verzichten, und diese aus nicht verseuchten Ländern einzuführen. Schon auf Anfragen des türkischen Bauernverbandes, den vom radioak-

# Entwicklung des 'Ostens'? DAS SÜD-OST ANATOLIEN PROJEKT

Die Politiker entdecken die Bevölkerung im "Südosten"

Mit Anhalten der Kämpfe in Kurdistan erheben sich auch unter den herrschenden politischen Kräften Stimmen, die darauf verweisen, daß Repression allein nicht ausreicht sondern auch Maßnahmen zur Entwicklung dieser Region eingeleitet bzw. verstärkt werden müssten. Anderenfalls liefe man Gefahr, "die Bevölkerung den Terroristen in die Arme zu treiben". Zunächst von Politikern der ehemaligen HP vertreten, heften sich nunmehr Politiker aller Schattierungen Projekte zur Entwicklung der "Süd - Ost Provinzen" an die Brust.

Wie glaubwürdig diese Versprechungen sind, ist eine andere Frage. Die Untere Entwicklung und mangelnde Versorgung der kurdischen Bevölkerung existiert nicht erst seit dem Wiederaufflackern der Kämpfe. Laut einer Erhebung der türk. *yurt Ansiklopedisi* von 1975 lag z.B. in Bingöl die Sterberate von Kindern und Jugendlichen unter 15 Jahren bei 64%. (Cumh. vom 02.03.86) Mangelnde ärztliche hygienische, schulische Versorgung sind neben der hohen Arbeitslosigkeit und Armut prägend für fast alle kurdischen Provinzen.

Die ehrgeizigen sogenannten 'Entwicklungsprojekte' gehen dabei kaum auf die Bedürfnisse der Bevölkerung ein, sondern - falls sie überhaupt (auch nach Wahlkämpfen) weiter durchgeführt werden, oft auf Kosten derer.

Die folgende Darstellung des G A P spricht für sich.

GAP ist kein einzelnes Projekt. Es umfasst 74.000 km Land und besteht aus 13 Einzelprojekten, deren Zweck in der Bewässerung und Versorgung des Gebietes mit Elektrizität liegt. 7 der Projekte umfassen den Euphrat und 6 den Tigrisbereich. Mit der Fertigstellung von GAP wird das ökonomische und soziale Leben in der Region sein Gesicht verändern. Die wichtigsten Teile des Projekts sind der Atatürk-Stausee und das Atatürk-Kraftwerk.

Für den Stausee müssen in den Provinz Adiyaman 1 Kreis vollständig 3 Kreise und 2 Samtgemeinden teilweise, 10 Dörfer vollständig und 69 Dörfer teilweise dem Wasser weichen. In der Provinz Sanliurfa geraten eine Samtgemeinde und 18 Dörfer vollständig und 26 Dörfer zum Teil unter Wasser und in der Provinz Diyarbakir sollen, ein Kreis und zwei teilweise, 4 Samtgemeinden teilweise, 29 Dörfer vollständig und 106 teilweise dem Stausee geopfert werden.

Nach der Volkszählung von 1980 sind annähernd 55.000 Personen von den Auswirkungen des Projekts betroffen. Als Entschädigung werden aber nur insgesamt 66 Milliarden Lira gezahlt werden.

Die den Atatürkstausee betreffenden Arbeiten begannen mit der Entscheidung vom 22.12.81 und werden von dem 16.DSI-Bezirk (staatl. Wasserbehörde) unter Leitung von Bezirksdirektor Isfendiyar Tuncer mit täglich steigendem Tempo betrieben.

## GAP-TEILPROJEKTE

**Unterer Euphrat:**  
- Karakay-Stausee, 7,5 Mrd. KW-Std.  
- Atatürk-Stausee, 8,1 Mrd. KW-Std.  
bewässern zusammen ein Gebiet vom 7,3 Mio. dönüm\* in der Ebene von Urfa, Harran, Mardin, Ceylanpinar, sowie der von Siverek - Hilvan.

**Euphrat-Grenzprojekt:**  
- Birecik - Fındıklı - Stausee, 2,3 Mrd. KW-Stunden.  
- Karakamıs - Stausee, 800 Mio. KW-Stunden.

**Sürc - Boziki - Projekt:**  
- Zwei Stauseen in Adiyaman und Kahta 400 Mio. KW-Stunden und Bewässerung von 1,6 Mio. dönüm Land.

**G.Antep - Projekt:**  
- Bewässerung von 890.000 dönüm Land.

**Tigris - Kralkizi - Projekt:**  
- Kralkizi - Stausee, 145, Mio. KW-Stunden.  
- Tigris - Stausee. 221 Mio. KW-Stunden.  
Bewässerung von 1 Mio 2600 dönüm.

**Batman-Projekt:**  
- Batman - Stausee, 460 Mio KW-Std.  
Bewässerung von 377.000 dönüm

**Batman - Silvan-Projekt:**  
- Silvan - Stausee, 1,5 Mrd. KW-Std.  
Bewässerung von 2 Mio. 130 dönüm am linken Tigris-Ufer.

**Garzan-Projekt:**  
- Garzan - Stausee, 315 Mio. KW-Std.  
Bewässerung von 600.000 dönüm.

**Ilisu-Projekt:**  
- Ilisu - Stausee, 3,7 Mrd. KW-Std.

**Cizre-Projekt:**  
- Cizre-Stausee, 1,3 Mrd. KW-Std. und Bewässerung von 1 Mio. 210 00 dönüm Land.

Was von den übertriebenen Erwartungen in die "Entwicklungspläne" zu halten ist, zeigt ein Artikel von Ihsan Dörkas in Milliyet (12.4.86)

Cemal Aga aus dem Dorf Imamuş/Malta: "Wir hatten 70 Häuser. 18 davon sind geblieben. Sie sehen, die meisten Häuser sind verlassen. Mache der Leute hatten 40-50 dönüm Land, andere gar keine. Wer vom Staat den Höchstsatz bekommen hat, hat 1,5 Mio. Lira bekommen. Sogar eine kleine Wohnung in Malatya kostet heute 2,5 Mio."

Aus offiziellem Munde hört sich das so an: "Wir haben für sie getan was wir konnten. ... Wir haben ihnen gezeigt, wo sie leben können, haben auch Kredite angeboten." Die Dorf-

runter sind...

Samsat ist eine Kreisstadt mit 2.000 Einwohnern, deren Geschichte bis ins Jahr 5.000 vor Christi zurückreicht. Einigen der alten Gebäuden ist anzusehen, daß es mal eine staatliche Kreisstadt gewesen ist. - heute ist sie verwahrlost. Sie soll dem Staudammprojekt geopfert und vollständig umgesiedelt werden. Obwohl die Umsiedlung in kurzer Zeit erfolgen soll, sind noch keinerlei Vorbereitungen getroffen worden.

## WEM GEHÖRT GAP ??

ganz allgemein."

"Die Gegend hier wird nach GAP ein zweites Texas" Özal bei seiner Rede in Südostanatolien (Cumh. 16.06.86)

GAP - Behörde wird gegründet - Doping für den Südosten

Eine GAP-Behörde, bei der die Bewässerungs - Energie und Landwirtschaftsprojekte zusammengefasst und wirkungsvoll koordiniert und umgesetzt werden sollen, wird sicherstellen, daß die Quellen den Prioritäten entsprechend ... ausgeschöpft werden.

GÜRKAN: GAP werden wir fertigstellen'

...Gürkan vertrat die Meinung daß, das Südostanatolienprojekt sich um 5 Jahre verzögert habe, weil die Özalregierung keine Auslandskredite gefunden habe.... "GAP werden wir Sozialdemokraten vollenden. Wir werden die Ebene von Harran nicht einer Hand voll Profiteure überlassen. Für die Harranebene sind wir die Bewerber." (Mill.13.5.86)

Noch ein GAP-Urheber

Noch ein GAP- Urheber hat sich gefunden. Es ist der Abgeordnete von Budur, Necip Oguzhan Artukoglu. Er hat eine Pressekonferenz abgehalten. "Der erste der Vorbereitungen für GAP getroffen hat, war ich. Diese Vorbereitungen, die ich 1961 gemacht habe, sind als Buch gedruckt worden..." (Terc. 12.5.86)



Unter der Überschrift: "Südostanatolien ist zum Dokument von illusionären Projekten geworden - eine halbe Trillion toter Investitionen" schreibt er u.a.: "Hundert von Einrichtungen, die nie über die Qualität von Wahlslogans der Regierung hinausgekommen sind, befinden sich heute im Zustand eines großen Ruinenaufbaus. Einrichtungen, die vor Jahren gegründet worden sind, und 10.000den von Arbeitern Beschäftigung hätten geben können, haben nach heutiger Rechnung einen Betrag von 500 Mrd. TL gekostet." Es folgt eine detaillierte Aufzählung von 20 halb fertiggestellten, nicht produzierenden Fabriken.

## STIMMEN AUS DER

### BETROFFENEN REGION

Abdullah Ayhan, Dorfvorsteher aus Kessen: "Ich habe 30 dönüm Land. Die Regierung hat mir 3 Millionen Lira Entschädigung gegeben. Soviel Gewinn erwirtschaftete ich aus diesem Land in einem Jahr."

bewohner sagen dazu: "Das ist richtig. Wir geben Wohnungsbaukredite. Haben sie gesagt. 1,5 Mio. haben sie angeboten. Aber ein paar Bedingungen haben sie gestellt: Das Haus muß 110 qm groß sein, beim Bau müssen Ziegel und Dachziegel verwendet werden. Wir haben nachgerechnet: Allein Ziegel und Dachziegel kommen auf 450.000 Lira."

Die Leute aus Merdile haben Angst getrennt zu werden. Einer der Gründe, ist der Familiensinn, ein anderer, daß der Boden zersplittert wird. "Sehen Sie, deshalb sagen wir, der Staat könne uns doch wenigstens alle zusammen an einen Ort umsiedeln, z.B. nach Cicekli bei Tarsus. Dieses Dorf gehört dem Staat. Wir haben zweimal einen Antrag gestellt - keine Reaktion."

"Sehen Sie, bei uns im Dorf gibt es auch viele Jugendliche ohne Arbeit. Damals hatten wir noch gedacht, daß wenigstens einige von ihnen am Staudamm arbeiten könnten, aber sie haben keinen einzigen bekommen. Obwohl einige mit Ober- schulabschluss und Chauffeure da-

Politiker sämtlicher Parteien, versuchen zur Zeit, möglichst viele Verdienste um GAP sich selbst zuzuschreiben:

**ÖZAL** (im Zusammenhang zu Demirels Touren durch Ost-anatolien)

"Ein Irgendwer soll gehen, wohin er will. Wir helfen ihm; sogar dabei. Es ist nützlich, wenn jeder sieht, was wir geschafft haben."

**Antwort von 'IRGENWER': GAP ist von mir!**

Der ehemalige Ministerpräsident verteilte unter der Presse Reden, die er seinerzeit bei der Grundsteinlegung des Karakaya-Stausees und des Sanliurfa-Tunnels gehalten hatte, um so zu zeigen, daß diese Projekte zu seiner Periode gehörten. Demirel: "Keiner sollte ein Monopol auf diese Projekte haben. Das sage ich nicht zu bestimmten Leuten, sondern

# HERR PRÄSIDENT GAB SICH DIE EHRE: WEIZSÄCKER IN DER TÜRKEI

Als erster Staatspräsident eines 'westlichen' Landes seit dem Militärputsch stattete Bundespräsident von Weizsäcker Ende Mai der Türkei einen Staatsbesuch ab, und verlieh damit dem Regime in Ankara eine enorme politische Aufwertung.

*"Das Treffen von Weizsäcker und Evren trägt den Charakter einer deutlichen Botschaft an Europa: Das Eis zwischen der Türkei und Westeuropa muß endlich schmelzen und Deutschland unterstützt dabei die Türkei"* faßte die türkische Presse die Bedeutung des Besuchs zusammen.

Nachdem Bundeskanzler Kohl vor noch nicht mal einem Jahr gleichfalls als erster westlicher Regierungschef die Türkei besucht hatte und weiteren Besuchen von Außenminister Genscher und Bundestagspräsident von Jenninger war dies der vierte Besuch hoher BRD-Staatsrepräsentanten in nur wenigen Monaten. Wahrscheinlich, die BRD legt sich ins Zeug, was die politische Aufwertung ihres "Schützlings" Türkei angeht.

So hat die Türkei den in den letzten Monaten weitgehend gelungenen "Durchbruch" an politischer Anerkennung auf der europäischen Bühne (Rücknahme der Staatenklage, positive Bewertung in Europarat u. -Parlament) nicht zuletzt der kontinuierlichen Fürsprache und Aufwertung durch die BRD zu verdanken.

Der nun erfolgte Staatsbesuch von Weizsäcker und noch mehr seine Einladung an Juntachef Evren zum Gegenbesuch in die BRD markieren wichtige Meilensteine in dieser Entwicklung und sind ein Schlag ins Gesicht der demokratischen Opposition in der Türkei.

Weizsäcker eignet sich dabei wie kein anderer, da er bis weit ins liberale und sogar demokratische Lager in Europa hinein Achtung genießt.

Während sich das offizielle Programm in Festreden, und -essen, Treffen mit verschiedenen Politikern, Präsidenten lächeln und publikumswirksamen Auftritten und etwas "sight-seeing" erschöpfte, verfolgt dieser Besuch eigentlich zwei Ziele:

Neben der Aufwertung der Türkei stand mal wieder das Thema Freizügigkeit zur Debatte. (Nach dem EG-Assoziierungsabkommen müßte den türkischen Staatsbürgern Ende des Jahres die Freizügigkeit innerhalb der EG gewährt werden, was insbesondere der "Ausländer-Raus-Politik" der BRD-Regierung zuwiderläuft.)

Auch wenn es bei Präsidentenbesuchen naturgemäß nicht um konkrete Abmachungen geht, war es ein erklärtes Ziel von Weizsäcker, hier um "Verständnis" für die BRD zu werben. Auf Deutsch: die Türkei zur Aufgabe der Rechte ihrer Staatsbürger zu bewegen. (Bundeskanzler Kohl hatte dies bereits bei seinem Besuch im vergangenen Jahr versucht und dabei als Gegenleistung mehrere Mrd. Rüstungshilfe angeboten. Die Verhandlungen über das genaue Ausmaß verliefen jedoch bisher ergebnislos)

Somit ist das, was auch diesmal hinter der diplomatischen Bühne abließ ein ganz mieser Schacher Menschenrechte gegen Menschenrechte: *Ihr verzichtet auf Eure Rechte aus dem Assoziierungsabkommen, d.h. die Rechte Eurer Arbeiter und Bewohner auf Freizügigkeit, dafür stellen wir die Kritik über Menschenrechtsverletzungen ein und sorgen für eine verstärkte politische Anerkennung in Europa.*

Auswertend schreibt hierzu die türkische Tageszeitung *Milliyet* unter dem Titel *Gewinne und Hoffnungen* zwei Tage nach dem Besuch: *"Der Ge-*

*Eine hervorragende Presse hatte er mal wieder, der Herr Bundespräsident. Während ihn auch liberale Zeitungen in der BRD für seine "differenzierte Haltung" und "deutliche Akzente" lobten, war die regimetreue türkische Presse begeistert von seiner "menschlichen Wärme" und seiner "klaren Unterstützung für die Türkei". Er kommt einfach überall an. Das, was ihn "so wohlthuend von Kohl abhebt" (wozu allerdings auch nicht viel gehört) ist genau dies mehr an Intelligenz und diplomatischem Geschick - "Souveränität" oder umgekehrt ausgedrückt - weniger Plumpheit.*

*Für jeden findet er das richtige Wort - die passende Geste: ein Händedruck für "Rückkehr" -arbeiter bei MAN, eine Rückflug via BRD für 13 Schüler/innen mit Weizsäcker im Flugzeug (der Schacher um Freizügigkeit verlief hinter der Bühne) ein paar "kritische Worte" in punkto Demokratie - für die, die sie hören wollten, ein strammes "Merhaba asker" in perfektem Türkisch für die türkischen Soldaten und ein paar tröstende Worte unter Kollegen für Evren in punkto Menschenrechte: "Es gibt keine fehlerlose Gesellschaft. Auch wir sind nicht fehlerlos, Verbrecher müssen bestraft werden."*



## KEINE EINLADUNG AN PUTSCHGENERAL EVREN

Mit Empörung und Bestürzung haben wir davon Kenntnis genommen, daß Bundespräsident von Weizsäcker den türkischen Putschgeneral Evren zu einem Staatsbesuch in die Bundesrepublik eingeladen hat.

Bereits der Besuch von Weizsäcker in der Türkei, als erstem Staatsoberhaupt eines westlichen Landes nach dem Militärputsch von 1980 bedeutet eine enorme politische Aufwertung des türkischen Folterregimes und wurde in der türkischen und internationalen Öffentlichkeit auch in dieser Weise kommentiert:

*Demonstration der Freundschaft - Weizsäcker lobte die Türkei -  
Grünes Licht für die Türkei - Weizsäcker: jederzeit auf Seiten der Türkei  
Das Eis zu Europa muß schmelzen - Unterstützung durch die BRD*

v. Weizsäcker angeblich "differenzierte Haltung" und "vorsichtige Kritik" (die in der liberalen Presse hier als Zeugnis seiner Staatsmännischen Souveränität gelobt wurde) sind dabei letztlich das passende I-Tüpfchen auf den Kosmetischen Reformen, die das Regime zu Beruhigung der Weltöffentlichkeit und eines Teils der bürgerlichen Opposition im Lande vollzogen haben.

Aber die Lockerung des Redeverbots für einige frühere Politiker ändert nichts an der Unterdrückung und Rechtslosigkeit von Millionen von Arbeitern, Studenten, Lehrern und Intellektuellen. Die Ersetzung des Kriegsrechts durch den Ausnahmezustand entspricht der Ersetzung vom Militär durch weniger auffällige - aber eventuell effektivere polizeiliche und zivilpolizeiliche Repression.

In seiner letzten Erklärung vor dem Rückflug drückt von Weizsäcker seine Überzeugung aus, "daß Klagen über Nichteinhaltung von Menschenrechten oder über angebliche Folterungen in der Türkei künftig von den Staatsorganen nachgegangen wird".

Alein dieser Satz ist eine Verhöhnung von tausenden politischen Gefangenen, aber auch von zehntausenden von Menschen, die durch die Foltermaschinerie gegangen sind, und nun mit bleibenden psychischen und physischen Schäden leben müssen. Die Aussagen des Folterpolitizisten Caner vom Februar dieses Jahres, haben die zahllosen Klagen von politischen Gefangenen und ihren Angehörigen bekräftigt, daß die Folter nach wie vor systematisch angewendet wird. Allein in den letzten drei Monaten vor Weizsäcker lobenden Worten sind mindestens sieben weitere Personen in türkischen Gefängnissen und Polizeistationen umgebracht worden, und das sind nur die Fälle, die bekannt geworden sind. Im selben Zeitraum wurden mindestens .... Personen "tot festgenommen", wie es in der türkischen Presse zynisch heißt - von den sogenannten "Sicherheitskräften" erschossen.

Während des Besuches von Weizsäcker - aber weder, von der deutschen noch von der türkischen Presse beachtet, führen 6 Gefangene aus dem Militärgefängnis von Amasya ihren Hungerstreik weiter, den sie am 12. Mai begonnen hatten, ihre gesundheitliche Lage wird bedrohlich. Alle 6 waren zum Tode verurteilt und seitdem in Isolation. Ihre Angehörigen befürchten, daß sie ohne "offizielle" Hinrichtung, vernichtet werden sollen.

Zu den kosmetischen Reformen, die in der europäischen Öffentlichkeit die Liberalisierung der Türkei vorzuzeigen sollen, zählt auch die angeblich kürzlich erlassene "Amnestie". Tatsächlich handelt es sich keineswegs um Amnestie, sondern um eine Änderung der Strafvollzugsordnung, die bei entsprechend "günstigem Verhalten", eine Aussetzung der Reststrafe zur Bewährung vorsieht .... Viele politische Gefangene kommen schon auf Grund der Bedingungen nicht in den "Genuß" dieser "Aussetzung". Nach Haftentlassung (mit oder ohne Straferlass) droht zehntausenden von Häftlingen die Verbannung! Ungezählt die zehntausenden von ehemaligen Häftlingen, die als Studenten von der Uni relegiert, als Lehrer, Dozenten aus ihren Berufen vertrieben, als Arbeiter ständig erneuten "vorbeugenden" Verhaftungen bedroht sind... Wie kürzlich bekannt wurde, wird ehemaligen Untersuchungshäftlingen - selbst wenn sie im Verfahren freigesprochen werden - ein Loch in den Ausweis gestanzt, um sie so für alle entsprechenden Stellen auf den ersten Blick "kenntlich" zu machen.

Wenn von Weizsäcker in einer seiner Reden in der Türkei, an das Schicksal deutscher Flüchtlinge erinnert, die zur Zeit des Nazi-Faschismus in der Türkei Aufnahme fanden, sollte er sich daran erinnern, daß auch das Schreckensregime der Nazis, internationalen Besuchern - z. B. während der Olympiade ein "sauberes" Deutschland vorstellten. Außerdem erinnert sich v. Weizsäcker wohl aus gutem Grund nicht daran, daß Tausende vom Asylsuchenden aus der Türkei Schutz vor politischer Verfolgung in der BRD suchen. Sie werden hier mit der Begründung abgelehnt, daß es Folter entweder nicht gäbe oder Folter dem landesüblichen Standard entspricht.

Ein 30-minütiges Gespräch mit Ecevit "im Hinterzimmer" und ein Essen mit "unliebsamen" Intellektuellen ändert nichts an der grundsätzlichen politischen Aussage des Besuches: Anerkennung und Absegnung der politischen

Zustände. Lächeln mit Evren vor Arbeitern, Lächeln mit Evren vor Schulkindern...

Gleichzeitig führt die türkische Armee Krieg in den kurdischen Provinzen, Dörfer werden von Armeeinheiten überfallen, Die Dorfbewohner aufs grausamste mißhandelt, zum Verlassen ihrer Dörfer gezwungen, in Wehrdörfern umgesiedelt, Frauen vor den Augen ihrer Männer und Angehörigen vergewaltigt, Lehrer zu Tode gefoltert, Soldaten in "Guerrillakleidung" verkleidet führen Kontraguerrillaaktionen gegen die Bevölkerung durch...

Und von Weizsäcker strahlt Arm in Arm mit Evren millionenfach von den Titelseiten türkischen Tageszeitungen. *"Ich bin sehr zufrieden, daß die Türkei ihren Zeitplan zur Demokratisierung einhält, ich hoffe, daß sie diesen Weg fortsetzt..."*

Sie setzt ihn fort.: Zwei Tage nach Weizsäcker's Abflug wird in fünf kurdischen Provinzen das Kriegsrecht für weitere vier Monate verlängert; für weitere 11 Provinzen (die vier großen Städte und die übrigen kurdischen Provinzen) der Ausnahmezustand verlängert.

Die politische Aufwertung, die das Regime an allererster Stelle durch die BRD erfährt, die sich auch in den europäischen Gremien unermüdlich als Fürsprecherin des Folterregimes einsetzt entspricht der finanziellen Hilfe zur Aufrüstung von Polizei und Militär. Deutsche Technik hilft zur Effektivierung der Polizei, zur Aufrüstung der Grenzstationen mit Computern zur lückenlosen Videoüberwachung von Arbeiterversammlungen... Eine türkische Delegation unter Führung von Polizeichef Bedük führte im vergangenen Jahr intensive Gespräche mit BKA und GSG 9. Inzwischen operiert eine neue Eliteeinheit, die nach GSG 9-Vorbild aufgebaut ist vornehmlich in den kurdischen Gebieten. Aufgrund ihrer Grausamkeit und ihrer geschwärzten Gesichter im Volkes "schwarze Insekten" genannt.

Am Tag nach Weizsäcker's Rückkehr wurde bei HDW in Kiel ein für die türkische Flotte gebautes Kriegsschiff feierlich eingeweiht....

Krönung der von Weizsäcker ausgesprochenen politischen Aufwertung ist die Einladung an Evren in die Bundesrepublik. Unsere Solidarität und Verbundenheit mit der demokratischen Opposition in der Türkei und Kurdistan gebietet uns, aufs schärfste gegen diese Einladung zu protestieren.

Selbstverständlich wird es in erster Linie die demokratische Opposition in der Türkei und Kurdistan selbst sein, die eines Tages eine wirkliche Demokratisierung und Garantie von Menschenrechten durchsetzen wird. Wir wissen aber, daß diese Menschen auch auf unsere Wachsamkeit und Solidarität zählen.

Die Einladung an Evren, die internationale Aufwertung dieses Menschen-schlächters, ist ein Schlag ins Gesicht aller demokratischen Menschen in der Türkei und ein Verhöhnung der Menschenrechte.

### WIR FORDERN DIE RÜCKNAHME DIESER EINLADUNG!

- Unterzeichner:
- Brigitte Heinrich, Mitglied des Europaparlaments, die Grünen, Straßburg,
  - Jürgen Busack, ehem. MdL Schleswig-Holstein, SPD
  - Joachim Rollhäuser, Rechtsanwalt, Braunschweig,
  - Informationsbüro Türkei, Hannover,
  - Dr. Helmut Kramer, Richter am Oberlandesgericht Wolfenbüttel,
  - Reinhard Hocker, GEW-Vorst. Köln,
  - Sahabeddin Buz, Sozialarbeiter, SPD Mitglied, Hannover,
  - Jürgen Floerke, Mitglied der GABL und VVN, Hannover,
  - Achim Bellagrt, GABL-Ratsherr, Hannover,
  - Baki Coskun, Sozialarbeiter, ÖTV-Mitglied, Hannover,
  - Luk List, Bezirksratsherr der GABL, Hannover,
  - Silke Stokar von Neuforn, GABL-Ratsfrau Hannover,
  - Barbara Klawitter, Rechtsanwältin, Hannover,
  - Eckart Klawitter, Rechtsanwalt, Hannover,
  - Informationsstelle Türkei, Hamburg e.V., Hamburg,
  - Adigüzel Kilic, Künstler, Hannover,
  - Ugur Öncan, Hannover,
  - Mehmet Günay, Schüler Hannover,
  - Werner Schindler, Rechtsanwalt, Hannover,
  - Unterstützerkreis für die politischen Gefangenen in der Türkei und Türkei-Kurdistan, Hannover,